



Stiftung
Asienhaus



philippinenbüro e.V.
im Asienhaus



Stiftung Asienhaus und philippinenbüro e.V. (Hg.)

Corona in Asien: Menschenrechtsverletzungen und soziale Ungleichheit im Schatten der Pandemie-Bekämpfung

Impressum

Titel:

Corona in Asien: Menschenrechtsverletzungen und soziale Ungleichheit im Schatten der Pandemie-Bekämpfung

Herausgegeben von:

Stiftung Asienhaus und
philippinenbüro e.V.

Hohenzollernring 52
50672 Köln

Tel.: +49-(0)221-71 61 21-11

Fax: +49-(0)221-71 61 21-10

www.asienhaus.de

asienhaus@asienhaus.de;

philippinenbuero@asienhaus.de

Redaktion:

Raphael Göpel, Christina Grein, Simon Kaack, Joanna Klabisch, Felix Krage, Majid Lenz, Mirjam Overhoff, Monika Schlicher, Christian Straube

Die Herausgeber*innen sind für den Inhalt allein verantwortlich.

Titelfoto:

© Manoj Paateel via Shutterstock
Mumbai/Indien – 9. Mai 2020: Während einer landesweiten Abriegelung zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus laufen Wanderarbeiter*innen auf ihrer Rückreise nach Hause auf der Autobahn.

Konzeption und Gestaltung:

Zaadstra Design
(www.zaadstra.design)

© Stiftung Asienhaus und

philippinenbüro e.V., November 2020

Dieses Werk steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-SA 4.0

Der Text der Lizenz ist unter <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/de/legalcode> abrufbar.

ISBN 978-3-933341-87-6

Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung durch ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie MISEREOR und Brot für die Welt erstellt. Die darin vertretenen Meinungen geben ausschließlich die Positionen der Autor*innen wieder

Engagement Global im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Brot für die Welt mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Inhalt

Editorial

Corona in Asien: Menschenrechtsverletzungen und soziale Ungleichheit im Schatten der Pandemie-Bekämpfung 4

Südostasiens Pandemie-Politik und Menschenrechte: Trends und Lehren
von Khoo Ying Hooi 5

Chinas digitale Pandemie: Zivilgesellschaft zwischen Staat und Virus
von Joanna Klabisch und Christian Straube 10

Im Ausnahmezustand durchregieren: Indien in der Covid-19 Krise
von Jürgen Weber und Christa Wichterich 14

**Die Corona-Pandemie in Nordostindien und „Mainland India“:
Verstärkung existierender Ungleichheiten**
von Olga Basnet und Dieter Reinhardt 17

Kambodschas Frauen in der Pandemie: Mehr Risiken, mehr Krisenfolgen
Interview von Raphael Göpel mit Suyheang Kry 21

Kambodschanische Textil- und Bekleidungsarbeiter*innen kämpfen ums Überleben
von Michaela Douth 24

Thailänder*innen in Malaysia: In der Schwebel
von Sirinya Wattanasukchai 28

„The show must go on!“: Myanmars Wahlkampf im Zeichen der Pandemie
von Christina Grein 32

Das Virus und die Regierungspolitik in Indonesien
von Hendra Pasuhuk 36

Die Pandemie in der Welt der kleinen Leute Jakartas
von Nurman Nowak 40

Menschenrechte und die Corona-Krise in Nepal
von Birgit Felleisen 45

**Macht, soziale Ungleichheit und Zivilgesellschaft?!
Der Umgang mit der Corona-Pandemie in den Philippinen**
von Anne Krahnstöver und Mirjam Overhoff 49

Corona in Thailand: Wenige Fälle, zahlreiche Repressionen
von Praphakorn Wongratanawin und Raphael Göpel 54



Seit November 2019 breitet sich ein neuartiges Coronavirus weltweit aus. Während anfangs die Stadt Wuhan in China im Zentrum des Ausbruchs stand, verursachte COVID-19 seit Anfang 2020 eine globale Pandemie über Ländergrenzen hinweg. Die Auswirkungen der Pandemie auf das Leben der Menschen auf der ganzen Welt sind tiefgreifend. Sie verdeutlichen einmal mehr die Ungerechtigkeiten der globalen Ordnung. Zahlreiche Menschen sind dem Virus schutzlos ausgeliefert, während andere sich aufgrund ihres finanziellen und sozialen Kapitals schützen können. Die Pandemie wirkt entlang bestehender sozialer Ungerechtigkeiten und verschärft diese. Die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich wird größer.

Die Pandemie offenbart inwieweit politische Systeme Gesellschaften und deren Freiheitsrechte schützen. Autoritäre Regierungen setzen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus als Repressionsinstrumente gegen die eigene Bevölkerung ein. Menschenrechte werden beschnitten oder entzogen. Dies hat gravierende Folgen für die Zivilgesellschaft, ihre Möglichkeiten sich über das Virus zu informieren und sich davor zu schützen. Macht und deren Legitimation stehen vielerorts über der staatlichen Verpflichtung die Gesundheit der Bürger*innen zu gewährleisten.

In vielen Ländern Asiens werden seit dem Beginn der Pandemie regierungskritische Stimmen aus sozialen Minderheiten, marginalisierten Bevölkerungsgruppen, der Opposition und der Zivilgesellschaft besonders bedroht. Die Menschenrechtssituation hat sich dramatisch verschlechtert. Zivilgesellschaftliche Organisationen schlagen Alarm. Sie entwickeln Gegenstrategien und bilden Allianzen. Jede*r Einzelne ist dem Virus unterschiedlich ausgesetzt, abhängig von Klasse, Herkunft, ethnischen Hintergrund oder Geschlecht. Gleichzeitig muss die jetzige Situation als möglicher Wendepunkt genutzt werden, um die bestehende globale Ordnung zu verändern und menschen-, sozial- und umweltgerechter zu machen.

In der vorliegenden Broschüre haben wir Länderperspektiven aus Asien zusammentragen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, was die Corona-Pandemie für die Menschen bedeutet und wie internationale Solidarität durch gerechtere globale Strukturen verstetigt werden kann.

*Wir wünschen allen Leser*innen eine informative Lektüre und danken allen, die diese Sammlung möglich gemacht haben.*

*Monika Schlicher, Stiftung Asienhaus
Mirjam Overhoff, philippinenbüro e.V.*

Südostasiens Pandemie-Politik und Menschenrechte: Trends und Lehren

Von Khoo Ying Hooi

Südostasien kann bei den Themen Demokratie und Menschenrechte keine gute Bilanz vorweisen. Die Eskalation der Gesundheitskrise und die Anordnung verschiedener Lockdown-Maßnahmen in den Ländern gibt Regimen mit autoritären Tendenzen die Möglichkeit, politische Dissident*innen weiter zu unterdrücken und ihre Macht zu festigen.

Es vergeht kein Tag ohne Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Südostasien. In der Region sind Menschenrechte konstanten Angriffen ausgesetzt. So zum Beispiel in Kambodscha, Thailand und Malaysia, wo die Meinungsfreiheit eingeschränkt ist und politische Dissident*innen und Aktivist*innen eingeschüchert und verhaftet werden.

Die Statistiken zur Entwicklung der zivilen Handlungsräume des Economist Intelligence Unit Democracy Index 2019, des World Press Freedom Index 2020 und des CIVICUS State of Civil Society Report¹ zeigen zu Themen wie Versammlungs-, Bewegungs- und Meinungsfreiheit, dass die Reaktionen auf die Pandemie im südostasiatischen Raum nicht einheitlich waren und nicht direkt mit dem Grad an Demokratie oder Offenheit eines Landes korrelieren. Diese Angaben stimmen mit allen Länderdaten, die ich zusammengetragen konnte, darin überein, dass die Regierungen eines überwiegenden Teils der Länder der Region mit zunehmendem Nachdruck auf autoritäre Regierungsmaßnahmen setzen.

In Kambodscha beispielsweise hat der Gesetzentwurf zur öffentlichen Ordnung Debatten ausgelöst. Er enthält umfassende und willkürliche Maßnahmen, die sowohl gegen internationale Menschenrechtsbestimmungen, wie auch gegen die kambodschanische Verfassung verstoßen. Dieser Gesetzesentwurf, so Amnesty International, ermöglicht es der kambodschanischen Regierung, ihre arbiträre Kontrolle über Staatsbürger*innen auszubauen. Außerdem kriminalisiert er bestimmte Gruppen, wie die Armen. Ihr Lebensunterhalt ist durch die Pandemie ohnehin schon

empfindlich beeinträchtigt. Mit der Einführung des Gesetzes könnte sich dies noch verschärfen.

Die Unsicherheit und Furcht, dass diese Einschränkungen der Bürgerrechte andauern und auf lange Sicht permanent angewendet werden, ist in Südostasien sehr real. Wie die Staatsoberhäupter und ihre Bürger*innen in der Corona-Krise interagieren, kann außerdem Hinweise auf zukünftige Machtausübung geben. Betrachtet man die Ansätze, die unterschiedliche südostasiatische Länder angewandt haben, ergibt sich auch die Frage der Instrumentalisierung von COVID-19. Der COVID-19 Civic Freedom Tracker des International Center for Not-for-Profit Law (ICNL)² untersucht z.B. Versammlungs-, Ausdrucks- und Pressefreiheit, Desinformation und den freien Zugang zu Informationen, freie Bewegung und Überwachung, sowie Militarisierung. Die Ergebnisse des ICNL zeigen auf, dass die Frage wie Demokratien erfolgreich Ergebnisse liefern können sehr relevant ist.

Problematisch ist, dass die demokratischen Strukturen in vielen Ländern ausgehöhlt, schwach und ineffektiv sind. Welche Trends und Lehren lassen sich zu COVID-19 mit Blick auf Politik und Menschenrechte in Südostasien ausmachen?

Trends

Vor dem Ausbruch von COVID-19 Anfang des Jahres, war Südostasien schon durch ein hohes Ausmaß an Ungleichheit, unzureichende soziale Schutzmechanismen und eine Regression starker Institutionen gekennzeichnet. Wie wirken sich die COVID-19 Reaktionen auf die Politik in Südostasien aus, insbesondere in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte? Hierzu lassen sich sechs Trends ausmachen.

Der erste Trend ist die fehlende regionale Solidarität und die nach Innen gewandten Ansätze der südostasiatischen Länder. Wie wir sehen können, verlassen sich die einzelnen Staaten mehr auf ihre nationalen Lösungsansätze, als auf



*Soldat*innen an einem Quarantäne-Kontrollpunkt in Manila. Die sicherheitspolitischen Reaktionen auf die Pandemie erlauben eine stärkere Militarisierung des zivilen Raums. (Foto: ILO in Asia and the Pacific/CC BY-NC-ND 2.0.)*

den Verband südostasiatischer Staaten (ASEAN) oder die Vereinten Nationen (UN). Die Pandemie stellt eine ernste Bedrohung für Südostasien und die Relevanz von ASEAN dar, die sich gemeinsam der beispiellosen Herausforderung ausgesetzt sehen, die gesundheitlichen und sozioökonomischen Kosten von COVID-19 zu tragen. Voraussichtlich werden Millionen von Menschen ihre Arbeit verlieren. In einer Region mit einem großen informellen Sektor und ungleich ausgeprägten sozialen Schutzmaßnahmen, werden die Auswirkungen auf die Existenzgrundlage enorm sein.

Der zweite Trend ist der autoritäre Ansatz, mit dem die meisten Staaten Südasiens auf die Pandemie reagieren. Nach Stand vom 10. September 2020³ gibt es mehr als 376.000 Fälle in der Region, wobei die Philippinen mit über 160.000 Fällen und 50.000 aktiven Infektionen am stärksten betroffen sind. Es hat viele Menschen in den Philippinen erzürnt, dass Dutertes Regierung der Verabschiedung eines Antiterrorgesetzes Vorrang vor der Gesundheit der Bevölkerung einräumte. Bereits zu Anfang April 2020 haben 14 Senatoren den Rücktritt von Gesundheitsminister Francisco Duque III wegen der COVID-19-Krisenreaktion gefordert.

In Malaysia wurden in der frühen Phase der Eindämmung von COVID-19 diejenigen, die gegen die Movement Control Order (MCO) verstießen, wie Kriminelle behandelt. Sie ka-

men im engen Kontakt mit anderen in Untersuchungshaft und wurden anschließend in Handschellen vor Gericht gestellt. Mit Einführung der Maskenpflicht an öffentlichen Orten wurden Bedenken über das verhängte Bußgeld in Höhe von RM 1.000 bei Nichtbefolgung geäußert. Es wurde befürchtet, dass die Regierung eher auf Strafmaßnahmen als auf öffentliche Aufklärungsmaßnahmen setzt. Zusätzlich stellt das Bußgeld eine besondere Belastung für Menschen mit niedrigem Einkommen dar und eröffnet Möglichkeiten für Korruption bei Vollzugsbeamten*innen. In Myanmar wurden seit Ende März 2020 Menschen, darunter auch Kinder, zu Haftstrafen zwischen einem Monat und einem Jahr verurteilt, weil sie sich nicht an Ausgangsbeschränkungen gehalten haben.

Wie bereits erwähnt, leidet die gesamte Region unter einem Mangel an Bürgerrechten, wie Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit. Viele Regierungen übernehmen ‚*securitisation*‘⁴, ein Konzept der Internationalen Beziehungen, das Probleme als Sicherheitsfragen definiert, um auf die Krise zu reagieren und gleichzeitig gegen Kritiker*innen dieser Maßnahmen vorzugehen. COVID-19 ist für viele Regierungen eine politische Chance gewesen. Unbestritten sind gewisse Sicherheitsmaßnahmen notwendig, problematisch wird es allerdings, wenn Regierungen keine Verhältnismäßigkeit üben.

Der dritte Trend ist die Militarisierung, die mit dem erwähnten Ansatz der *securitisation* einhergeht. Diese wird von mehreren Ländern Südostasiens verfolgt, unter anderem von Indonesien und den Philippinen. Die UN hat Besorgnis über die repressiven Methoden einiger Länder in der Durchführung ihrer Lockdown-Maßnahmen geäußert. So bezeichneten sie zum Beispiel die Reaktion der Philippinen als „hoch militarisierter Vorgehensweise“.⁵ Duterte wird folgendermaßen zitiert: „Ich werde nicht zögern. Meine Befehle an die Polizei und das Militär sowie an die Beamt*innen in den Dörfern lauten: Wenn es irgendwelche Schwierigkeiten gibt oder wenn es Gewalt gibt und ihr Leben in Gefahr ist, erschießen Sie sie.“⁶

In einer Mischung aus Filipino und Englisch setzte er seine Fernsehansprache fort: „Schüchtern Sie die Regierung nicht ein. Fordern Sie die Regierung nicht heraus. Sie werden verlieren.“ In Ländern, die eine Geschichte von Menschenrechtsverletzungen durch das Militär haben, begünstigt die Militarisierung, welche die Eindämmung des Coronavirus begleitet, entweder direkte militärische Herrschaft oder zeitweise militärische Intervention. Beide können langanhaltende Auswirkungen auf die politische Situation haben. Dies ist besorgniserregend, da die meisten ASEAN-Staaten autoritäre oder nur teils demokratische Regierungen haben.

Der vierte Trend ist die Beschränkung der Regierungsfähigkeit. Die Corona-Pandemie hat schwache Regierungsstrukturen in den Ländern Südostasiens und ASEAN insgesamt offenbart. Staaten haben eine grundsätzliche Verpflichtung Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Rechtssicherheit für ihre Bürger*innen zu garantieren. In den Philippinen hat die Pandemie die Probleme eines ungleichen Gesundheitssystems in einem dicht besiedelten Staat mit großen sozioökonomischen Ungleichheiten verschärft. Während wir Debatten über Demokratie gegen Autoritarismus führen, vernachlässigen wir den Diskurs über die Bedeutung guter Regierungsfähigkeit. Regierungen waren nicht in der Lage im Rahmen ihrer bestehenden Institutionen und Autoritäten mit der Pandemie umzugehen und streben eine Macherweiterung an. Diese Notstandskompetenzen werden aber in einigen Fällen, wie zum Beispiel in Thailand⁷, zur Verfolgung Andersdenkender verwendet. In Indonesien wurde der Hashtag „Indonesia?? Terserah!!“ („Indonesien?? Es liegt bei dir!!“) zu einem Zeichen der Frustration über die unzureichenden Regierungsmaßnahmen in Reaktion auf COVID-19.

Fünftens hat die Pandemie die eklatanten Ungleichheiten der wirtschaftlichen Verteilung in der Region aufgezeigt. Dies offenbart auch, dass das Problem der Menschenrechte in der Region nicht hauptsächlich bei den zivilen und politischen Rechten liegt, sondern auch die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte vernachlässigt werden. Die Reaktionen auf die Pandemie bestärken bestehende

Ungleichheiten vom Gesundheitswesen bis zum Zugang zu Technologien. Besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen, wie informelle Arbeiter*innen oder Wanderarbeiter*innen, Menschen mit Behinderungen und Geflüchtete sind betroffen. Diese Krise ist eine deutliche Mahnung, dass das ökonomische Wachstum in Südostasien ungleich verteilt wurde. In Singapur und Malaysia wurde die Schuld schnell Wanderarbeiter*innen zugeschoben. Malaysische zivilgesellschaftliche Gruppen reagierten darauf mit dem Hashtag „MigranJugaManusia“, „Migrant*innen sind auch Menschen“, um auf die Not dieser Arbeiter*innen aufmerksam zu machen. Während Singapur anfänglich als Vorbildland gelobt wurde, hat die Krise die Missstände im Umgang mit marginalisierten Migrant*innen offenbart, als die zweite Welle unter Arbeitsmigrant*innen außer Kontrolle geriet.

Der sechste Trend ist die Entwicklung von Technologien zur Verfolgung von Infektionsketten durch Apps. Die Frage ist, ob es sich dabei um einen Fluch oder Segen handelt. Während diese Technologien in der aktuellen Krise eine wichtige Rolle spielen, um die Rechte auf Gesundheit, Leben und Sicherheit zu schützen, zwingt die Pandemie Länder, unabhängig von ihrem politischen System, zwischen individuellen und kollektiven Rechten abzuwägen. Unter dem Mantel der Pandemiebekämpfung werden Debatten⁸ darüber geführt, wie diese Apps einen Eingriff in das Recht auf Privatsphäre darstellen können, wenn sie ohne ausreichende Kontrolle implementiert werden. Vietnam nutzt beispielsweise die App Bluezone, die keine spezifische Datenschutzerklärung oder Richtlinie enthält. Dies könnte in Zukunft zu Problemen im Bereich der Privatsphäre führen.

Lehren und ein Blick in die Zukunft

Ausgehend von diesen sechs Trends sehe ich zwei Erkenntnisse und Empfehlungen für die Zukunft. Zunächst der Diskurs über Menschenrechte und Herrschaftsverhältnisse. Es ist bezeichnend, dass in Südostasien die Konzeption der Menschenrechte andauernd in Frage gestellt wurde und sich bestimmte Formen der Macht erhalten haben, insbesondere an der Spitze. Dies erklärt wieso sowohl Menschenrechte wie auch Herrschaftsformen eine so ambivalente Rolle spielen.

Die restriktiven Richtlinien schränken potentiell den vollen Umfang der Menschenrechte ein. Daher ist es wichtig die Menschenrechte vollumfänglich in unsere Überlegungen einzubeziehen.

In Menschenrechtskreisen gibt es lebhaftere Diskussionen über die Notwendigkeit eines neuen Narrativs, um den Rückhalt in der Öffentlichkeit zu stärken. Das Konzept der Menschenrechte muss sich in der Region gegen einen aufstrebenden autoritären Populismus behaupten.



Während der Movement Control Order in Malaysia reicht ein Händler seine Waren durch den Nato-Draht. Selbst notwendige Besorgungen sind nur schwer möglich. (Foto: Hafiz Johari via Shutterstock)

So können die „Mächtigen“, im südostasiatischen Kontext meistens der Staat, ihren unverhältnismäßigen Einfluss nutzen, um sowohl die Menschenrechte anderer zu bedrohen und die Möglichkeiten einer Machtübernahme zu begrenzen. Wenn wir in die Zukunft schauen und die Lehren aus der Corona-Pandemie mit einbeziehen, scheint es, dass Versuche, öffentliche Unterstützung aufzubauen, ein tieferes Verständnis der Herrschaftsverhältnisse erfordern, welche die Wahrnehmungen der Menschen prägen.

Der zweite Punkt ist die Rolle nichtstaatlicher Akteure, insbesondere im Menschenrechtsbereich. In Südostasien werden Menschenrechtler*innen häufig eher als ‚Feinde‘, statt als strategische Verbündete des Staats angesehen. Allerdings ist ihr Einfluss kontextabhängig, das heißt, er hängt vom politischen, ökonomischen und sozialen Kontext ab. Wie der CIVICUS State of Civil Society Report 2020⁹ zeigt, waren wesentliche bürgerliche und demokratische Freiheiten bereits vor der Pandemie stark eingeschränkt. Die Herausforderung für Menschenrechtsakteure ist also wie sie Regierungshandeln, das den Ärmsten schaden könnte und zunehmend autoritär ist, entgegenwirken können. Sie müssen Alternativpläne für eine Erholung von

der Corona-Pandemie aufstellen, die Rechte ausweiten und durch Umverteilung gerechtere Wirtschaftskreisläufe aufbauen.

Fazit

Es ist unbestreitbar, dass die Corona-Pandemie für die Wirtschaft Südasiens bisher verheerend war. Wir sollten die Lehren dieser Krise über die Korrelation von Wirtschaft und Demokratieverständnis nicht ignorieren. Es fehlt eine kausale Analyse zwischen den Beiden: die Wahrnehmung der Demokratie kann niedrig sein, während großes Wirtschaftswachstum herrscht. Menschen, die mit den Regierungsansätzen in Bezug auf Corona unzufrieden sind, können sich sowohl ein liberaleres, wie auch autoritäreres Vorgehen wünschen. Dies wird in Hinblick auf die Zukunft sicherlich eine bedeutende Herausforderung für pro-demokratische Kräfte und Menschenrechtsgruppen sein.

Zum jetzigen Zeitpunkt wäre jede Verallgemeinerung über die Krisenbewältigungsmodelle einer bestimmten Regie-

rungsform verfrüht. Dennoch sollte, unabhängig vom Vorliegen eindeutiger Belege, die Gefahr anerkannt werden, dass ein Scheitern in der Krise die Menschen Südostasiens dazu bewegen könnte, außerhalb eines demokratischen Systems nach Lösungen zu suchen. Das Ausmaß hängt mit der Dauer der Pandemie und dem Maß ihrer Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Es steht außer Zweifel, dass die Volksgesundheit wichtiger ist als die Wirtschaft. Aber ironischerweise haben einige Regierungen schon vor der Pandemie dem Gesundheitswesen keine Priorität eingeräumt. Die globale Pandemie bedeutet, dass Regierungen in der Pflicht stehen das Recht auf Gesundheit ihrer Bürger*innen zu schützen. Gesetze, die diesen Schutz ermöglichen sollen, dürfen die grundlegenden Rechte der Staatsbürger*innen aber nicht außer Acht lassen.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel ist eine übersetzte Fassung eines Beitrags des Saw Swee Hock Southeast Asia Centre, London School of Economics and Political Science. Er erschien in englischer Sprache auf dem SEAC-Blog. Übersetzung aus dem Englischen: Majid Lenz.¹⁰

Endnoten

- 1 Verfügbar unter https://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=democracyindex2019, <https://rsf.org/en/ranking> und <https://www.civicus.org/index.php/state-of-civil-society-report-2020>
- 2 Verfügbar unter <https://www.icnl.org/covid19tracker/>
- 3 Zahlen entnommen aus dem ASEAN Briefing, Verfügbar unter <https://www.aseanbriefing.com/news/coronavirus-asia-asean-live-updates-by-country/>
- 4 Aaron, Elisha (2020): Coronavirus shows the need for a human rights-based approach to public health crises, Verfügbar unter <https://freedomhouse.org/article/coronavirus-shows-need-human-rights-based-approach-public-health-crises>
- 5 UN (2020): 'Toxic lockdown culture' of repressive coronavirus measures hits most vulnerable, Verfügbar unter <https://news.un.org/en/story/2020/04/1062632>
- 6 Capatides, Christina (2020): „Shoot them dead“: Philippine President Rodrigo Duterte orders police and military to kill citizens who defy coronavirus lockdown, Verfügbar unter <https://www.cbsnews.com/news/rodrigo-duterte-philippines-president-coronavirus-lockdown-shoot-people-dead/>
- 7 Phasuk, Sunai (2020): Thai Activist Arrested on Covid-19 Pretext, Verfügbar unter <https://www.hrw.org/news/2020/05/15/thai-activist-arrested-covid-19-pretext>
- 8 Siehe zum Beispiel Data Protection Excellence Network (2020): A Comparative Review of Contact Tracing Apps in ASEAN Countries, Verfügbar unter <https://www.dpexnetwork.org/articles/comparative-review-contact-tracing-apps-asean-countries/>
- 9 Siehe 1
- 10 Verfügbar unter <https://blogs.lse.ac.uk/seac/2020/10/01/southeast-asias-pandemic-politics-and-human-rights-trends-and-lessons/>

Die Autorin

Khoo Ying Hooi leitet die Abteilung für Internationale und Strategische Studien der Fakultät für Kunst und Sozialwissenschaften der Universität Malaya in Malaysia. Ihre Forschungsinteressen umfassen NGOs, soziale Bewegungen, nationale Menschenrechtsinstitutionen, Menschenrechte und Demokratisierung mit einem regionalen Schwerpunkt auf Südostasien / ASEAN, insbesondere Malaysia und Timor-Leste.

Chinas digitale Pandemie: Zivilgesellschaft zwischen Staat und Virus

Von Joanna Klabisch und Christian Straube

Der Ausbruch des Coronavirus in Wuhan hat nicht nur gezeigt, wie ein autoritärer Staat mit einer Pandemie umgeht. Er hat auch gezeigt wie lebendig die Zivilgesellschaft in China ist. Wo der Staat nicht zeitnah und adäquat reagieren konnte, organisierte die Zivilgesellschaft das Leben im Lockdown. Digitale Mittel waren dabei zentral. Der digitale Raum spielte eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung mit einem Leben im Lockdown und der (Fehl-)Funktion des Staates für alle Beteiligten: Bürger*innen diente er zur Kommunikation, dem Staat zur Kontrolle und den sozialen Organisationen um zu helfen wo nötig.

Ein Blick auf die Situation der Einwohner*innen der Stadt Wuhan, die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 auf der Lokalebene sowie die spontanen Reaktionen und die digitale Selbstorganisation der Zivilgesellschaft in der Stadt war durch die ‚Systembrille‘ der deutschen Berichterstattung über China häufig nicht möglich. Im Vordergrund stand die Zentralregierung und deren harte Maßnahmen. Dabei offenbart die Situation der Menschen in Wuhan eine differenzierte Perspektive auf die wechselseitige Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft in China. Mit über 11 Millionen Menschen weist die Hauptstadt der Provinz Hubei so viele Einwohner*innen auf wie die zehn größten deutschen Städte zusammen. Historisch ging die wichtigste Stadt Zentralchinas aus drei separaten Städten an den Ufern der Mündung des Han- in den Jangtse-Fluss hervor.¹

Als das ‚System‘ mit der Abriegelung von Wuhan am 23. Januar 2020 reagierte, war es zunächst die Zivilgesellschaft, die in der Krisensituation und in Anbetracht bürokratischer Überforderung einen Großteil der Konsequenzen für die Bevölkerung trug und wichtige Impulse zum Leben im Lockdown gab. Die Menschen mussten zu Hause bleiben. Medizinisches Personal kam nicht mehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit. Über WeChat-Gruppen organisierten sich dezentral Freiwilligengruppen. Sie be-

lieferten Wohnanlagen mit Lebensmitteln und vermittelten Fahrdienste für Krankenhausmitarbeiter*innen. Andere boten psychologische Hilfe per Telefon an.² Nicht nur der Staat nutzte digitale Mittel in China. Sie spielten auch eine zentrale Rolle in der Reaktion der chinesischen Zivilgesellschaft auf den Ausbruch des Virus.

Zivilgesellschaft zwischen Staat und Virus

Im Februar 2020 rief Xi Jinping zum ‚Volkskrieg zur Prävention und Kontrolle der Pandemie‘ auf. Der ‚Volkskrieg‘ war ein maoistischer Kampfbegriff, der die Verschmelzung von Partei, Staat und Gesellschaft im Anlitz eines gemeinsamen Feindes heraufbeschwor. Der Begriff sollte zudem den seit der Einführung von ‚patriotischer Bildung‘ Anfang der 1990er Jahre staatlich forcierten Nationalismus in China befördern. An der Front des ‚Volkskriegs‘ standen die Parteikader auf der Graswurzelebene, die sogenannten Blockwärtter*innen, chin. *wanggeyuan*. In ihrer Person verschwammen auf der Ebene des Wohnblocks die Grenzen zwischen Partei und Staat, Öffentlichkeit und Privatem, Reaktion auf das Virus und Aktion, um Betroffenen zu helfen.

Trotz der umfassenden Überwachungsinfrastruktur in vielen chinesischen Städten war es nicht die materiell-digitale Komponente, die zum effektivsten Mittel gegen die Ausbreitung des Virus bei zeitgleicher Versorgung der Menschen während des Lockdowns in Wuhan wurde. Es war die soziale Massenmobilisierung durch die Blockwärtter*innen, die ein soziales Mikromanagement ermöglichten. Der Fokus lag dabei auf sozialer Überwachung, aber auch der Grundversorgung für die betroffenen Menschen. Die erforderliche individuelle Autorität der Blockwärtter*innen und Freiwilliger wurde direkt aus der parteipolitischen Massenmobilisierung des ‚Volkskriegs‘ abgeleitet. So wurden in einem Spielraum zwischen Staat und



Corona-Kontrolle in der Guangu Shopping City in Wuhan im April 2020 (Foto: Mark Brandon via Shutterstock)

Gesellschaft Kontrollstationen besetzt, Gesundheitsdaten erhoben, Haustüren versiegelt, häusliche Quarantäne kontrolliert, Verstöße gemeldet, Menschen versorgt und Hilfslieferungen sowie -dienste organisiert.

» Die Probleme des alltäglichen Lebens von neun Millionen in ihren Wohnungen eingesperrten Wuhanern wurden anfangs durch spontane Selbstorganisation der Bewohner angegangen. Mit Hilfe von Bestellungen über das Internet und kollektiven Einkaufsgruppen konnten sich die Eingesperrten mit lebensnotwendigen Waren versorgen.«

— Fang Fang in Wuhan Diary

Bereits vier Tage nach der Abriegelung Wuhans verzeichnete das Chinesische Rote Kreuz in Hubei ein Spendenaufkommen von mehr als 210 Millionen Renminbi (26,4 Millionen Euro). Es war eine von nur zwei ‚von der Regierung organisierten Nichtregierungsorganisationen‘, engl. *government organised non-governmental organisations* (GONGOs), die berechtigt waren Spendengelder zu verwal-

ten. Diese Organisationen waren schnell überfordert und so durften auch andere zivilgesellschaftliche Organisationen sachbezogene Spenden übernehmen. Letztlich sah sich das Ministerium für zivile Angelegenheiten gezwungen neue Regularien zu veröffentlichen.³ Diese standen auch anderen Wohltätigkeitsorganisationen das Recht zu, Spenden in Abhängigkeit von ihren eigenen Fähigkeiten umzusetzen. So verteilten auch kleinere Organisationen z.B. mit Spendengeldern gekaufte medizinische Ausrüstung an Krankenhäuser in Wuhan. Die Zivilgesellschaft war dem Staat in der ersten Reaktion auf die Pandemie weit voraus.

Zivilgesellschaft zwischen Wohnblöcken und digitalem Raum

Das zivilgesellschaftliche Engagement fand nicht nur auf den Straßen Wuhans und zwischen seinen Wohnblöcken

statt. Es bestand aus mehr als der Zuarbeit in einer Massenkampagne gegen das Virus. Im Netz tauschten sich insbesondere die Menschen in Wuhan mit ihren Familien und Freunden in anderen Teilen des Landes aus. Der Tod von Dr. Li Wenliang führte zur Hashtag-Kampagne #要言论自由, dt. #redefreiheit, mit der die Folgen der staatlichen Internetzensur explizit kritisiert wurden. Der Unmut über die Lokalregierung in Wuhan wurde öffentlich zum Ausdruck gebracht. Jeden Abend warteten Abermillionen Chines*innen auf einen neuen Blogeintrag der Schriftstellerin Fang Fang, die selbst in Wuhan eingeschlossen war. Sie schrieb, dass sich das staatliche Verhalten der Bevölkerung die Wahrheit vorzuenthalten, für die Beamten selbst rächen werde.

Die Präsenz solch kritischer Beiträge im Internet, wie von Fang Fang als auch der Hashtag-Kampagne zur Redefreiheit, wurden im Westen mit Verwunderung aufgenommen und fanden schnell Verbreitung. Wie war es möglich Nachrichten, die die Regierung schlecht dastehen ließen, in dem streng kontrollierten und von zensorischen Algorithmen überwachten digitalen Raum Chinas an die Öffentlichkeit zu bekommen? „Berichterstattung, die nicht von staatlichen Institutionen gelenkt wird, gibt es immer wieder. Sie wird geduldet in nicht-herrschaftsrelevanten Themenbereichen,“ so Michael Kahn-Ackermann, Übersetzer von Fang Fangs Tagebuch. „Es ist bisher noch nicht vollständig vorherseh- oder erklärbar, wann Zensur greift und warum.“ Festzuhalten gilt, dass dort zensiert wird, wo sich Solidarisierung und kollektives Engagement außerhalb des Parteistaats formieren.

Sobald die Regierung ihr Corona-Narrativ gefunden hatte, überlagerte dieses jede andere Form von Berichterstattung. Es wurde berichtet über die ‚medizinischen Helden‘ und den Bau des Notfallkrankenhauses Huoshenshan. Gezielte Medienkontrolle und die schiere Menge von als Privatpersonen getarnten Staatsangestellten sorgten dafür, dass die Parteimaßnahmen und ihr ‚Siegesszug‘ gegen das Virus schnell in den Vordergrund rückten und die Kritik an der Vertuschung einer neuartigen Atemwegserkrankung seitens der Behörden in Wuhan verstummte. Schätzungen zufolge werden im Auftrag der Partei jährlich um die 450 Millionen Kommentare in den sozialen Medien von der sogenannten ‚50 Cent Armee‘ platziert.⁴

Fang Fang wurde Opfer nationalistischer Hetze. Ihr wurde Gewalt angedroht. Beschwerden und Schutzmechanismen greifen in solchen Situationen nicht. Auch (Bürger-)Journalist*innen wie Chen Qushi tragen durch ihr unpatriotes Verhalten selbst die Schuld an ihrer Situation, so die nationalistische Lesart. Dennoch geben die Onlineaktivitäten dieser Netizens einen Einblick in den Pluralismus des Diskurses, der auch in einem so rigide kontrollierten Staat wie China noch existiert. Die Gefahr Opfer legaler wie auch illegaler Bestrafungsmechanismen zu werden,

ist jedoch groß. Datenschutz und Schutz der Privatsphäre werden trotz aller gesetzlichen Fortschritte der letzten Jahre in der Volksrepublik vollkommen anders interpretiert als zum Beispiel in Europa.

Beispielhaft für eine andere Herangehensweise zum Datenschutz ist die chinesische Gesundheits-App. Sie geht weit über die in Deutschland genutzte Corona-App hinaus. Die mit QR-Codes arbeitende App benutzt ein Ampelsystem, um die Bewegung eines Menschen bis auf das Verlassen des Wohnviertels hin zu kontrollieren. Ob man ‚Grün‘, d.h. als sicher, oder ‚Rot‘, d.h. als Risiko, eingestuft wird, ist jedoch nicht nur von der eigenen Infektiosität und Testergebnissen abhängig. Wie bei den unterschiedlichen Varianten des Sozialkreditsystems sind Datenquellen und Entscheidungsverfahren in den Händen des Regierungsapparates. Die Verfahren sind nicht einsehbar, nicht anfechtbar und anfällig für Missbrauch. So sollen bereits Menschen, die versucht haben gegen die Wuhaner Lokalregierung vorzugehen, Opfer falscher Rot-Einstufungen geworden sein.

Anfangs, so ein Journalist aus Wuhan, „fokussierten sich die Maßnahmen der Regierung nicht auf die Eindämmung der Epidemie selbst, sondern die Eindämmung und Unterdrückung von Informationen über das Virus.“⁵ Das Zurückhalten der Informationen über die Mensch-zu-Mensch Übertragung des Coronavirus und die Rolle von Großveranstaltungen zum chinesischen Neujahr wurden Lokalpolitiker*innen, insbesondere dem Bürgermeister und dem zurückgetretenen Parteisekretär Wuhans, zur Last gelegt. Wuhaner Bürger*innen, die Familienmitglieder an das Virus verloren haben, wollen entgegen aller Versuche sie davon abzubringen, Klage einreichen. Sie sind nicht ohne Unterstützer. Die Lokalregierung bietet eine Angriffsfläche, die die Zentralregierung in Peking und die Kommunistische Partei Chinas nie zulassen könnten. Immer wieder formierte sich vereinzelt Widerstand gegen die Verantwortlichen in der Stadtregierung. Die durch den Lockdown stark gebeutelte Bevölkerung Wuhans weigerte sich zum Beispiel, der Aufforderung der Lokalregierung nach triumphalen Medienbildern nachzukommen. Dieses lokale Aufbegehren stand nicht im Widerspruch zum Narrativ der Zentralregierung in Peking, die dann zur Rettung einschritt und Beschwerden über die Lokalregierung ungeahndet ließ.

Zivilgesellschaft zwischen Pandemie und digitaler Zukunft

In Wuhan wurden die Maßnahmen zur Kontrolle des Coronavirus während des Lockdowns größtenteils analog durchgeführt. Der Austausch und die Kritik darüber fanden im digitalen Raum statt. Auch bei der Eingrenzung

des Virus über die Provinz Hubei hinaus in andere Landesteile Chinas spielten digitale Mittel eine zentrale Rolle. Reisen, Essen und Einkaufen sind nur mit einem grünen Gesundheitscode auf dem Smartphone möglich. Die Gesundheitsdaten werden mit einer ganzen Reihe weiterer persönlicher Angaben verbunden. Dies geschieht innerhalb der Gesundheits-App und den Datenstrukturen des jeweiligen Anbieters als auch darüber hinaus im Austausch mit Regierungsbehörden. Die Pandemie vergrößert somit den Zugang staatlicher Stellen zu von Privatunternehmen erhobenen Benutzer*innendaten.

Die Lokalregierung der Stadt Hangzhou plant die ausgeweitete Informationsbreite und die Kategorisierung durch gesundheitliche Parameter auch nach der Pandemie auf freiwilliger Basis aufrechtzuerhalten. Letztlich soll der Flickenteppich aus lokalen Varianten des Sozialkreditsystems⁶ durch die staatlich forcierte Präsenz und Notwendigkeit digitaler Bewertungen im sozialen Leben zusammengelegt werden. Die Planungen sorgen für Entzündung bei chinesischen Benutzer*innen des Kurznachrichtendienstes Weibo. Gesundheitsdaten sollten nicht außerhalb der aktuellen Virenprävention benutzt werden dürfen, so die kritischen Stimmen. Apps, die letztlich über die eigene Kontakt- und Bewegungsmöglichkeit bestimmen, müssen verlässlicher und transparenter arbeiten. Auch das momentan als Entwurf vorliegende neue chinesische Datenschutzgesetz wird den Schutz privater Daten vor dem Staat nicht gewährleisten, liegt sein Fokus doch auf dem Schutz vor Hackingangriffen und einer übermäßigen Kommerzialisierung von persönlichen Daten.

Wie die Vergangenheit gezeigt hat, schränkt die Zentralregierung in Peking die Freiheiten der Menschen zu bestimmten Anlässen wie Parteitagungen oder sportlichen Großveranstaltungen stärker ein. Diese analoge als auch digitalen Einschränkungen des öffentlichen Raums wurden grundsätzlich danach wieder gelockert. Seit einigen Jahren geschieht dies jedoch nicht mehr. Bietet sich eine Gelegenheit für den Staat weitere Kontrollmechanismen dauerhaft zu etablieren, wird diese auch genutzt. Die Corona-Pandemie wird ebenso instrumentalisiert. Die Rechte der Bürger*innen in China müssen immer mehr den auf Sicherheit und Stabilität bedachten Maßnahmen des chinesischen Staates und der Kommunistischen Partei weichen. Mehr noch als eine globale Pandemie oder eine internationale Einflussnahme von außen fürchtet der Parteistaat den sozialen Unfrieden des eigenen Volkes und dieser ist digital besonders gut sichtbar, in China wie auch in vielen anderen Ländern Asiens.

Endnoten

- 1 Finnane, Antonia. „Wuhan: what’s in a name?“ Inside Story, Zugriff am 27.10.20, <https://insidestory.org.au/wuhan-whats-in-a-name/>.
- 2 Yang, Xifan. „Kleine Änderungen im Alltag können viel bewirken.“ ZEIT ONLINE, Zugriff am 27.10.20, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-03/wuhan-coronavirus-quarantaene-ausgangssperre-depressionen-angst-psychische-belastung/komplettansicht>.
- 3 Snape, Holly. „China Alters Civil Society Rules, Allowing More Groups to Respond to Coronavirus.“ *China File*, Zugriff am 27.10.20, <https://www.chinafile.com/ngo/analysis/china-alters-civil-society-rules-allowing-more-groups-respond-coronavirus>.
- 4 Hamilton, Clive und Mareike Ohlberg. *Lautlose Eroberung: Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet* (München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2020), S. 259.
- 5 Da Shiji. „The Truth about ‚Dramatic Action‘.“ *China Media Project*, Zugriff am 27.10.20, <http://chinamediaproject.org/2020/01/27/dramatic-actions/>.
- 6 Klabisch, Joanna. „China’s Social Credit Score – rating a People“ *Blickwechsel* (Dezember 2018), https://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2018_Juli_Social-Credit.pdf.

Die Autor*innen

Joanna Klabisch und Christian Straube leiten das China-Programm der Stiftung Asienhaus. Sie haben Ostasienswissenschaften mit dem Schwerpunkt China bzw. Moderne Sinologie an der Universität Heidelberg und an Universitäten in China studiert. Joanna Klabisch arbeitet seit ihrem Studium und ihren darauf folgenden Aufenthalten in China zur chinesischen Zivilgesellschaft, Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit. Christian Straube hat im Rahmen seiner Promotionsforschung chinesische Investitionen in Ost- und Zentralafrika und den China-Afrika-Diskurs untersucht. Seit Mai 2020 führen sie das von Brot für die Welt und der Ford Foundation geförderte Projekt ‚BRI in Civil Society Dialogue‘ durch.

Im Ausnahmezustand durchregieren: Indien in der Covid-19 Krise

Von Jürgen Weber und Christa Wichterich

Am 24. März 2020 erklärte Premierminister Modi einen 21-tägigen Lockdown für das ganze Land. Damit versetzte er 1,37 Milliarden Bürger*innen unvorbereitet und ungeplant mit nur vierstündiger Vorwarnung in einen Ausnahmezustand, um Zeit zu gewinnen gegen die Ausbreitung von Covid-19. Es kam zu einem dramatischen Exodus von Wanderarbeiter*innen aus den Metropolen. Millionen machten sich in der Hitze zu Fuß, per Fahrrad oder auf Lkws teils auf einen hunderte Kilometer langen Weg, weil sie als Tagelöhner*innen und Bauarbeiter*innen, Hausangestellte oder Straßenhändler*innen Obdachlosigkeit und Hunger fürchteten. Wegen der Ausgangssperre hatten sie kein Geld, keine Unterkunft, kein Essen, keine Wahl. Zugang zu Nahrungsmitteln im Rahmen des Öffentlichen Verteilungssystems (PDS) hatten sie nicht, da der Anspruch an einen festen Wohnort gebunden ist.

Unterwegs wurden sie oft Opfer brutaler Polizeigewalt, weil sie die Lockdown-Bestimmungen verletzten. Da kaum noch Züge oder Busse verkehrten, gab es vor Bahn- und Busstationen alptraumhaftes Gedränge. Es kam zu tödlichen Unfällen auf den Highways und Bahngleisen, Menschen starben vor Erschöpfung. Manche stießen bei ihren Herkunftsfamilien aus Angst vor Infektion auf Ablehnung.

Lockdown als humanitäre Katastrophe

Laut einer indienweit durchgeführten Studie vom August haben seit März 75 Prozent der im informellen Sektor Beschäftigten ihren Lebensunterhalt verloren. Ausstehende Löhne wurden nicht mehr gezahlt. Die Hoffnung in den Heimatdörfern Arbeit zu finden, erfüllte sich für die Wanderarbeiter*innen zumeist nicht. Sie waren gezwungen, Überbrückungskredite von lokalen Geldverleihern oder Mikrofinanzinstitutionen mit hohen Rückzahlungsraten

aufzunehmen. Unter dem Lockdown nahm für Frauen nicht nur die Belastung durch häusliche Sorgearbeit enorm zu – sondern auch die sexuelle Gewalt, sodass bereits von einer zusätzlichen Pandemie die Rede ist.

Eine Anordnung des Innenministers im April untersagte es Wanderarbeiter*innen, den Bundesstaat zu verlassen, in dem sie sich bei Beginn des Lockdowns aufhielten. Teils wurden Arbeiter*innen auch in Stadien festgehalten und mit Desinfektionsmitteln besprüht. Sie sollten nach Lockerung des Lockdowns möglichst sofort wieder ihre Arbeit aufnehmen. Die bekannte Soziologie-Professorin Nivedita Menon bezeichnet Versuche, auf diese Weise Zwangsarbeit einzuführen, als das untere Ende des Corona-Kapitalismus. Das obere Ende ist der Ausbau von staatlicher Überwachung durch die massenhafte Verbreitung einer Corona-App.

Währenddessen inszenierte sich Modi als verantwortlicher Landesvater, feierte die Überlegenheit der Hindu-Kultur mit dem Namaste-Gruß und Yoga-Übungen als Mittel gegen Infektionen und entschuldigte sich bei den Armen für die harten Maßnahmen. Er richtete Auffanglager ein, versprach Geldüberweisungen und Essensrationen, wobei allerdings die von der indischen Volkspartei (BJP) geführten Bundesstaaten aus dem 2,7 Millionen US-Dollar Hilfspaket erheblich mehr finanzielle Mittel erhielten als die nicht von der BJP geführte Regierungen.

Rechte aushebeln, Gesellschaft spalten

Dem System Modi war die Pandemie ein willkommener Anlass, um den Widerstand gegen das neue Staatsbürgerschaftsgesetz zu zerschlagen, demokratische Proteste mit Polizeigewalt zu beenden, Aktivist*innen zu inhaftieren und das Alltagsleben zu disziplinieren. Die Polizei prügelte auf Leute ein, die trotz Ausgangssperre auf der Straße waren.



*Wanderarbeiter*innen, die in ihre Heimatregionen zurückkehren müssen, warten auf Busse um ihre Reise anzutreten
(Foto: Manoj Paateel via Shutterstock)*

Die nie beseitigte Kasten- und Klassendiskriminierung wurde durch die plötzliche Definition von Millionen Menschen als „Wanderarbeiter*innen“ und ihre Vertreibung aus den Städten revitalisiert. Unter Missachtung aller Rechte und menschlicher Würde wurden Niedrigkastige zu leicht ersetzbaren Wegwerfmenschen degradiert.

Zunächst wurde das Virus als chinesisch identifiziert und Migrant*innen aus dem Nordosten Indiens diskriminiert. Dann tauchte das Narrativ vom Corona-Jihad auf: angeblich verbreitete ein Treffen der pan-islamischen Tablighi Jamaat Mitte März in Delhi das Virus absichtlich massenhaft als Mittel der Kriegsführung gegen Hindus in Indien. Diese Verschwörungstheorie legitimiert Islamophobie und Repressionen einmal mehr. Erkrankten Muslimen wurde der Zugang zu Krankenhäusern verwehrt, Hindus und Muslime wurden auf getrennten Stationen untergebracht. Verstorbene Muslime wurden verbrannt, obwohl sie nach islamischem Ritus beerdigt werden müssen.

Modi rief in populistischer Manier dazu auf, das Gesundheitspersonal zu beklatschen und besingen, um „ihre Moral zu stärken“. Tatsächlich versucht die Regierung rücksichtslos und unter Missachtung menschlicher Würde und Rechte, die Pandemie mithilfe und auf Kosten der Armen zu managen. So gelang es lange nicht, Pflegekräfte ausreichend mit Masken, Schutzkleidung und Desinfektions-

mitteln zu versorgen. Hunderte infizierten sich in den ersten Wochen allein in dem größten öffentlichen Krankenhaus in Delhi, einige starben. Jede Gelegenheit wird genutzt, um zu hierarchisieren und zu spalten. Infizierte Krankenschwestern wurden in überfüllten Unterkünften untergebracht und nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt, infizierte Ärzt*innen in recht noblen Hotels.

ASHAs, Gesundheitsarbeiterinnen auf dem Land, die als „Freiwillige“ für Impfkampagnen und Krankenhausbearbeitungen mobilisieren, wurden zwangsverpflichtet, – meist ohne Maske – von Tür zur Tür zu gehen, Infizierte zu identifizieren und sie in Quarantäne oder Behandlung zu verweisen. Dafür bekamen sie am Tag 38 Cent und 1 Cent pro Hausbesuch, – plus ein hohes Infektionsrisiko gratis. Ebenso wurden die Arbeiter, die mit ihrer Hände Arbeit die Kanalisation am Laufen halten und Verstopfungen beseitigen, genötigt, diese gefährliche Arbeit fortzuführen. Seit Jahren werden ihnen, alle Dalits, technische Hilfsmittel verweigert, die sie vor den häufigen Gasvergiftungen in der Kanalisation bewahren. Menschenwürde, ja nicht einmal Menschenleben spielen eine Rolle, sondern werden als Schmierfett sozialer Reproduktion und der Wirtschaft missbraucht.

Knapp vier Wochen nach dem verkündeten Lockdown erlaubte die Regierung Fabriken wieder zu öffnen. Weil viele

Arbeiter*innen nicht vor Ort waren, heuerten die Unternehmen ungelernete, gering bezahlte Leiharbeitskräfte an und kümmerten sich wenig um Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz; Behörden führten keine Kontrollen durch, mit dem Resultat einer ungewöhnlich hohen Zahl von Arbeitsunfällen, auch mit tödlichem Ausgang.

Im Mai setzte dann ein Bundesstaat nach dem anderen, für einen Zeitraum zwischen drei Monaten und drei Jahren, Arbeitsgesetze außer Kraft: Zum Beispiel Vorschriften zur Arbeitszeitbeschränkung, zu Kinderarbeit, Vertragsarbeit, Sicherheit, Schutz vor Entlassung sowie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Streik. Dieser massive Angriff auf Arbeitsrechte wurde mit der notwendigen Anknüpfung der Wirtschaft gerechtfertigt. Zudem wurden unter Umgehung demokratischer Abläufe neue Gesetze zur Marktliberalisierung in der Landwirtschaft verabschiedet, die weitere Einkommensverluste kleinbäuerlicher Haushalte vorprogrammieren.

Angriff auf die Zivilgesellschaft und Demokratie

In der Krise halfen zivilgesellschaftliche und religiöse Gruppierungen sowie einfache Bürger*innen den Wanderarbeiter*innen und Benachteiligten wie Dalits, Muslimen Adivasi und anderen ethnischen Minderheiten mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Unterkunft, Transport und medizinischer Versorgung zu überleben. Zeitgleich wurde innerhalb von nur vier Tagen eine Änderung des Gesetzes zur ausländischen Finanzierung (FCRA) durch beide Kammern des Parlaments gepeitscht, die vor allem kleineren Nichtregierungsorganisationen den Zugang zu ausländischen Geldüberweisungen erschwert. Mit dieser FCRA-Änderung, analysiert Amitabh Behar von Oxfam India, versucht das autoritäre Regime ein weiteres Mal, die liberal-demokratische Architektur des Landes und die kritische Zivilgesellschaft als anti-national zu diskreditieren. Das ist Teil der Strategie, Regimekritik durch Studierenden- und Menschenrechtsaktivist*innen, Jurist*innen und Journalist*innen unter falschen Anschuldigungen zu unterbinden und vermeintliche Verschwörungen in WhatsApp-Chats und Social-Media-Posts aufzudecken. Die überwiegend regierungsnahen Mainstream-Medien lancieren dabei Verleumdungskampagnen gegen alle, die das Missmanagement und die Politik von Modi hinterfragen. Nach Ansicht der National Alliance of People's Movements (NAPM) „zerstört dies das soziale Gefüge unserer Nation.“

Inmitten der Krise symbolisiert die Grundsteinlegung für den umstrittenen Ram-Tempel in Ayodhya am 5. August, bei der Modi und hochrangige Regierungsmitglieder anwesend waren, den Umbau Indiens zu einem Hindu-Staat. Exakt ein Jahr zuvor hatte Modi dem muslimischen indi-



Die Pandemie hat auch die Polizeipräsenz auf den Straßen erhöht. Hier patrouilliert die Central Industrial Security Force einen Bazar in Mumbai (Foto: Manoj Paateel via Shutterstock)

schen Bundesstaat Jammu und Kashmir die verbliebene Autonomie entzogen und ihn dem Innenministerium in Neu-Delhi unterstellt.

Der Disaster Management Act von 2005 verpflichtet die Zentralregierung, dass bei der Hilfe für Katastrophenopfer „keine Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Kaste, Gemeinschaft, Abstammung oder Religion erfolgen darf.“ Dieses Gesetz wurde jetzt benutzt, um Menschen brutal zu bestrafen, die Ausgangs- und Distanzregeln brachen. Abstand zu halten, Masken, Schutzmaßnahmen wie auch sichere Versorgung – das alles sind Privilegien der städtischen Mittelschicht, die in einer Netflix-Amazon-Blase leben.

Tatsächlich ist das Regieren im Ausnahmezustand und Schnellgesetzgebung biopolitische Machtausübung über Leben und Tod, Demokratie und Wohlfahrt zum angeblichen Nutzen des großen Ganzen, der Nation. Blind gegenüber Obdachlosen, Gesundheitsarbeiter*innen, Tagelöhner*innen, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranken, den Alten, Transpersonen und Sexarbeiter*innen und so ziemlich allen, die nicht zu einem typischen Mittelklasse-Hindu-Haushalt gehören, vertieft der Lockdown die sozialen Abgründe in der indischen Gesellschaft zum klaren Vorteil der zentralen Modi-Wählerschaft, der urbanen Hindu-Mittelschicht.

Die Autor*innen

Jürgen Weber ist freiberuflicher Publizist und Mitherausgeber des Sammelbandes »Speak up! Sozialer Aufbruch und Widerstand in Indien« (Assoziation A, Hamburg 2013).

Christa Wichterich ist Soziologin, Publizistin und Hochschullehrerin, derzeit Uni-Kassel, forscht momentan zu Care-Arbeit in Corona-Zeiten.

Die Corona-Pandemie in Nordostindien und „Mainland India“: Verstärkung existierender Ungleichheiten

Von Olga Basnet und Dieter Reinhardt

Indien steht erst am Anfang der Corona-Pandemie. Sie macht erneut deutlich, wie groß die Ungleichheiten sind. Der Nordosten steht ganz besonderen Herausforderungen gegenüber.

„Es wird ein komplettes Verbot geben, eure Häuser zu verlassen.“ Mit diesen Worten kündigte der Premierminister Indiens, Narendra Modi, in einer Fernsehansprache am Abend des 24. März 2020 um 20:00 Uhr an, dass bereits einige Stunden später um Mitternacht eine Ausgangssperre für zunächst drei Wochen in Kraft treten werde. Die New York Times bezeichnete diese drastische Maßnahme als „den weltweit drastischsten Schritt im Kampf gegen den Coronavirus“. Diese Ausgangssperre wurde Mitte April um drei weitere Wochen verlängert. Die Ankündigung am 24. März 2020 verursachte in den folgenden Wochen zunächst eine Hungersnot unter Hunderttausenden Tagelöhner- und Kleinhändler-Familien und anderen armen Bevölkerungsschichten aus den Großstädten, die über Nacht ihre Einkommensquelle verloren hatten. Sie wurden auf öffentlichen Plätzen von engagierten Bürgerinitiativen notversorgt. Die Einhaltung des Lockdowns war ihnen nicht möglich. Als deutlich wurde, dass sich die Situation nicht schnell ändern würde, kam es daraufhin zu einer chaotischen Migration. Die Menschen versuchten ihre häufig Hunderte von Kilometern entfernten Heimat-Dörfer oder -Städte größtenteils zu Fuß zu erreichen, in der Hoffnung, dort überleben zu können. Der Großteil der Wanderarbeiter*innen kommt aus den Bundesstaaten Uttar Pradesh und Rajasthan im Norden, Bihar im Osten Indiens und Madhya Pradesh in Zentralindien. Aber auch aus dem Nordosten Indiens arbeiten viele Menschen in ganz Indien, insbesondere im Dienstleistungssektor. Auch viele von ihnen machten sich auf den Weg in ihre Heimatorte.

Die in ihre Heimatorte zurückkehrenden Migrant*innen brachten oftmals auch das Virus aus den Metropolen mit. Während die Zahlen der positiv Getesteten bis Anfang Juli mit 600.000 Fällen noch gering waren, stieg diese Zahl in

den folgenden Monaten sehr schnell an. Anfang Oktober 2020 wurden in Indien offiziell circa 6,7 Millionen Menschen positiv auf COVID-19 getestet, davon befanden sich nach offiziellen Angaben circa 256.000 in Nordostindien. Ein Artikel des Indian Journal of Medical Research spricht von einer sehr hohen Dunkelziffer und schätzt, dass die Zahl von 6,5 Millionen Infizierten tatsächlich bereits im Mai 2020 erreicht wurde und im September möglicherweise schon zwischen 410 und 650 Millionen liegt.¹ Landesweit wurde die Zahl der durch den Virus Verstorbenen Anfang Oktober 2020 mit über 100.000 Toten angegeben, davon entfallen circa 1.200 Todesfälle auf Nordostindien.² Indien hat somit inzwischen weltweit die zweithöchste Zahl von positiv getesteten Menschen, mehr als Brasilien und etwas weniger als die USA. Es wird damit gerechnet, dass Indien am Ende des Jahres 2020 weltweit das Land mit den meisten Corona-Toten sein wird.

Extreme Kluft zwischen Arm und Reich und staatliche Corona-Maßnahmen

Nach dem chaotischen Auftakt der staatlichen Pandemie-Bekämpfung im März 2020 beschloss die Unionsregierung zahlreiche Hilfs- und Unterstützungsprogramme. So kündigte sie Anfang Mai 2020 an, mit einem sozialen und ökonomischen Unterstützungsprogramm in Höhe von ca. 270 Milliarden US-Dollar die durch die Pandemie ausgelöste Krise zu bekämpfen. Dieses Programm benutzt viele verschiedene Instrumente. Dazu zählen unter anderem die staatliche Übernahme von Kreditbürgschaften, Steuerreduzierungen oder auch die verbesserte Nutzung von Lebensmittelkarten, durch die über 80 Millionen Menschen subventionierte Lebensmittel kaufen können. Die Beseitigung der strukturellen Ursachen der Armut ist aber nicht das Ziel des Programms.

Besonders die mehr als 400 Millionen Beschäftigten im informellen Sektor Indiens, das heißt 90 Prozent der ins-



Wanderarbeiter*innen auf dem Rückweg in ihre Heimatregionen (Foto: Manoj Paateel via Shutterstock)

gesamt in Indien Beschäftigten, sind von der Pandemie betroffen. Zu diesen 400 Millionen Menschen zählen u.a. Tagelöhner*innen, Straßenhändler*innen, Hausangestellte und Bauarbeiter*innen. Geschätzt wird, dass 2019 die reichsten indischen Bürger*innen, die ein Prozent der Gesamtbevölkerung umfassen, insgesamt viermal so viel Vermögen haben, wie die 70 Prozent der Gesamtbevölkerung, die einkommensschwach und arm sind. Die Steuerpolitik der aktuellen Unionsregierung unter Narendra Modi und die Pandemie sind zwei Ursachen der sich schnell vergrößernden Kluft zwischen diesem reichsten 1 Prozent und den ärmeren 70 Prozent der Bevölkerung. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen stagnierten in den Jahren vor der Pandemie. Indien zählt weltweit zu den Ländern mit den niedrigsten staatlichen pro Kopf-Gesundheitsausgaben. 2019 wurden über 14 Prozent der Gesamtbevölkerung, ca. 195 Millionen Menschen als unterernährt bezeichnet.³ Während der Pandemie wächst die Zahl der Unterernährten in Indien.

Verbreitung von COVID-19 in Nordostindien und die Belastung des Gesundheitssystems

Zu Beginn der Pandemie war die offizielle Zahl an Infizierten in Nordostindien für eine Gesamtbevölkerung von knapp 60 Millionen äußerst gering. Nagaland beispielsweise registrierte den ersten Fall offiziell erst am 25. Mai 2020. Anfang Oktober 2020 gab es offiziell aber bereits über eine Viertelmillion Fälle im Nordosten. Am stärksten betroffenen ist Assam, der Bundesstaat mit der bei weitem größten Bevölkerung in Nordostindien, am wenigsten Sikkim und Mizoram. Der starke Anstieg seit Juni 2020 spiegelt den landesweiten Trend wider. Die in Nordostindien stationierten Armeemilitärs werden als ein Grund für eine weitere Verbreitung der Pandemie angesehen. So hat sich die Regierung Mizorams bei der Unionsregierung darüber beschwert, dass sich Armeemilitärs bei der Einreise nach Mizoram dem gesetzlich vorgeschriebenen Corona-Test mehrfach entzogen hätten; knapp die Hälfte der in Arunachal Pradesh positiv Getesteten sind dort stationierte Armeemilitärs.



Informelle Arbeiter*innen in Assam versorgen während des Lockdowns einen lokalen Markt (Foto: Talukdar David via Shutterstock)

Das bereits schwache Gesundheitssystem in Nordostindien kann auf die Pandemie nur begrenzt reagieren. So werden Patient*innen, die aus anderen Gründen als einer Infizierung mit COVID-19 medizinische Hilfe benötigen, oft nicht versorgt. In Meghalaya sind zum Beispiel zwischen April und Juli 2020 mindestens 61 schwangere Frauen und 877 Neugeborene gestorben; ihnen wurde häufig aufgrund der Corona-Pandemie die Aufnahme in Krankenhäuser verweigert.⁴ Die ‚National Commission for Women‘ hat deswegen den Meghalaya Chief Secretary aufgefordert, schnell die Hintergründe aufzuklären. Die Pandemie verschlechtert die – insbesondere für Frauen – schwierige medizinische Situation zusätzlich.

Konsequenzen der Lockdowns in Nordostindien

Von den zunächst landesweiten und später regionalen Lockdowns sind besonders die circa 700.000 Beschäftigten, größtenteils Arbeiterinnen, der Teeplantagen Nordostindiens betroffen. Vielen von ihnen wurde im ersten Monat des Lockdowns ihr Tageslohn nicht ausbezahlt. Auch Essensrationen wurden nicht verteilt. Lockdown-Maßnahmen schwächen in Nordostindien generell Liefer- und Verkaufsketten sowie den Transportsektor. Davon sind besonders Landwirte betroffen; unter anderem verdirbt ihr Gemüse auf den Feldern und viele Bauernfamilien verarmen.

Der Lockdown hat in allen Regionen Indiens einen Anstieg der Gewalt gegen Frauen und Kinder verursacht.⁵ In Manipur hat der Chief Minister N. Biren Singh im August 2020 zwei Fast-Track-Sondergerichte zur schnellen Bearbeitung von Fällen von Vergewaltigung und zum Schutz von Kindern vor Sexualdelikten eingerichtet.

Rassistische Diskriminierung von Nordostindier*innen während der Corona-Pandemie

Menschen aus dem Nordosten Indiens erfuhren schon vor der Pandemie rassistische Diskriminierung in „mainland India“, wie der Rest Indiens im Nordosten oft bezeichnet wird. Durch die Pandemie verstärkten sich rassistische Übergriffe auf die vermeintlich „chinesisch“ aussehenden Nordostindier*innen. Ihnen wurde unterstellt den Virus zu verbreiten. Viele wurden aus ihren Wohnungen in Delhi und anderen Städten vertrieben. In einigen Fällen wurde ihnen der Einlass in Supermärkte verwehrt. Es gab auch immer wieder körperliche Angriffe, in denen Bewohner*innen aus Nordostindien bespuckt oder geschlagen wurden. Viele wurden mit „Coronavirus“ beschimpft. Circa 300 Krankenschwestern verließen Kolkata im März und April 2020, weil sie mit rassistischen Vorwürfen konfrontiert waren, ihre Wohnungen gekündigt wurden oder sie kein Gehalt mehr erhalten haben.⁶

National Register of Citizens (NRC) und Haftzentren in Assam während COVID-19

Basierend auf einer bereits 2003 vorgenommenen Änderung des indischen Staatsbürgerschaftsgesetzes ordnete die Unionsregierung im Bundesstaat Assam im Jahr 2013/14 eine Prüfung der Staatsangehörigkeit der dort lebenden Menschen an. Daraufhin wurde ein mehrjähriges, häufig unterbrochenes Überprüfungsverfahren eingeleitet. Im August 2019 wurde dann 1,9 Millionen Menschen der Anspruch auf die indische Staatsbürgerschaft entzogen, obwohl sehr viele von ihnen bereits mehrere Jahrzehnte in Assam lebten. Diese Menschen sind nunmehr staatenlos und wurden nicht in das ‚National Register of Citizens‘ (NRC) Assams aufgenommen. Diese sogenannten ‚irregular foreigners‘ können beim staatlichen ‚Foreigner Tribunal‘ Widerspruch gegen die NRC-Entscheidung einlegen und versuchen, mit neuen Dokumenten zu beweisen, dass sie keine ‚irregulären Ausländer‘ sind. Das Tribunal gewährt aber nur eine sehr geringe Zeit zur Einreichung neuer Dokumente. Viele Familien befinden sich durch die diesjährigen schweren Überschwemmungen in Assam und die große Arbeitslosigkeit aufgrund der Corona-Pandemie ohnehin in einem Überlebenskampf und können die hohen Kosten der Beschaffung neuer Dokumente und der Reisen zu den zuständigen Behörden nicht bezahlen.

Einige Menschen sitzen aufgrund ihres ‚irregulären Status‘ bereits in Haftzentren ein. Zu Beginn der Pandemie waren es circa 800 Personen, die auf sechs verschiedene Haftzentren in Assam verteilt waren. Aufgrund der Befürchtung, dass die überfüllten Gefängnisse zu Corona-Hotspots

werden könnten, ordnete der indische Supreme Court im März 2020 unionsweit die Entlassung von Gefangenen an. In den folgenden Monaten wurden in Assam 380 Menschen, die als ‚irregular foreigners‘ deklariert wurden, entlassen. 425 Menschen werden weiterhin in Assam in Haftzentren, den sogenannten ‚Detention Centers‘, festgehalten.⁷ Im Zeitraum von März 2013 bis Juli 2020 wurden knapp 230 von der Regierung Assams als ‚Bangladeschis‘ bezeichnete Menschen aus Assam nach Bangladesch deportiert.⁸

Sichtbarkeit der Ungleichheiten

Die Corona-Pandemie rückt in Indien – wie in vielen anderen Ländern auch – lang vernachlässigte Probleme wieder in die Öffentlichkeit. Die prekäre Situation von Wanderarbeiter*innen und Tagelöhner*innen, die Diskriminierung von Dalits und niedrigkastigen Menschen, die zu den verwundbarsten sozialen Gruppen zählen, und das große Stadt-Land-Gefälle werden durch die Pandemie noch deutlicher. Auch die rassistischen Angriffe auf Menschen aus dem Nordosten zeigen, dass die indische Gesellschaft tief gespalten ist. Die Militarisierung Nordostindiens wird in der Corona-Pandemie zur Gesundheitsgefahr. Zudem kommt, dass das vernachlässigte Gesundheitssystem in den ländlichen Regionen den Herausforderungen der Pandemie nicht gewachsen ist.

Während die Pandemie in Indien ihren Höhepunkt noch gar nicht erreicht hat, ist bereits abzusehen, dass sich die ohnehin prekäre Lebenssituation, insbesondere der vulnerablen und armen Bevölkerungsgruppen im Nordosten weiter verschlechtern wird. Die unzureichenden staatlichen Maßnahmen erschweren eine rasche Erholung der von der Pandemie stark betroffenen Bevölkerung. Gleichzeitig unterstützen zahlreiche Selbsthilfeorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen – häufig zusammen mit Ihren jeweiligen internationalen Partner*innenorganisationen – die Bevölkerung und setzen die Regierung unter Druck, damit die staatlichen Corona-Unterstützungsprogramme auch umgesetzt werden.

Endnoten

- 1 Thapar, Karan (2020): Watch | COVID-19: Top Virologist Slams ICMR Chief's ‚We're in Control‘ Claim. In: The Wire, 17. Sep. 2020. Online verfügbar unter: <https://thewire.in/health/watch-icmr-covid19-shahid-jameel-karan-thapar>
- 2 Täglich aktualisierte Zahlen: The New York Times (2020): India Covid Map and Case Count. Online verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/interactive/2020/world/asia/india-coronavirus-cases.html>
- 3 Kamdar, Bansari (2020): India's Rich Prosper During the Pandemic While Its Poor Stand Precariously at the Edge, COVID-19 is increasing India's economic inequality – which was very high even before the pandemic. In: The Diplomat, 10. Sept. 2020. Online verfügbar unter:



In Assam drängen sich Wanderarbeiter*innen und in die Region Zurückgekehrte um Identifikationskarte und Dokumente zu erhalten. (Foto: Talukdar David via Shutterstock)

- <https://thediplomat.com/2020/09/indias-rich-prosper-during-the-pandemic-while-its-poor-stand-precariously-at-the-edge/>
- 4 The New Indian Express (2020): 877 newborns, 61 pregnant women die in Meghalaya in 4 months as hospitals fight COVID-19. In: The New Indian Express, 29. Aug. 2020. Online verfügbar unter: <https://www.newindianexpress.com/nation/2020/aug/29/877-newborns-61-pregnant-women-die-in-meghalaya-in-4-months-as-hospitals-fight-covid-19-2189895.html>
 - 5 Radhakrishnan, Vignesh (2020). Domestic violence complaints at a 10-year high during COVID-19 lockdown. In: The Hindu, 22 Juni 2020, online verfügbar unter <https://www.thehindu.com/data/data-domestic-violence-complaints-at-a-10-year-high-during-covid-19-lockdown/article31885001.ece>
 - 6 Kamarkar, Sumir (2020): COVID-19 impact: Racial slur, harassment force Manipuri nurses leave Kolkata. In: Deccan Herald, 20. Mai 2020. Online verfügbar unter: <https://www.deccanherald.com/national/east-and-northeast/covid-19-impact-racial-slur-harassment-force-manipuri-nurses-leave-kolkata-839933.html>
 - 7 The Times of India (2020): 425 in six Assam detention centres, says Chandra Mohan Patow. In: The Times of India, 1. Sep. 2020. Online verfügbar unter: <https://timesofindia.indiatimes.com/city/guwahati/425-in-six-assam-detention-centres-says-chandra-mohan-patowary/articleshow/77867675.cms>
 - 8 The Sentinel (2020). Only 227 Bangladeshis deported in 7 years from Assam. In: The Sentinel, 1. Sept. 2020. Online verfügbar unter <https://www.sentinelassam.com/topheadlines/only-227-bangladeshis-deported-in-7-years-from-assam-498630>

Die Autor*innen

Olga Basnet ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet im Koordinationsteam des North East India Forum (neif). Sie ist außerdem Masterstudentin an der Universität Kassel und beschäftigt sich mit Entwicklungspolitik und Migration.

Dieter Reinhardt ist Politikwissenschaftler und arbeitet ebenfalls im Koordinationsteam des North East India Forums (neif). Er bearbeitet auch die Themen UN-Missionen und humanitäre Hilfe, sino-indische Beziehungen, Energiepolitik in Bangladesch und Bangladesch-Diaspora in der EU.

Kambodschas Frauen in der Pandemie: Mehr Risiken, mehr Krisenfolgen

Interview von Raphael Göpel mit Suyheang Kry

Die Corona-Pandemie verstärkt die bestehenden Ungleichheiten und Machtverhältnisse zwischen verschiedenen Gender-Identitäten. Ein Gespräch mit Suyheang Kry, einer Gender- und Friedensaktivistin. Sie leitet die NGO Women Peace Makers in Kambodscha.

Suyheang Kry, der Coronavirus ist in Kambodscha im Januar 2020 zum ersten Mal aufgetaucht. Seit März sind auch die globalen Folgen des Virus-Ausbruchs im Land spürbar. Die Regierung ergriff verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Gibt es genderspezifische Auswirkungen der Corona-Krise?

Corona trifft alle Menschen – wirtschaftlich, sozial, in allen Bereichen unseres Lebens. Doch manche Gruppen sind aufgrund ihrer marginalisierten Stellung und ihres Ungleichheitsstatus unverhältnismäßig stärker vom Ausbruch des Virus betroffen. Das schließt Frauen und Mädchen ein.

Wir wissen z.B. von Frauen und Mädchen, die in Familien leben, in denen es zu Missbrauch kommt. In der Pandemie sollen sie zu Hause bleiben. Dort haben sie wenig bis gar keinen Zugang zu Sozial-, Justiz- und Gesundheitsdiensten, wenn es zu häuslicher Gewalt kommt. Frauen mit Behinderungen und Frauen, die von Staatenlosigkeit bedroht sind, haben in der Regel keinen ausreichenden Zugang zu Informationen und Schutzmaßnahmen. Das macht sie noch anfälliger für die Folgen von Corona. Hinzu kommen die Diskriminierung und Ungleichheit, der sie schon davor ausgesetzt waren.

Wie ist die Situation bei Minderheiten und Indigenen?

Ethnische Minderheiten wie z.B. die muslimischen Cham werden seit dem Virus-Ausbruch noch stärker stigmatisiert. Indigene Frauen und Mädchen im nördlichen Teil des Landes litten doppelt, unter Arbeitsbelastung und Pandemie-Stress, da viele Ernten durch Überschwemmungen zer-

stört wurden. Einige müssen nun, neben ihrer Arbeit im Haushalt und im Feld der Familie, zusätzliche Arbeit auf Plantagen von Unternehmen verrichten, um ihre Schulden abzubezahlen. Dort herrschen oft gesundheitsgefährdende Bedingungen.

Wie trifft Corona den Bildungssektor?

Das Bildungssystem wendet sich dem Online-Unterricht zu. Besonders Mädchen aus Minderheiten und ländlichen Gemeinden, die wenig bis gar keinen Zugang zu Internet oder Computern und Smartphones haben, trifft das hart. Schulabbrüche unter Mädchen aus Minderheiten nehmen daher zu. Nicht zuletzt berichteten Frauengruppen über eine Zunahme von Kinderheiraten in ihrer indigenen Gemeinschaft während der Zeit nach dem Ausbruch. Die Mädchen sind 14-15 Jahre alt.

Mit Blick auf die Wirtschaft Kambodschas: Die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind fatal für das Land. Besonders in der Textilbranche verloren Hunderttausende ihre Jobs, mehrheitlich Frauen. Welche Folgen hat das?

Es ist wirklich eine schwierige Zeit. Die Frauen verloren nicht nur ihre Arbeit. Es liegt ein enormer Druck auf ihnen: vom Ehemann, ihren Eltern, ihren Familien. Oft sind sie Alleinverdienerinnen und sorgen für das Einkommen. Viele sind auch alleinerziehende Mütter. Einige der Arbeiterinnen müssen in ihre Heimatdörfer zurückkehren, da sie ohne Job ihre Miete nicht mehr bezahlen können.

Schätzungen gehen davon aus, dass sich die Armutsquote auf 17,6 Prozent verdoppeln könnte, auch die Arbeitslosigkeit kann steigen. Verschärfend trifft es viele Familien, die bei Mikrofinanzinstituten verschuldet sind und jetzt ihre Schulden nicht mehr tilgen können. Die Arbeitsbelastung in den Haushalten stieg für Frauen drastisch. Neben mehr anfallender Hausarbeit kümmern sie sich auch vermehrt um die Kinder, die nicht zur Schule gehen können.



Was man nicht auf der Straße sieht: Schulabbrüche von Mädchen nehmen aufgrund der Pandemie zu, häusliche Gewalt steigt an (Foto: Daniel Kirsch auf Pixabay)

Welche weiteren Auswirkungen hatte Corona in Kambodscha?

Zusätzlich zu Heimkehrenden aus der Textilindustrie, kehrten auch weitere Wanderarbeiter*innen aus In- und Ausland massenweise in ihre Heimatdistrikte zurück, da sie plötzlich mit einer Wirtschaftskrise konfrontiert waren und ihren Job verloren. Die Wucht der Krise trifft nicht nur sie, sondern auch ihre Familienangehörigen, die oft auf ihre Überweisungen angewiesen sind.

In der Pflegearbeit, sowohl beruflich als auch innerhalb der Familie, sind in vielen Ländern mehrheitlich Frauen tätig. Wie sieht das in Kambodscha und insbesondere in der Pandemie aus?

Pflegearbeit wird in Asien gewöhnlich als Aufgabe der Frau betrachtet. Laut einer ILO-Studie von 2018 leisten Frauen daher viermal so viel unbezahlte Pflegearbeit (Anmerkung der Redaktion: z. B. das Pflegen von kranken und alten Familienangehörigen) wie Männer. Während der Pandemie könnte dies zunehmen. Auch im Gesundheitssektor stellen Frauen die Mehrheit. Von Krankenschwestern bis zu den freiwilligen Helferinnen in den Gemeinden. Medizinisches Personal ist dem Virus generell mehr ausgesetzt und trägt höhere Risiken.

Wirkt sich die Pandemie auf genderbasierte Gewalt aus?

Ja. Genderbasierte Gewalt, einschließlich häuslicher Gewalt, hatte schon zuvor in Kambodscha ein alarmierendes Ausmaß. Wir haben keine nationalen Daten über die Pandemie, aber die globalen Zahlen zeigen, dass häusliche Gewalt zunimmt.

Zu Beginn des Ausbruchs in Kambodscha blieben mehr Menschen zu Hause, da Schulen und Betriebe schlossen und soziale Kontakte sowie Reisen eingeschränkt wurden. Im ländlichen Raum sind Frauen z. B. oft auf das Einkommen des Ehemanns angewiesen. Viele Männer verloren ihren Job. Knappe Nahrungsmittel und eine unsichere Zukunft, die Angst vor dem Virus und räumliche Enge: Das sind alles Risikofaktoren, die zu steigenden Spannungen im Haus und zu Gewalt führen können. In Familien, in denen Frauen bereits häuslicher Gewalt ausgesetzt waren, könnte sie zunehmen; andererseits kann die Krise sie auch erst auslösen.

Wie unterstützt Ihre NGO Women Peace Makers die Bevölkerung in der Pandemie?

Wir leisten bisher umfangreiche Präventionsarbeit. Unsere Mitarbeiter*innen besuchen, unter Hygienevorschriften, Gemeinschaften in unserem Projektgebiet, und wir führen Online-Aufklärungskampagnen durch. Wir klären die Öffentlichkeit dabei über COVID-19 und genderbasierte Gewalt auf. Wir informieren die Menschen über das Virus: Was es ist, wie es sich verbreitet, wie man sich schützt und was man vermeiden sollte. Auch über den Aspekt, wie man dem durch Corona verursachten sozialen Stigma entgegenwirken kann. Und wie man sich selbst und anderen, z. B. Nachbarn und Familienangehörigen, in der Pandemie helfen kann. Wir sensibilisieren auf die besonderen Herausforderungen für Frauen in der Pandemie und machen negative Normen und Stereotypen um genderbasierte Gewalt in der Corona-Krise deutlich.

Die Menschen bekamen Informationen und Hinweise darüber, wo es Hilfe gibt. Das waren z. B. Telefonnummern und Anlaufstellen bei Behörden, Gesundheitseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.



Workshop mit Abstand und Maske, aufgrund Corona wurden aber auch viele Aktivitäten ins Digitale verlagert
(Foto: Women Peace Makers)

Expert*innen warnen vor drastischen langfristigen Folgen der Corona-Krise für Frauen und Mädchen. Wie schätzen Sie das ein?

Wir können es seit Pandemieausbruch schon beobachten: Armut, Schulabbrüche, Kinderheiraten, genderbasierte Gewalt, einschließlich häusliche Gewalt, nehmen zu.

Welche Maßnahmen müssten Ihrer Meinung ergriffen werden?

Mit anderen zivilgesellschaftlichen kambodschanischen Organisationen haben wir bereits Ende März 2020 eine Reihe von gendergerechten Sofortmaßnahmen im Hinblick auf Bewältigungsstrategien während der Corona-Pandemie vorgeschlagen. Alle Aktionen sollten Gender einbeziehen. Sicherlich ist es notwendig, Kambodschas Wirtschaft zu stützen und wieder anzukurbeln, aber es gibt weiteren Handlungsbedarf.

Mädchen müssen weiter zur Schule gehen. Alle, die kambodschanische Regierung, der Privatsektor, die internationale Gemeinschaft und die Zivilgesellschaft, sollten alles dafür tun um sicherzustellen, dass alle Mädchen in der Schule bleiben können. Und das muss unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, ihren Fähigkeiten und ihrer sonstigen Identität gewährleistet werden. Denn wenn die Mädchen einmal die Schule verlassen haben, ist es sehr schwer, sie wieder zurückzubringen.

Kinderheiraten müssen angegangen werden, indem sowohl mit den Mädchen als auch mit den Eltern sowie der Gemeinde gesprochen und zusammengearbeitet wird.

Es braucht Mittel und Investitionen in einen wirksamen Präventionsmechanismus für genderbasierte Gewalt.

Hilfsdienste für Überlebende häuslicher Gewalt sollten verbessert und ausgebaut werden; darunter nationale Hotlines, sichere Unterkünfte, Rechtsbeistand, psychische Unterstützung und andere Sozial- und Gesundheitsdienste für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen.

Letztendlich sollten alle Corona-Maßnahmen und das Krisenmanagement gendersensitiv ausgerichtet werden.

Endnoten

- 1 UNDP (2020): Economic and social impact assessment of COVID-19 in Cambodia, <https://www.kh.undp.org/content/cambodia/en/home/presscenter/pressreleases/2020/economic-and-social-impact-assessment-of-covid-19-in-cambodia-re.html>
- 2 Business Human Rights (2020): Cambodia: 15 NGOs call on govt. to prioritise the needs of people at increased risk of gender-based violence in responding to the COVID-19, <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/cambodia-15-ngos-call-on-govt-to-prioritise-the-needs-of-people-at-increased-risk-of-gender-based-violence-in-responding-to-the-covid-19/>

Autor & Interviewpartnerin

Interview und Übersetzung aus dem Englischen: Raphael Göpel. Er arbeitet in der Stiftung Asienhaus zu Kambodscha, Indonesien, Thailand und in der Öffentlichkeitsarbeit. Seine Interviewpartnerin Suyheang Kry ist Expertin in Konflikttransformation, Transnational Justice, Gender Mainstreaming und gendersensibler Mediation. Die Kambodschanerin ist Geschäftsführerin der NGO Women Peace Makers.

Kambodschanische Textil- und Bekleidungsarbeiter*innen kämpfen ums Überleben

Von Michaela Doutch

Wie alle so bezeichneten Billiglohnländer im Globalen Süden, die für kleines Geld für große Marken wie H&M, Adidas, Zara (Inditex) oder Primark massenhaft Bekleidung überproduzieren, wurde auch Kambodscha von der Corona-Pandemie hart getroffen.

Die Integration Kambodschas am untersten Ende der Wertschöpfungskette der Textil- und Bekleidungsindustrie wurde dem Land – so offensichtlich wie nie zuvor – zum Verhängnis. Einerseits blieben die Importe von Textilien und unfertigen Bekleidungsstücken aus ostasiatischen Ländern, in denen das Virus zum ersten Mal auftrat, aus. Andererseits wurden die nunmehr in Kambodscha fertigestellten und exportbereiten Produkte von westlichen Ländern, in denen sich das Virus später verbreitete, nicht mehr abgekauft. Damit geriet der wichtigste exportorientierte Industriesektor, der schätzungsweise eine Million Menschen beschäftigte, heftig ins Wanken. Immer mehr Textil- und Bekleidungsfabriken in Kambodscha mussten seit dem globalen Ausbruch von COVID-19 schließen. Insbesondere kleinere Betriebe überlebten die nach wie vor anhaltende Corona-Krise nicht. Schätzungsweise 200.000 Arbeitnehmer*innen – überwiegend Frauen – verloren von heute auf morgen vorübergehend oder gänzlich ihre Arbeit.

Der Kampf ums Überleben geht in die nächste Runde

Bereits vor der Krise lebten die Arbeiter*innen von der Hand in den Mund. Trotz offiziell steigendem Mindestlohn, der im letzten Generalstreik der Textil- und Bekleidungsarbeiter*innen im Dezember 2013 und Januar 2014 erstritten wurde, war es kaum möglich, damit eine mehrköpfige Familie zu ernähren. Steigende Lebenshaltungskosten, Überarbeitung auf der einen sowie mangelnde

Jobangebote auf der anderen Seite erschwerten den Alltag der meist jungen Frauen zusehends. Diese migrierten schon in zweiter Generation aus ländlichen Gebieten in die Hauptstadt Phnom Penh, um das Leben für die meist zurückgelassenen Eltern und Kinder in den Heimatprovinzen finanzieren oder davon träumen zu können, etwas gänzlich Neues aufzubauen.

Nun hat sich der Kampf ums Überleben noch weiter verschärft. Seit Monaten haben viele Arbeiter*innen gar keine Einnahmen mehr. Dies trifft auch auf Heng Nary zu. Mit Mitte 40 zählt sie zu der ersten Generation von Textil- und Bekleidungsarbeiter*innen, die von Beginn an (frühe 1990er Jahre) im Sektor gearbeitet haben. Aufgrund von Corona wurde ihr dreimonatiger Kurzzeitvertrag nicht mehr verlängert. Heng Nary verlor damit ihre einzige Einkommensquelle. Wie soll sie jetzt ihre Kinder ernähren? Sie ist Alleinverdienerin, ihr Mann war schon vor der Corona-Pandemie arbeitslos. Während zwei ihrer Kinder zur Schule gehen, die zeitweise auch geschlossen wurde, haben bereits vier Kinder die Schule abgebrochen, um die Familie finanziell unterstützen zu können. Derweil blieb Heng Nary nichts anderes mehr übrig, als zurück in ihre Heimatprovinz zu gehen. „Ich finde einfach keinen neuen Job mehr.“

Viele Textil- und Bekleidungsarbeiter*innen kehren zurück aufs Land

Viele Textil- und Bekleidungsarbeiter*innen sind, wie Heng Nary, aus Alternativlosigkeit aufs Land zurückgekehrt. Insbesondere die ältere Generation von Arbeiter*innen, aber auch schwangere Arbeiterinnen, finden momentan keine Beschäftigung in der Branche. Einige versuchen in der Stadt zu bleiben und hier übergangsweise in anderen Sektoren, wie etwa dem Bausektor, zu jobben – zum Teil jedoch unter noch schlechteren Bedingungen.



Arbeiter*innen streiken vor ihrer Fabrik und bitten darum, dass ihr Fall vor Gericht kommt und somit ein offiziell rechtliches Verfahren eingeleitet wird (Foto: Central)

So nimmt zum Beispiel die Gewalt gegen Frauen in solchen von Männern dominierten Sektoren weiterhin zu. Manche geben aber nicht auf und versuchen erneut, einen Job in einer Textil- und Bekleidungsfabrik zu ergattern. Hierbei rutschen jedoch immer mehr Arbeiter*innen in informelle Arbeitsverhältnisse ohne jegliche Verträge. Selbst wenn die meist jungen Frauen (primär aus größeren formellen Betrieben) langsam wieder ihrer alten Beschäftigung nachgehen können, so hat sich auch dort einiges verändert.

Auch für Our Samnang sieht der Arbeitsalltag nun anders aus als zuvor. Die junge Mutter eines vierjährigen Kindes kann zwar nach Monaten endlich wieder in ihrer alten Fabrik arbeiten, doch es gibt kaum etwas zu tun. Es fallen auch keine Überstunden an, die Our Samnang aber bräuchte, um einen Lohnbonus zu erhalten.

Entschädigungszahlen fallen deutlich geringer aus

Die versprochenen Entschädigungszahlungen vonseiten der Regierung für vorübergehend suspendierte Arbeitnehmer*innen wie Our Samnang fielen zudem wesentlich niedriger aus. So hieß es zunächst, dass jene formell (Nicht-) Beschäftigten eine Entschädigung oder ein Kurz-

arbeitergeld in Höhe von 60 Prozent ihres Grundgehaltens pro Monat erhalten, wovon 40 Prozent von Arbeitgeber*innen übernommen und 20 Prozent vom Staat gezahlt werden sollten. Die von der GMAC (*Garment Manufacturers Association in Cambodia*) vertretenen Arbeitgeber*innen beschwerten sich jedoch, dass sie es sich nicht leisten könnten, 40 Prozent des Lohns zu zahlen. Am Ende entschied die Regierung, dass die Arbeitgeber*innen nur 30 US-Dollar zahlen müssten, während die Regierung 40 US-Dollar zahlt.

Doch 70 US-Dollar Entschädigung pro Monat sind bei Weitem nicht genug. Abgesehen davon, dass nur formell registrierte und temporär suspendierte Beschäftigte Anspruch auf diese Ausgleichszahlungen haben, reicht dieser Betrag partout nicht aus, um sich selbst und die Familie zu ernähren. Daneben können sie den nunmehr rasant steigenden Schuldenberg, unter dem nahezu alle Arbeiter*innen leiden, nicht mehr abbezahlen.

Der Schuldenberg wächst

Mehr als 2,6 Millionen Kambodschaner*innen sind mit insgesamt mehr als 10 Milliarden US-Dollar bei Mikrofinanzinstituten verschuldet. Mit einem Durchschnittswert von 3,804 US-Dollar pro Kopf ist es weltweit die

höchste Mikrokreditsumme, die eine einzelne Person zu tragen hat. Es sind insbesondere Frauen, Arbeiterinnen aus dem Bekleidungssektor, die diese Schulden tilgen müssen. Ohne jegliche soziale Sicherheit sind die Frauen vollständig auf sich allein gestellt, um sich um ihre Kinder sowie auch um die Gesundheits- und Altersversorgung ihrer Angehörigen zu kümmern.

Während jene Frauen bereits zuvor kaum Möglichkeiten hatten, ihre aufgenommenen Schulden abzubezahlen, steigen letztere nun rasant an. Viele werden gezwungen ihr Land zu verkaufen, um zumindest einen Teil zurückzahlen zu können. Die Verzweiflung wächst, auch bei Kak Chenda: „Ich soll nächsten Monat meine Schulden weiter abbezahlen. Aber ich weiß nicht wie. Wie kann ich meine Schulden abbezahlen ohne Job?“ Kak Chenda ist mit knapp 20.000 US-Dollar sehr hoch verschuldet und weiß nicht, wie es weitergehen soll. Sie kann die 400 US-Dollar, die sie monatlich abbezahlen soll, einfach nicht aufbringen.

Proteste und Streiks trotz oder gerade wegen COVID-19

Seit Ausbruch der Pandemie gehen immer wieder Textil- und Bekleidungsarbeiter*innen auf die Straße. Sie protestieren insbesondere vor ihren Fabriken tagelang für finanzielle Entschädigungen, nachdem ihre Löhne nicht ausgezahlt wurden und Betriebe schließen mussten. Ung Tharoth ist eine von ihnen: „Ich blieb über Nacht mit den anderen Arbeiter*innen – selbst schwangere Arbeiterinnen waren dabei – vor der Fabrik. Wir schliefen dort. Die Menschen aus der Nachbarschaft waren sehr freundlich und versorgten uns mit Essen und Trinken.“ Ung Tharoth erstritt sich so gemeinsam mit ihren Kolleg*innen eine einmalige Entschädigung in Höhe von knapp 2/3 ihres Monatslohns. Auch wenn diese, letztlich kleine, Entschädigungssumme nur ein Tropfen auf den heißen Stein war, so ging Ung Tharoth zumindest nicht gänzlich leer aus, wie viele andere.

Kleinere Streiks vor den Fabriken, die die Beschäftigten oftmals auch selbst organisieren, werden eher toleriert. Im Gegensatz zu größeren Protestmärschen, wie zum Haus von Premierminister Hun Sen im Juli 2020, die direkt von der Polizei abgeblockt werden.

Repressionen nehmen weiter zu

Seit dem letzten Generalstreik ist es zunehmend schwieriger geworden, um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die Beschäftigten im Textil- und Bekleidungssektor zu kämpfen. Gesetze, wie etwa das Gesetz für Vereinigungen

und NGOs (LANGO) von 2015 oder aber auch das Gewerkschaftsgesetz (Trade-Union Law) von 2016, erschweren den Kampf der Arbeiter*innenbewegung in Kambodscha zusehends. Insbesondere die unabhängige Gewerkschaftsbewegung und ihre formellen Handlungsmöglichkeiten wurden durch diese Gesetze stark eingeschränkt. Die Corona-Krise hat ihre Situation weiter verschärft. So verabschiedete die Regierung im April 2020 das Notstandsgesetz (State of Emergency Law), das offiziell die Menschen vor der Ausbreitung des Virus schützen soll, faktisch aber dazu dienen kann, Versammlungen auflösen und Rede- und Meinungsfreiheit zu unterbinden, um „die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung“ zu wahren.

Dass Kambodscha über die letzten Jahre zunehmend repressiver gegen Formen des politischen Aktivismus vorgeht, wurde bereits von der Europäischen Union (EU) sanktioniert. Die EU ist ein zentraler Handelspartner des Landes und wichtigster Hauptabnehmer von Textilien und Bekleidung. Im August 2020 wurde Kambodscha der zollfreie und quotenfreie Zugang zum EU-Markt, der vorher im Rahmen des Everything But Arms (EBA)-Abkommens gewährleistet wurde, partiell entzogen. Grund hierfür war die enorme Zunahme von Menschenrechtsverletzungen innerhalb der letzten Jahre, insbesondere die Inhaftierungen dutzender Aktivist*innen und Journalist*innen. Damit muss der Textil- und Bekleidungssektor Kambodschas eine weitere, noch nie dagewesene wirtschaftliche Einschränkung hinnehmen.

Wie Corona den Spiegel vorhält

Auch wenn das Coronavirus selbst die Bevölkerung Kambodschas insofern noch verschont hat, als dass die offiziell bekannten Fallzahlen an COVID-19 erkrankten Personen mit knapp über 280 Fällen (Stand: Oktober 2020) auf gut 17 Millionen Menschen vergleichsweise gering ist, hat die Pandemie dennoch enorme wirtschaftliche und politische Auswirkungen auf Land und Bevölkerung. Das trifft insbesondere auf die Arbeiter*innenklasse und hier auf die Frauen in einem der wichtigsten Sektoren zu.

Während die Corona-Krise zweifelsfrei beispiellos ist, so bringen die Auswirkungen der Krise auf das Leben der Arbeiter*innen im Textil- und Bekleidungssektor – nicht nur in Kambodscha, sondern auch in anderen Produktionsländern wie Myanmar, Bangladesch, Pakistan oder Indien – keine wirklich neuen Phänomene hervor. Vielmehr multipliziert die Krise die bereits zuvor lang existierenden Probleme. Sie zeigt erneut auf, unter welchen desaströsen Bedingungen die Beschäftigten arbeiten und leben müssen und auf welchen strukturellen Ungleichheiten jene globalen Produktionen wie die Textil- und Bekleidungsindustrie aufbauen.



Arbeiter*innen streiken vor ihrer Fabrik und bitten darum, dass ihr Fall vor Gericht kommt und somit ein offiziell rechtliches Verfahren eingeleitet wird (Foto: Central)

Die Corona-Krise zeigt somit auf brutale Art und Weise auf, inwiefern globale Wertschöpfungsketten Länder und Menschen (un-)gleich verbinden und inwieweit insbesondere die Arbeiter*innenklasse, die in der Textil- und Bekleidungsindustrie primär von Frauen verkörpert wird, darunter leiden muss. Die Pandemie muss nun Anlass für mehr Solidarität – für mehr kollektive Kämpfe gegen jene ausbeuterischen und unterdrückenden Systeme sein.

Alle Namen im Artikel sind Pseudonyme. Alle Interviews wurden im Oktober 2020 in Kambodscha geführt.

Weiterführende Informationen

- » Bericht Gewerkschaft CATU (2019): https://gaatw.org/publications/Safe_and_Fair_FPAR/FPAR_Report_CATU.pdf
- » Lawreniuk, Sabina (2020): Necrocapitalist networks: COVID-19 and the 'dark side' of economic geography. *Dialogues in Human Geography*, 10(2) 199–202. <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/2043820620934927>
- » LICADHO (2019): Worked to Debt. https://www.licadho-cambodia.org/reports/files/230Worked%20to%20Debt%20Joint%20Briefing%20Paper_ENG_30062020.pdf
- » Sonia Corrêa (2020): Biopolitics & The COVID-19 Pandemic: Feminist Perspectives. https://dawnnet.org/wp-content/uploads/2020/06/DANWNTalksON-COVID_19_Sonia-Correa_Final.pdf

Autorin

Michaela Douth ist Doktorandin an der Abteilung für Südostasienwissenschaft am Institut für Orient- und Asienwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie forscht seit Jahren zur Arbeiter*innenbewegung im kambodschanischen Textil- und Bekleidungssektor.

Thailänder*innen in Malaysia: In der Schwebe

Von Sirinya Wattanasukchai

Begrenzte Flüge und strenge Quotensysteme für die Rückkehr: In der Pandemie fanden sich hunderttausende im Ausland lebende Thais plötzlich in einer prekären Situation wieder. Ein Beispiel einer Familie, die es zum Arbeiten nach Malaysia zog.

Als die Regierung Malaysias Mitte März 2020 ankündigte, ihre Grenzen wegen der Corona-Pandemie zu schließen, wollte Napeesah L., die nur wenige Tage zuvor in Penang angekommen war, nicht nach Hause zurückkehren, zumindest noch nicht. Sie dachte, dass sie als Bürgerin Thailands jederzeit heimkehren könne. Doch sie irrte sich.

Napeesah war zu dieser Zeit im sechsten Monat schwanger. Sie und ihr Ehemann, beide 30 Jahre alt, arbeiteten mit einem Touristenvisum in einem thailändischen Restaurant in Penang. Normalerweise verlängerten sie ihr Visum monatlich am nahegelegenen Grenzübergang. Sie beschlossen zu bleiben, weil sie kein Geld für die Rückreise ausgeben wollten. „Wir haben nicht damit gerechnet, dass die Situation mehrere Monate dauern würde“, berichtet Napeesah.

Strenge Ausgangsregelungen in Malaysia

Ihr Leben wurde bedeutend schwerer, als die Regierung Malaysias neue Ausgangsregelungen beschloss. Ab dem 1. April waren nur noch lebensnotwendige Besorgungen in einem Umkreis von zehn Kilometern um den Wohnort zulässig. Die Anordnung blieb über einen Monat lang in Kraft. Zuwiderhandelnde konnten mit einer Geldstrafe belegt werden.

Das Restaurant, in dem Napeesah und ihr Ehemann arbeiteten, musste bereits Mitte März schließen. Die beiden hatten keine Möglichkeit mehr, zu arbeiten. Glück-

licherweise erlaubte ihr Arbeitgeber dem Paar trotzdem, im Restaurant zu bleiben, ohne etwas dafür zu zahlen. Es gelang ihnen, an Lebensmittel und manchmal auch an Hilfspakete aus dem thailändischen Konsulat in Penang zu kommen. Dennoch warnte sie niemand vor möglichen Schwierigkeiten bei der Verlängerung ihres Visums.

Rückkehr nach Thailand nur mit ärztlichem Attest

Während sich das Coronavirus in Asien ausbreitete, begannen Regierungen in aller Welt ihre Bürger*innen davor zu warnen, ins Ausland zu reisen, und drängten diejenigen, die sich in anderen Ländern aufhielten, schnell zurückzukehren.

Die thailändische Regierung nahm die Infektionen zu Beginn nicht so ernst, wie es nötig gewesen wäre, was zu einem unkontrollierbaren Anstieg der Fälle führte. Thailand war das erste Land außerhalb Chinas, in dem das Coronavirus, am 13. Januar 2020, entdeckt wurde. Bis zum 5. Oktober meldete das Land 3.590 Fälle und 59 Todesfälle. Zur Eindämmung der Infektion wurde Ende März das *Centre for Covid-19 Situation Administration* (CCSA) eingerichtet. Zudem wurde das Ziel ausgerufen, lokale Übertragungen gänzlich zu verhindern.

Auf dem Höhepunkt der Pandemie wollte eine große Zahl von Thailänder*innen aus dem Ausland nach Hause zurückkehren. Dies wurde jedoch durch eine Sofortmaßnahme der thailändischen Regierung verhindert: Jede*r Bürger*in im Ausland musste eine Erlaubnis zur Rückkehr bei der zuständigen Botschaft oder dem Konsulat beantragen, ähnlich wie Ausländer*innen ein Visum benötigen. Laut der Regierung sollten so mögliche Ansteckungen verhindert werden.

Neben der Rückkehrerlaubnis der Botschaft mussten seit dem 22. März alle thailändischen Rückkehrenden zusätzlich ein „fit-to-fly“- oder „fit-to-travel“-Gesundheitszeugnis vorlegen, das von einem lokalen Arzt innerhalb von 72 Stunden vor dem Abflug unterzeichnet wurde. Thailand war somit das einzige Land, das von seinen Bürger*innen für den Heimflug die Vorlage eines ärztlichen Attests verlangte. Dadurch wurde es für viele Exil-Thailänder*innen fast unmöglich, in ihre Heimat zurückzukehren.

Bürger*innen zweiter Klasse

Außerdem müssen sich alle Einreisenden einer 14-tägigen, staatlichen Quarantäne unterziehen. Aufgrund der begrenzten Quarantäneeinrichtungen legte die thailändische Regierung eine tägliche Quote für Rückkehrende von maximal 200 Flugreisenden und 350 Landreisenden fest. Mitte August wurde diese von 200 auf 600 erhöht.

Viele im Ausland lebende Thailänder*innen fühlten sich während der Pandemie von ihrer eigenen Regierung diskriminiert. Andere betrachteten es als strenge Maßnahme, das Land „abgeriegelt“ zu halten. Was auch immer der Grund dafür sein mag: Viele Menschen hatten das Gefühl, dass die thailändische Regierung die physische Grenze nutzte, um die innerhalb und außerhalb des Königreichs lebenden Thailänder*innen in ein Narrativ einzubetten, das sich am besten mit „wir gegen sie“ beschreiben lässt.

Die Richtlinie führte auch dazu, dass Dutzende von thailändischen Arbeiter*innen, die in Malaysia strandeten, die Grenze illegal zu Fuß überquerten. Entweder, weil sie das komplizierte Quotensystem nicht verstanden, oder weil sie sich kein Gesundheitszeugnis leisten konnten. Ein Beispiel dafür ist Napeesah: Während sie das oft schwer zu organisierende Flugtauglichkeitsdokument nicht benötigte, war die Gebühr von 50 Malaysische Ringgit (etwa 10,25 Euro) für ein Gesundheitszeugnis mehr, als sich Arbeiter*innen wie sie leisten können. Sie verdient circa 30 Ringgit am Tag.

Abschottung als thailändisches Erfolgsrezept?

Bis zum 26. Mai hatte Thailand keine lokalen Übertragungen verzeichnet, was von der Weltgesundheitsorganisation als erfolgreiches Modell für den Umgang mit Corona und seiner Eindämmung gelobt wurde. Doch der Preis für die thailändischen Bürger*innen war hoch.

Als Thailänder*innen im „abgeriegelten“ Königreich noch ständig aufgefordert wurden, „ihre Wachsamkeit gegen-

Arrivals				Aankomst / Arrivée / Ankomst				Dimanche 29 Mars 2020			
Time	City	Flight	Status	Time	City	Flight	Status	Time	City	Flight	Status
10:05	Frankfurt	LH 3008	Cancelled	13:25	Florence	SN 3140	Annulé	16:05	Tenerife	SN 3782	Annulé
11:05	Vienna	SN 2902	Cancelled	13:55	Istanbul	TK 1943	Annulé	16:10	Bilbao	SN 3714	Annulé
11:15	Madrid	IB 3206	Cancelled	14:05	Marrakech	AF 3904	Annulé	16:10	Lisbon	NH 5126	Annulé
11:15	Oslo	SK 4743	Cancelled	14:10	Dublin	FR 1452	Annulé	16:15	Malaga	FR 2524	Annulé
11:25	Madrid	FR 2948	Cancelled	14:15	Venice VCE	SN 2824	Annulé	16:15	Kralow	SN 2548	Annulé
11:25	Barcelona	SN 3696	Cancelled	14:25	Budapest	SN 2824	Annulé	16:20	Bilund	SN 2252	Annulé
11:40	Atlanta	SN 3772	Cancelled	14:30	St Petersburg	SN 2838	Annulé	16:30	Geneve	EZ 1535	Annulé
11:50	Ivan	CX 6568	Abgesagt	14:35	Athens	TK 3202	Abgesagt	16:30	Puerto	SN 3812	Cancelled
11:55	Palermo	SN 3136	Abgesagt	14:40	Barcelona	LA 3764	Abgesagt	16:35	Valencia	SN 3752	Cancelled
11:55	Prague	CX 6560	Abgesagt	14:45	Athens	AF 3001	Abgesagt	16:55	Copenhagen	SK 1593	Cancelled
12:00	Valencia	FR 2886	Abgesagt	14:55	Madrid	LH 5661	Abgesagt	16:55	Dublin	EI 634	Cancelled
12:15	Almeria	SN 3776	Abgesagt	15:00	Doha	UN 3100	Früher 14:25	16:55	Berlin TXL	EJU 5013	Cancelled
12:25	Malaga	TG 6507	Abgesagt	15:00	Lisbon	TP 648	Abgesagt	17:00	Nice	SN 3822	Cancelled
12:25	Manchester	TG 6519	Abgesagt	15:00	Turin	NH 5122	Abgesagt	17:20	Valencia	VY 820	Cancelled
12:25	Nice	EJU 1645	Abgesagt	15:05	Marseille	UA 9932	Abgesagt	17:25	Berlin SXF	FR 166	Cancelled
12:25	Geneva	LX 6554	Abgesagt	15:05	Nice	AS 3200	Abgesagt	17:30	Barcelona	SN 3784	Cancelled
12:45	Sevilla	SN 3748	Abgesagt	15:05	Moscow SVO	SU 4556	Abgesagt	17:30	Rome FCO	AZ 160	Cancelled
12:55	Stockholm	SK 1698	Cancelled	15:15	Bordeaux	EJU 4423	Annulé	17:40	Casablanca	AT 832	Cancelled
12:55	Faro	SN 3809	Cancelled	15:25	Stockholm	SN 2304	Annulé	17:45	Zagreb	SN 3356	Cancelled
12:55	Reykjavik	FI 554	Cancelled	15:40	Frankfurt	AF 1428	Annulé	17:50	Riga	BT 603	Cancelled
13:05	Munich	LH 2980	Cancelled	15:45	Gran Canaria	SN 3784	Annulé	17:55	Shanghai	HU 719	Delayed 18:36
13:10	Berlin TXL	SN 3582	Cancelled	15:45	Naples	SN 3170	Annulé	18:00	Bologna	SN 3126	Cancelled
13:15	London LHR	SN 3084	Cancelled	15:50	London LHR	JL 7769	Annulé	18:00	Edinburgh	SN 2064	Cancelled
13:20	Copenhagen	SN 2758	Cancelled	15:55	Alicante	FR 2934	Annulé	18:15	Helinko	AY 1545	Cancelled
13:30	Madrid	IB 3211	Cancelled	16:00	Basel Mulhouse	LX 4536	Annulé	18:15	Palma Mallorca	FR 2916	Cancelled

Glück im Unglück: Einer der wenigen Flüge, die noch nicht gestrichen wurden, führt nach Bangkok. Flughafen Brüssel-Zaventem am 29. März 2020 (Foto: Sirinya Wattanasukchai)

über dem unsichtbaren Feind nicht zu verringern“, wurden Mitte Juli ein ägyptischer Pilot, der Rayong (etwa 200 km östlich von Bangkok) besuchte, und die Tochter eines sudanesischen Diplomaten in Bangkok positiv auf das Coronavirus getestet. Gegen Ende desselben Monats starb in Ägypten ein thailändischer Student an den Folgen des Coronavirus. Es war unklar, ob er auf der Rückkehrliste stand. Sicher ist jedoch, dass er bessere Chancen gehabt hätte, sich zu erholen, wenn er zu Hause gewesen wäre. Es gab 100 Tage lang keine weitere lokale Übertragung, bevor ein Mann, der als DJ in mehreren Bars gearbeitet hatte, positiv getestet wurde. Die CCSA gab keine Erklärung darüber ab, wie er sich infizieren konnte, obwohl das Land seit April abgeriegelt war.

In der Zwischenzeit wurde auf Online-Plattformen zunehmend in Frage gestellt, ob die Richtlinie zur begrenzten Einreise verfassungskonform ist.

Petition gegen Richtlinie

Eine Woche nach Bekanntgabe der Richtlinie reichte Arthit Suriyawongkul, Anwalt für digitale Rechte, beim Zentralen Verwaltungsgericht eine Petition ein: Die Anforderungen würden die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Thailänder*innen verletzen.

Professor Torpong Kittiyapunong von der Rechtsfakultät der Thammasat-Universität in Bangkok wies auf Abschnitt 39 der Verfassung hin, der besagt, dass „thailändischen Staatsbürger*innen die Einreise in das Königreich nicht verboten werden kann“.

Während Millionen von Thailänder*innen, die im Inland leben, davon überzeugt waren, dass das Land „abgeriegelt“ werden sollte und das Gesundheitszeugnis bei der Unter-

suchung auf mögliche Infektionen helfen könnte, erwies dieses sich schließlich als nutzlos, da sich eine Reihe von Rückkehrenden während der 14-tägigen Quarantäne infizierten.

Über Umwege nach Hause

Mit einer derart diskriminierenden Richtlinie und niedrigen Einreisequote war es einer großen Zahl von Thailänder*innen nicht möglich, nach Hause zu fliegen, solange noch Linienflüge in Betrieb waren und bevor der Luftverkehr weltweit einbrach. In vielen Fällen mussten sie einen Umweg nehmen, der die Reisekosten zusätzlich in die Höhe trieb.

Chatri Archjananun, Generaldirektor der Konsularabteilung des Außenministeriums, berichtete der *Bangkok Post* von den Umwegen der Reisenden. Einige reisten von Lateinamerika nach Brasilien, dann von Mexiko und den Niederlanden nach Thailand. Andere machten sich auf den Weg nach Kuala Lumpur und überquerten die Südgrenze. „Wir haben viel Sympathie für die Menschen, die das auf sich genommen haben, denn diese Flüge sind nicht günstig.“

Aber das Außenministerium musste größere Anstrengungen unternehmen, um irgendeine Form von Rückführungsflügen zu ermöglichen. Chatri sagte: „Als Indien, Italien und Russland Flüge zur Evakuierung ihrer Bürger*innen charterten, baten wir sie, auch Thailänder*innen zurückzubringen. In der Zwischenzeit, als wir unsere Bürger*innen aus Sydney repatriierten, flogen wir 300–400 Australier*innen in ihre Heimat zurück. Wir arbeiten während der Krise zusammen“.

Dem Außenministerium zufolge beläuft sich die Zahl der Übersee-Thailänder*innen auf etwa 1,6 Millionen. Viele registrieren sich jedoch nicht beim zuständigen Ministerium. Bis zum 4. September wurden 82.631 Thailänder*innen auf dem Land-, Luft- und Seeweg zurückgebracht.

„Viele waren gekränkt, weil sie nicht nach Hause zurückkehren durften“ erörtert Rosenun Chesof, Dozentin für Linguistik an der Universität von Malaya. Sie half mehr als 1.000 thailändischen Arbeiter*innen, die in Malaysia lebten, nach Hause zurückzukehren.

Von der Technik überfordert

Laut Rosenun seien mehr als die Hälfte digitale Analphabet*innen. Darüber hinaus fehle es ihnen an Technologie, wie zum Beispiel einem stabilen WLAN-Netz oder einem leistungsfähigen Smartphone, um sich für die tägliche Rückflugquote zu registrieren. Deswegen halfen einige ihrer Studierenden freiwillig bei der Registrierung.



Viele Rückkehrende mieden die offiziellen Grenzübergänge und gingen zu Fuß über die grüne Grenze. Wer erwischt wurde, musste eine Geldstrafe zahlen (Foto: Niezam Sandakan auf Flickr. CC BY-NC-SA 2.0)

Viele thailändische Arbeitnehmer*innen in Malaysia, die mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, beklagten sich auch darüber, dass sie ungerecht behandelt wurden, sagt Rosenun. Sie verglichen ihre Notlage mit der von gestrandeten Malaysier*innen, die während der Pandemie von ihrer eigenen Regierung aus der ganzen Welt zurückgefliegen worden waren. „Dabei saßen sie selbst nur im Nachbarland fest“, sagt Rosenun.

Andere Staaten holten ihre Bürger*innen zurück

Nach Angaben der *Deutschen Welle* begann Deutschland Mitte März damit, Zehntausende seiner im Ausland gestrandeten Staatsangehörigen nach Hause zu bringen. Für die Mission wurde ein Budget von 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Am 2. und 4. April flogen vier Repatriierungsflüge Deutsche aus Bangkok und Phuket nach Hause. Auch die Europäische Union mobilisierte schnelle Rückholaktionen. Bis zum 5. Oktober wurden, dank der von den Mitgliedsstaaten organisierten Flüge, mehr als 590.000 Menschen nach Europa zurückgefliegen.



Auch innerhalb Thailands wurden strikte Auflagen eingeführt, wie hier die Messung der Körpertemperatur in einem Laden (Foto: Sirinya Wattanasukchai)

Obwohl Rosenun, die seit 15 Jahren in Kuala Lumpur lebt, sich problemlos selbst für die Rückkehr in ihre Heimat registrieren konnte, entschied sie sich dagegen, weil sie das Verfahren als unnötig kompliziert erachtete. Als Inhaberin einer Aufenthaltsgenehmigung hätte sie für die Wiedereinreise nach Malaysia einen negativen COVID-19-Test gebraucht und für ihre eigene zweiwöchige Quarantäne aufkommen müssen, bevor sie wieder unter Menschen hätte gehen dürfen.

Schwangere dürfen bevorzugt zurückkehren

Ende Mai, im achten Monat ihrer Schwangerschaft, wandte sich Napeesah schließlich an Rosenun. Den Kontakt hatte sie über andere Exil-Thailänder*innen hergestellt, die mit Rosenun in sozialen Netzwerken verknüpft waren. Sie bat die Dozentin, ihr dabei zu helfen, einen Weg zurück in ihre Heimatstadt Yala (eine der südlichsten Provinzen Thailands) zu finden, um ihr Kind dort auf die Welt zu bringen. Nur wenige Tage später fand sich Napeesah in einem Taxi von Penang zur Grenze in Betong wieder. Es handelte sich um einen besonderen Service, den die thailändische

Botschaft wegen ihrer Schwangerschaft eingerichtet hatte. Napeesah wurde zusammen mit drei anderen Rückkehrerinnen in einem Zimmer mit geteiltem Bad in einer örtlichen Quarantänestation untergebracht. Diese liegt in einer Schule nahe ihrer Gemeinde. Sie war froh, schließlich nach Hause gebracht worden zu sein und ihr Baby Ende Juni in Thailand zur Welt zu bringen. Auch wenn die Rückkehrregelungen in der Folge wieder gelockert wurden, bleibt eine Frage für sie bestehen: „Warum musste es die Regierung so kompliziert machen?“

Übersetzung aus dem Englischen: Simon Kaack.

Autorin

Sirinya Wattanasukchai ist Journalistin für Stadtentwicklung. Sie lebt in Bangkok und schreibt als Kolumnistin bei der Zeitung *The Bangkok Post*.

„The show must go on!“ Myanmars Wahlkampf im Zeichen der Pandemie

Von Christina Grein

Myanmar befindet sich gegenwärtig mitten im Wahlkampf für die im November 2020 geplanten landesweiten Wahlen. Währenddessen verzeichnet das Land einen bedenklichen Zuwachs an Corona-Infektionsfällen. Während sich die Bevölkerung maßgeblich online über die Parteien und Kandidat*innen informieren muss, wird die Repression von kritischen Stimmen und angebliche Terrorismusbekämpfung mehr denn je forciert. Eine aktuelle Skizze der Lage.

In Myanmar galt die Corona-Pandemie bis vor kurzem offiziell noch unter Kontrolle. Zu Ende Juli 2020 waren es gerade einmal 350 Infektionsfälle landesweit. Leider hat sich dieser Trend seit Anfang September umgekehrt. Die sogenannte zweite Welle beschäftigt das Land, mit inzwischen 47.666 gemeldeten Fällen (Stand vom 28.10.2020), ungeachtet der, aufgrund unzureichender Testkapazitäten, potenziell beachtlichen Dunkelziffer. Damit hat es die viertgrößte Infektionszahl in Südostasien, gefolgt von Singapur, den Philippinen und Indonesien.

Nach dem Rakhine-Staat meldete auch die größte Metropole des Landes, Yangon, einen massiven Anstieg der Infektionen. Dennoch hält Myanmars Wahlkommission vehement am Wahltermin fest, dem 8. November 2020. Auch die regierende *National League for Democracy* (NLD) setzt sich dafür ein, um laut eigenen Angaben eine politische Krise zu verhindern. In der Tat ist ein Aufschub der Wahlen mit großen Risiken verbunden, gerade mit Rückblick auf die Vergangenheit unter dem Militärregime. Doch viele Stimmen aus der Parteienlandschaft¹ und Zivilgesellschaft fordern einen Aufschub, da sie unter den gegebenen Bedingungen keine Aussicht auf freie und faire Wahlen sehen.

Wahlen unter Pandemie-Bedingungen

Der Wahlkampf läuft offiziell seit dem 8. September 2020. Aufgrund der zunehmenden Ansteckungsraten und ein-

hergehender staatlicher Restriktionen sind die Parteien gezwungen, sich hauptsächlich auf TV-, Radio- und Online-Kampagnen zu fokussieren. Denn Kampagnen, darunter öffentliche Veranstaltungen oder auch das Verteilen von Flyern, sind in allen Ortschaften mit sogenannter „Stay at home“-Anordnung (Ausgangssperre) verboten. Davon betroffen sind vor allem Yangon, Teile von Mandalay, Bago, Ayeyarwady und Mon. Daraus kann insbesondere die NLD einen Vorteil ziehen, da sie die staatlichen Medien kontrolliert und darüber hinaus einen sehr großen Bekanntheitsgrad bei Facebook hat. Doch viele kleinere, gerade ethnisch-basierte Parteien sind damit überfordert. Denn sie werben verstärkt um Wähler*innenstimmen in den Minderheitenregionen, wo kein oder nur ein schlechtes Netz sowie bewaffnete Konflikte Alltagsrealität sind.

Im Zuge der zweiten Welle sind strengere Beschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens durchgesetzt worden. Der gegenwärtige Wahlkampf wird begleitet von Ausgangssperren und strengen Bewegungs- sowie Reisebeschränkungen. Es gelten Ausnahmen für etwa Polizei, Nothilfe und ärztliches Personal, allerdings nicht für Journalist*innen. Internationale Flüge (ohne Sondergenehmigung) wurden bis zum 31. Oktober 2020 gestrichen. Hinzu kommen bewaffnete Konflikte im Land, allen voran in Rakhine, wo Teile der Bevölkerung auf Geheiß der Regierung vom Internet abgeschnitten sind.

Die Zivilgesellschaft bewertet die gegenwärtige Lage als alarmierend. So auch Bo Bo von der Organisation *Generation Wave* (GW), die sich für Frieden, Demokratisierung und Menschenrechte in Myanmar einsetzt. Vor allem bereiten ihm die Pandemie-Entwicklung im eigenen Land, aber auch die Konfliktsituation und die Armut, die durch Corona verschärft werden, Sorgen. So sei inzwischen auch die Kriminalitätsrate angestiegen. „Die Wahlen werden aber auf jeden Fall stattfinden. Aber sie werden nicht frei und fair sein, vor allem nicht glaubwürdig,“ schätzt Bo Bo die Lage ein. Schon allein die Zusammensetzung der 15-köpfigen Wahlkommission, die 2016 von der NLD neu



Selbsthilfe-Kits und Präventionsinformationen für zurückkehrende Migrant*innen in kommunalen Quarantänezentren (Foto: IAO/Mawk Kon-Organisation für lokale Entwicklung (MKLDO); creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/)

aufgestellt wurde, ist ein Musterexempel dafür. Diese besteht fast ausschließlich aus männlichen, buddhistischen Bamar² über 70 Jahren. Und die internationale Wahlbeobachtung bleibt mit gerade einmal vier ausgesendeten EU-Wahlexpert*innen minimal bestückt. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 schickte die Europäische Union über 100 Beobachter*innen nach Myanmar.

Verschärfung der Gewalt in Rakhine

Der Rakhine-Staat ist von der Corona-Pandemie besonders betroffen. Auf die brutale Verfolgung und Vertreibung der Rohingya im Jahr 2017 folgte ein weiterer Gewaltausbruch zwischen der Arakan Army (AA), die Autonomie für Rakhine fordert, und dem Militär Myanmars. Die bewaffneten Konflikte haben sich inzwischen auch auf den Chin-Staat ausgeweitet. Laut Schätzungen wurden durch den Konflikt bisher über 200.000 Menschen vertrieben. Viele myanmarische und internationale Menschenrechtsorganisationen sehen hier einen direkten Zusammenhang mit der Pandemie. Das Militär nutze die Pandemie zur Ausweitung ihrer militärischen Aktionen, insbesondere in Rakhine, erläutert Bo Bo von GW.

Auch Yanghee Lee, die kürzlich ausgeschiedene UN-Sonderberichterstatterin für Myanmar, wirft dem Land vor, Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen

unter dem Deckmantel der Pandemie zu begehen beziehungsweise zu dulden. Seit über einem Jahr verwehrt die Regierung einem Teil der Bevölkerung in Rakhine einen ausreichenden Internetzugang. Dies betrifft insbesondere Menschen in den Binnenflüchtlingscamps in Rakhine sowie Zivilist*innen in den Konfliktgebieten. Insgesamt haben rund eine Millionen Menschen keinen oder nur einen sehr langsamen Internetzugang. Diese anhaltende Beschneidung der Informationsfreiheit wird als Sicherheitsmaßnahme im Namen der ‚Terrorbekämpfung‘, also im Kontext des Konflikts zwischen der AA und dem Militär, gerechtfertigt.

Bei den diesjährigen Wahlen werden viele Stimmen stumm bleiben. Das Wahlkomitee hat mit Verweis auf die nationale Sicherheit die vollständige oder auch teilweise Annullierung der Wahlen in einem Dutzend Townships in Rakhine verkündet. Über 1 Millionen Menschen im Rakhine-Staat, mehrheitlich ethnische Rakhine, wird damit das Wahlrecht entzogen. Und weiterhin werden die Rohingya, denen Myanmar bis heute die Staatsbürgerschaft verwehrt, kein Wahlrecht haben. Dies betrifft die über 1 Millionen geflüchteten Rohingya in Bangladesch, weitere Hunderttausende, die in anderen Ländern Zuflucht gefunden haben sowie die Mehrheit der Rohingya in Myanmar. Der UN-Ermittler für Menschenrechte Thomas Andrews zieht folgendes Fazit: „Die Ergebnisse einer Wahl können den Willen der Bevölkerung nicht zutreffend widerspiegeln, wenn das



Unterstützer*innen der NLD schwingen die Parteiflagge (Foto: Judith Blue Pool; creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/)

Wahlrecht aufgrund von *Race*, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion einer Person verweigert wird.”³

Wachsende Repression

In den letzten Jahren hat die Beschneidung der Meinungsfreiheit in Myanmar massiv zugenommen. Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* stellt eine wachsende Repression gegenüber der unabhängigen Medienlandschaft sowie der Zivilgesellschaft unter der NLD-Regierung fest. Die Situation hat sich im Rahmen der Corona-Krise weiter verschärft. Presse und gerade auch soziale Medien werden beobachtet und zensiert, um unerwünschte Informationen und Kritik einzudämmen. So wurden zwischen März und Mai 2020 etwa rund 230 Webseiten gesperrt, darunter vor allem unabhängige Webseiten und ethnische Nachrichtenagenturen wie die *Development Media Group*, *Karen News* oder *Narinjara News*.

Das staatliche Krisenmanagement will nach eigenen Angaben verhindern, dass Falschmeldungen über die Pandemie oder auch Propaganda verbreitet werden. Dazu wird auf einen umstrittenen Gesetzkatalog zurückgegriffen. Der Artikel 77 des *Telekommunikationsgesetzes* berechtigt die Regierung dazu, Telekommunikationsdienstleistungen temporär auszusetzen oder zu beschränken und Daten zu sammeln. Und auf der Basis des *Official Secrets Act* sowie des Strafgesetzbuches werden vermehrt Journalist*innen

mundtot gemacht. So wurde Zaw Ye Htet, Redakteur der Online-Nachrichtenagentur *Dae Pyaw*, zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt, weil er unter anderem offizielle Statistiken zum Coronavirus angezweifelt hatte.

Mit Bezug zu den buddhistischen Lehren steckte Myanmars Staatsrätin und Parteivorsitzende der NLD, Aung San Suu Kyi, erst kürzlich in einer Ansprache an die Bevölkerung die Grenzen von Meinungsfreiheit ab:

» Ich möchte Sie alle bitten, die Flammen nicht zu schüren oder die kleinen Probleme größer werden zu lassen und die großen Probleme unbeherrschbar zu machen (...) selbst wenn eine Person aus Besorgnis spricht, muss eine solche Person mit Diskretion sprechen (...) Nach der buddhistischen Lehre sollte alles, was Sie sagen, wahrheitsgetreu, vorteilhaft und für den/die Zuhörer*in erträglich sein. Manche Worte sind schwer zu ertragen (...) Ich möchte, dass Sie alle umsichtig und klug darüber nachdenken, ob bestimmte Worte, wenn sie gesprochen werden, die Menschen ängstlicher machen würden. «⁴

Demokratie adieu

Die Chancen für die NLD auf einen Wahlsieg stehen auch dieses Mal gut. Bo Bo von GW betont, dass sie nach wie vor einen starken Rückhalt innerhalb der Bevölkerung genieße. Zwar nicht mehr in den Minderheitengebieten, jedoch bei der Bevölkerungsmehrheit, den buddhistischen Bamar.

Vor allem die Verteidigung Myanmars gegenüber dem Internationalen Gerichtshof, der dem Land Völkermord an den Rohingya anlastet, hat Suu Kyis Beliebtheit landesweit vergrößert. Sie profitiere von der Corona-Krise aufgrund ihrer Machtposition und nutze diese aus, um sich genug Stimmen für eine zweite Amtszeit zu sichern.

Aus Sicht der Zivilgesellschaft ist die Glaubwürdigkeit der anstehenden Wahlen aufgrund zahlreicher Probleme und Hürden fraglich. Hier sind allen voran das diskriminierende Staatsbürgerschafts- und andere Gesetze, die die meisten muslimischen Wähler*innen und Kandidat*innen der Rohingya ausschließen sowie der politische Einfluss des Militärs (25-Prozent-Quote im Parlament und Kontrolle über drei Ministerien) zu nennen. Dazu kommen die strafrechtliche Verfolgung von Regierungskritiker*innen, der ungleiche Zugang der Parteien zu den Regierungsmedien sowie das Fehlen einer unabhängigen Wahlkommission, beurteilt die Organisation *Human Rights Watch*.

Darüber hinaus vergrößert die gesondert für die Wahlen entwickelte App *mVoter 2020* die Spannungen und das Misstrauen gegenüber der Regierung. Die App wurde im Rahmen des EU-finanzierten STEP-Demokratieprojekts mit dem Ziel entwickelt, einen inklusiven und vertrauenswürdigen Wahlprozess in Myanmar zu unterstützen. Inzwischen hagelte es Kritik von allen Seiten, dass die App die religiösen Spannungen und gerade die Diskriminierung von Rohingya verschärfen würde. Diese greift nämlich auf Daten aus einer Kandidatenverifizierungsdatenbank zurück, wodurch auch Informationen zum ethnischen und religiösen Hintergrund der Kandidat*innen und deren Familienmitgliedern einsehbar sind.

Die Repression der Meinungs- und Informationsfreiheit bedroht neben der freien Medienlandschaft und der Demokratisierung vor allem die Sicherheit der Bevölkerung im Rahmen von Konflikten und der Pandemie. Denn ein beachtlicher Teil der Bevölkerung ist ausgeschlossen von sozialer und politischer Teilhabe. Ihnen stellt sich weniger die Frage, wie die Wahlen von statten gehen, sondern vielmehr, was für positive Veränderungen die Wahlen mit sich bringen.

.....

Endnoten

- 1 24 von insgesamt 94 registrierten Parteien.
- 2 Zahlenmäßig größte Ethnie in Myanmar
- 3 Übersetzt von C. Grein: <https://news.un.org/en/story/2020/09/1073092>
- 4 Übersetzt von C. Grein: <https://www.statecounsellor.gov.mm/en/node/2990>

Autorin

Christina Grein ist Koordinatorin der Burma-Initiative, ein Projekt der Stiftung Asienhaus.

Das Virus und die Regierungspolitik in Indonesien

Von Hendra Pasuhuk

Die indonesische Regierung spielte anfänglich die Virusgefahr herunter. Nach den ersten Fällen wurden Maßnahmen ergriffen und Hilfsleistungen angeboten, denen es jedoch an Effizienz mangelte. Und im Schatten der Pandemie wurde ein umstrittenes Gesetz durchgesetzt, das die Wirtschaft ankurbeln soll.

Als Ende Januar 2020 immer mehr COVID-19-Fälle im benachbarten Singapur und Malaysia auftauchten, war die indonesische Regierung alarmiert. Nach außen hin gab man aber das Signal, das alles unter Kontrolle wäre. Präsident Joko Widodo (bekannt als Jokowi) erklärte die Angelegenheit zur obersten Priorität und beauftragte das Militär und die Geheimdienste mit der Beobachtung der Situation.

Viele Regierungsmitglieder versicherten fortwährend, Indonesien sei noch „coronafrei“. Die Regierung sah gar den Corona-Ausbruch in den Nachbarländern als Chance, die Tourismusindustrie anzukurbeln. Sie veranlasste, dass die Ticketpreise für Flüge nach und innerhalb Indonesiens niedrig blieben, und startete eine Werbekampagne mithilfe von indonesischen „Influencern“ und „Buzzern“, die diese gegen Bezahlung verbreiteten und bekannt machten.

Februar 2020: Regierung verharmlost das Virus

Gesundheitsexpert*innen von Australien bis in die USA zweifelten schnell die offiziellen Aussagen an. Der Harvard-Epidemiologe Prof. Marc Lipsitch sagte in einem Interview mit dem amerikanischen Sender VOA, er sei sich ziemlich sicher, dass das Virus schon in Indonesien sei und nur noch nicht entdeckt wäre.

Der indonesische Gesundheitsminister Terawan, ein Militärarzt, protestierte darauf heftig und nannte Lipsitchs



Indonesien reagierte verhalten auf das Virus, nun muss Präsident Jokowi eine Krise in Gesundheit und Wirtschaft händeln (Foto: ILO/F. Latief, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)

Äußerungen eine „Beleidigung für das indonesische Volk“. Später ergänzte er, Indonesien sei noch frei von Corona, weil die Indonesier*innen fleißiger beten und gesünder leben würden als die Menschen in den Nachbarländern. Zu dem Zeitpunkt meldeten Medien in den Nachbarländern Infektionsfälle, und zwar auch von Reisenden, die aus Indonesien zurückkehrten. Aber Terawan beruhigte die Journalist*innen: „Bloß keine Panik. Enjoy... Der Harvard-Professor soll herkommen und es selbst sehen. Der Virus ist nicht so gefährlich, man wird nur leicht krank und wieder gesund. Corona ist nicht so aggressiv wie die Vogelgrippe“.

Während mehrere Regierungsmitglieder behaupteten, Coronaviren hätten in Indonesien wahrscheinlich „keine großen Chancen“, weil „hohe Temperaturen die Viren töten“, warnte der indonesische Ärzteverband IDI eindringlich vor der Virengefahr und appellierte an die Einhaltung der Hygiene-Regeln, vor allem auf das häufige Händewaschen. Das renommierte *Eijkman Institut für Molekular-Biologie* in Jakarta, zuständig für die Überwachung von Epidemien

(ähnlich dem Robert-Koch-Institut), drängte zu mehr Kontrollen an Flughäfen und mehr Corona-Tests in Krankenhäusern bei verdächtigen Patient*innen.

Doch die Expert*innen von IDI und vom *Eijkman Institut* wurden nicht einmal zu Konsultationen ins Gesundheitsministerium eingeladen. Amin Soebandrio, Direktor des *Eijkman Institut*, sagte, er habe dem Gesundheitsminister schon Mitte Januar angeboten, bei Testungen und der Verfolgung von COVID-19 zu helfen. Das Institut hatte während der SARS-Epidemie in Asien 2003 umfangreiche Studien durchgeführt. Es verfügt über speziell gesicherte Labors und entsprechende Geräte zur Identifizierung von Viren. Das Ministerium antwortete aber nicht auf das Angebot.

Das belastete Verhältnis zwischen dem Gesundheitsminister und dem Ärzteverband IDI hat eine Hintergrundgeschichte. Terawans Mitgliedschaft im Verband wurde 2018 suspendiert, da er mehrfach öffentlich für seine „Brainwash-Therapie“ zur Heilung von Lähmungen warb, die er im größten Militärkrankenhaus Gatot Soebroto in Jakarta praktizieren ließ. Trotz wiederholter Aufforderungen, von der wissenschaftlich nicht belegten Methode abzulassen, hielt er daran fest.

März 2020: Erste Fälle und Reaktion der Regierung

Am 2. März gab schließlich Präsident Jokowi, persönlich vor Journalist*innen die ersten zwei Coronafälle in Indonesien bekannt. Bei einer Pressekonferenz erklärte er zuerst zehn Minuten lang Regierungsaktivitäten, die das Auftreten von Corona im Land verhindern sollten, um dann in einem Nebensatz mit vielen künstlichen Sprechpausen zu erwähnen: „...und heute hat mir der Gesundheitsminister über zwei Patientinnen berichtet, die zur Zeit in einem Krankenhaus behandelt werden ... die Symptome zeigen ... daraufhin wurden Corona-Tests gemacht ... und, wie mir der Gesundheitsminister heute Morgen sagte ... die Ergebnisse waren positiv ...“

Danach verschwand der Präsident ohne Fragen zu beantworten. Später kam Terawan zu den Journalist*innen und erklärte, Patientin 1 sei am 14. Februar 2020 ins Krankenhaus gekommen, weil es ihr schlecht ging, und habe selbst einen Corona-Test verlangt. Auch ihre Tochter, Patientin 2, sei positiv getestet worden. Später berichteten beide Frauen, dass die Ärzte ihnen die Testergebnisse nicht direkt mitgeteilt hatten. Sie erfuhren praktisch aus den Medien, dass sie beide mit COVID-19 infiziert sind. Später sagten die Ärzte, sie mussten die Fälle erst dem Präsidenten melden, weil dies eine „Geheimsache“ sei.



Der informelle Sektor ist von der Krise besonders betroffen, Arbeit und Einnahmen bleiben aus (Foto: ILO/F. Latief, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)

Tatsächlich sollten Geheimdienstleute und Militär die Krankheit, d.h. Kontaktpersonen, „leise“ aufspüren und eindämmen. So war von Anfang an der nationale Geheimdienst BIN in Corona-Entscheidungen involviert, bis auf die praktische Durchführung von Corona-Tests. BIN besitzt eigene, als mobile Testzentren umgebaute, Krankenzüge. Am 30. März verzeichnete die offizielle Statistik insgesamt 1.528 Infektionsfälle.

April 2020: Einschränkungen im sozialen Leben

Anfänglich erklärte der Präsident, in Indonesien würde es keine *Lockdowns* geben, weil man die Wirtschaft am Leben halten müsse. Einige Regionen und Städte riefen aber selbst einen *Lockdown* aus und wurden dafür von der Regierung heftig gerügt.

Viele Krankenhäuser lehnten anfangs ab, Corona-Patient*innen aufzunehmen, aus Angst, dass andere Patient*innen das Krankenhaus verlassen würden. Die meisten Krankenhäuser in Indonesien sind private Unternehmen. Daraufhin wies die Regierung landesweit 300 COVID-19-Krankenhäuser aus, mit entsprechenden Bonuszahlungen für jede aufgenommene Corona-Patient*in. Das hatte Folgen: Viele beschwerten sich später, man hätte sie im Krankenhaus einfach zum Corona-Patient*in deklariert, obwohl gar keine Tests vorgenommen wurden.

Erst Mitte April wurden dann Richtlinien zur Beschränkung des sozialen Lebens bekannt gegeben. Regionalregierungen können seither eine Anfrage an die Zentralregierung stellen. Nach eingehender Prüfung wird dort entschieden, ob die Maßnahmen durchgeführt werden dürfen. Am 30. April lag die offizielle Zahl bei 10.118 Infektionsfällen.

Mai – August 2020: Hilfsprogramme und Profiteure

Durch die Corona-Pandemie sind Millionen Indonesier*innen arbeitslos geworden. Doch am meisten leidet der informelle Sektor, indem 60 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt sind.

Am 9. Mai 2020 gab die Regierung das „*Economic Recovery Program (PEN)*“ bekannt, in Höhe von insgesamt 722 Billionen Rupiah (knapp 43 Mrd. Euro), mehr als ein Viertel der geplanten Staatsausgaben für 2020. Das Programm verteilt sich auf folgende Bereiche:

Gesundheitswesen:	87,55 Billionen IDR (ca. 5,52 Milliarden Euro)
Soziale Unterstützung / Sozialhilfe:	203,9 Billionen IDR (2,87 Milliarden Euro)
Steueranreize für Klein- und Mittelbetriebe:	123,46 Billionen IDR (7,79 Milliarden Euro)
Andere Steuererleichterungen:	120,6 Billionen IDR (7,61 Milliarden Euro)
Unterstützung für Regionalverwaltungen:	97,11 Billionen IDR (6,13 Milliarden Euro)
Unterstützung für staatseigene Betriebe:	44,57 Billionen IDR (2,81 Milliarden Euro)

Das soziale Hilfsprogramm soll v.a. die Armut bekämpfen. So soll jede Familie in Armut direkte Geldbeihilfe bekommen. Als „arm“ werden Haushalte mit einem monatlichen Einkommen unter 5 Mio. Rupiah (288 Euro) klassifiziert. Auch arbeitslos gewordene Erwachsene sollen Hilfe erhalten. Bedingung ist allerdings die Teilnahme an so genannten Qualifizierungsmaßnahmen. Daneben gibt es auch direkte Lebensmittelhilfen und Stromkostenzuschüsse.

Jokowi selbst ordnete an, dass die Geld- und Lebensmittelhilfen schnell an die bedürftige Bevölkerung flossen, „innerhalb zwei bis drei Wochen“. Zwar erhielten die Regionalverwaltungen die Summen tatsächlich nach wenigen Tagen, aber dort erwies sich das Programm als große Geldbeschaffungsquelle für lokale Amtsträger. So finden sich auf den Empfängerlisten oft deren Verwandte. Ein Parlamentsmitglied in Jakarta, geschätztes Einkommen über 70 Mio Rp. (etwa 4.125 Euro) pro Monat, gab zu, dass sein Name auch auf der Empfängerliste stand. Sogar längst verstorbene Personen fanden sich auf den Listen.

Das zuständige Sozialministerium erklärte, dass die Daten aus dem Jahr 2011 stammen und seitdem nicht mehr aktualisiert wurden. Also müssten lokale Beamten die Daten auf den neusten Stand bringen und melden, welche Familie nun Hilfe bekommen sollten.

Viele Regionalpolitiker*innen nutzen die Lebensmittelhilfe auch als Gelegenheit, für sich selbst zu werben. Die nächsten Regionalparlamentswahlen finden nämlich im Dezember dieses Jahres statt. Sie stempeln also die Hilfspakete mit ihren Fotos und Slogans. Selbst in Jakarta nützt die Partei von Jokowi, PDIP, die Lebensmittelhilfe und versieht die Hilfspakete mit großer Schrift: „Hilfe vom Präsidenten“ und mit einem großen Bild des Präsidentenpalastes.

Auch bei den Hilfen für Erwerbslose und arbeitslos gewordene Arbeitnehmer*innen gibt es Probleme. Die Beihilfe wird nämlich zunächst einmal als Guthabekarte gewährt, um sogenannten Qualifizierungsmaßnahmen zu buchen. Erst nach bestandener Qualifizierung bekommen die Teilnehmenden das Geld. Diese Qualifizierungen sind Online-Schulungen, die unter anderem von *Skill Academy* veranstaltet werden. Die Akademie gehört dem kommerziellen Lernportal *Ruang Guru* vom jungen Onlineunternehmer Belva Devara, der gleichzeitig als Präsidentenberater für Digitalisierung angestellt wird. Die Vergabe der Schulungsprojekte an *Skill Academy* erfolgte ohne Ausschreibung. Nach heftigen Protesten trat er von seinem Amt zurück. Danach gab *Ruang Guru* den Rückzug von den Qualifizierungsprojekten bekannt. Belva Devara versprach, er würde alle Gewinne aus der Maßnahme sozialen Projekten zur Verfügung stellen. Am 31. August gab es in Indonesien 174.796 Infektionen.

September 2020 – Oktober 2020: Omnibus-Gesetz im Schatten der Pandemie

Anfang Oktober gab es in vielen Städten Indonesiens heftige Proteste von Studierenden und Arbeiterorganisationen, begleitet von Zusammenstößen mit Sicherheitskräften. Anlass war die Verabschiedung vom *UU Cipta Kerja* (Arbeitsbeschaffungsgesetz) am 5. Oktober im Parlament.

Die eher harmlose Bezeichnung des Gesetzes verdeckt seine weitreichenden Konsequenzen zur Arbeits-, Wirtschafts- und Umweltpolitik Indonesiens. Das Gesetz ist nämlich ein Bündel von Einzelmaßnahmen zur Investitionserleichterung. Daher wird es als „*Omnibus Law*“ bezeichnet. Mit ihm werden auf einem Schlag über 8.000 bestehende Gesetze und über 15.000 Regierungsverordnungen geändert oder aufgehoben.

Schon lange ärgerte sich der Präsident und die Regierung über das langsame Wirtschaftswachstum. Bei seinem Amtsantritt versprach Jokowi ein Wirtschaftswachstum über 7 Prozent jährlich, was nie erreicht wurde. Jokowi sieht vor allem in der Bürokratie und „investitionshemmenden Regelungen und Gesetzen“ die Hauptgründe. Daher beauftragte er seinen zuverlässigsten Minister, Luhut Binsar Pandjaitan, mit der Fertigung eines Gesetzesentwurfes zur Wirtschafts- und Arbeitsreform. Diplom*innen und Journalist*innen in Jakarta titulieren den pensionierten General schon als „den wahren Präsident Indonesiens“. Der Plantagenunternehmer ist nämlich bei allen wichtigen Entscheidungen Jokowi mit dabei und gilt als sein wichtigster und engster Berater im Hintergrund.

Ursprünglich sollte das Gesetz im Mai 2020 verabschiedet werden. Doch bei den Beratungen im Parlament Anfang des Jahres gab es starke Widerstände, vor allem seitens der Arbeiter*innen- und Umweltorganisationen. Das Gesetz sieht z.B. die Möglichkeit zur Senkung der Mindestlöhne und die Abschaffung der bisherigen Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Investitionsvorhaben vor. Das Parlament stoppte zu dem Zeitpunkt die Beratungen vorerst.

Doch inmitten der Pandemie hatten die Regierungsfractionen das Gesetz heimlich weiter vorangetrieben. Die Parlamentskommissionen tagten im Geheimen in Hotels, Absprachen wurden getroffen und etwaige Widerstände bei den Parlamentsmitgliedern geklärt. Als die Fraktionen den Termin zur Plenarsitzung bekanntmachten, formierte sich großer Widerstand. Viele Arbeiterorganisationen und Umweltgruppen kündigten große Protestaktionen vor dem Parlamentsgebäude am 8. Oktober, dem Tag der geplanten Parlamentsitzung, an.

Aber Parlaments- und Fraktionsführung hatten nun – ohne Bekanntgabe – die Gesetzesverabschiedung vorgezogen, nämlich auf den 5. Oktober. Eigentlich stand an diesem Tag das *Omnibus Law* gar nicht auf der Tagesordnung. In einer Blitzaktion wurde das Gesetz verabschiedet, danach erklärt das Parlament den Beginn der „parlamentarischen Urlaubszeit“ schon für am nächsten Tag bis Anfang November.

Viele Parlamentsmitglieder sagten, sie hätten den Gesetzesentwurf zwar nicht bekommen, ihm aber zusammen mit der Fraktionsführung zugestimmt. Bald zirkulierten einige *Omnibus Law*-Entwürfe mit unterschiedlichen Seitenzahlen, mal über 900 Seiten, mal über 1.000 Seiten. Das Parlamentssekretariat erklärte später, dies hätte mit unterschiedlichen Schrift-Formatierungen zu tun, da man den verabschiedeten Entwurf noch „in Form“ bringen müsse. Hinterher gab man aber zu, ein „unbedeutender Paragraph“ vom verabschiedeten Gesetzesentwurf gelöscht und „einige Formulierungen berichtigt“ zu haben.



Während des Lockdowns waren die sonst verstopften Straßen Jakartas leergefegt; die Mittelschicht arbeitete im Homeoffice (Foto: Anindya Sasri Ananta, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0)

Viele Organisationen forderten den Präsidenten auf, er möge dieses Gesetz nicht unterschreiben, wegen offensichtlicher Irreführung der Öffentlichkeit und Unregelmäßigkeiten bei der Verabschiedung.

Währenddessen sieht sich das Land immer schneller steigende Infektionszahlen ausgesetzt. Präsident Jokowi muss immer öfters der Öffentlichkeit erklären, die Pandemie sei eine Bedrohung für Wirtschaft und Menschen. Er sei aber sicher, dass Indonesien bis Ende des Jahres schon genügend Impfstoffe produzieren könne, die dann kostenlos für alle wären.

Indonesien liegt derzeit bei 396.454 Infektionsfällen (27. Oktober 2020). Der Forschungsminister Bambang Brodjonegoro erklärte kürzlich zur nationalen COVID-19-Strategie, man könnte die Pandemie in Indonesien mit Herdenimmunität bekämpfen. Dazu müsse man nur genügend Impfstoff haben. „Wenn 170 Millionen Indonesier*innen den Impfstoff bekommen“, sagte er, dann sei diese Krankheit besiegt.

Aber zunächst einmal will der Staat die Wirtschaft stützen. Ab Ende Oktober werden die Tickets für innerindonesische Flüge subventioniert, und die Regierung lässt werben: „Fliegen Sie jetzt in die Ferien mit einem 30 %-Rabatt“ ...

Autor

Hendra Pasuhuk ist Redakteur für Südostasien und Asienmagazine bei der Deutschen Welle sowie Trainer für interkulturelle Kommunikation.

Die Pandemie in der Welt der ‚kleinen Leute‘ Jakartas

Von Nurman Nowak

Für die urbane Unterschicht rücken gesundheitliche Aspekte in den Hintergrund: Die Krise ist vielmehr eine wirtschaftliche und soziale, Pandemiemaßnahmen führen zu sozialen Spannungen mit politischer Sprengkraft. Eine Feldstudie aus Indonesien.

Seit Anfang März wütet das Coronavirus auch in Indonesien. Das Epizentrum der Pandemie ist die Hauptstadt Jakarta und die neuesten Entwicklungen verheißen kein Ende. Wie in anderen Ländern wurden entsprechende Maßnahmen getroffen: *Social distancing*, *work-from-home*-Verordnungen, partielle *Lockdowns* sowie Massentestungen und Quarantänemaßnahmen.

Jakartas urbane Gesellschaft ist durch soziale Ungleichheit geprägt, was sich in grundlegend verschiedenen Lebenswelten äußert. Während die urbane Ober- und Mittelschicht weiterhin Gehälter bezieht und komfortabel zu Hause leben und arbeiten kann, erleben die untere Mittel- und Unterschicht die Pandemie als soziale Krise.

Die meisten *rakyat kecil* (kleine Leute), so nennen sich die Angehörigen der Unter- und unteren Mittelschicht selbst, leben in sogenannten *urban kampung*, Siedlungen mit hoher Bevölkerungsdichte und Behausungen aus Sperrholz und Wellblech. Sanitäre Einrichtungen sind öffentlich, das Leben findet in den Gassen und kleinen Gängen statt. Etwa 90 Prozent von ihnen arbeiten im sogenannten informellen Sektor als Straßenhändler*innen, in mobilen Garküchen, als Motorrad- und Fahrradtaxifahrer*innen, als Tagelöhner*innen auf Baustellen und Servicepersonal.

Die Leben dieser Menschen sind von Unsicherheit und Risiken geprägt, häufigen Hochwassern, Bränden und unsicheren Einkommen. Zudem macht sie das gnadenlose Entwicklungsregime der Stadt oftmals zu Opfern von Zwangsumsiedlungen, informelle Märkte werden geschlossen und Straßenhändler*innen werden von öffentlichen Orten verbannt.



Karte der Altstadt Jakartas (Quelle: OpenstreetMap, bearbeitet)

Die Corona-Krise in der Altstadt

Die Altstadt Jakartas (*Kota Tua*) ist ein touristischer Hotspot, um die sich eine informelle Wirtschaft bestehend aus Garküchen, Kleingeschäften aller Art, Wasser-, Eiswürfel- und Kochgasversorger*innen und Attraktionen wie lebende Statuen und Wahrsager*innen entwickelt hat (grüne Kästen auf Karte). Sie alle sind vom Tourismus abhängig. Hier beginnt die Corona-Pandemie am 14. März 2020: Der Platz und alle Museen, Cafés und Restaurants wurden bis auf weiteres geschlossen. Am 7. April begann schließlich das sogenannte PSBB (*Perhubungan Sosial Berskala Besar* – dt. groß angelegte soziale Beschränkungen), eine Art ‚weicher Lockdown‘, der das öffentliche Leben in Jakarta zum Stillstand brachte.

» Sie haben keine Angst vor dem Virus, sie haben Angst vor sepi, denn sepi wird sie töten «

– Kommentar auf Facebook

Sepi bedeutet einsam, allein, verlassen und hat die *rakyat kecil* in eine tiefe Krise gestürzt. Die Umsätze fielen um 90 Prozent. Da kein Geld mehr in Umlauf geriet, waren auch bald die Wasser-, Kochgas- und Eiswürfelhändler*innen betroffen. Nach einigen Wochen konnten viele nicht mehr



An einigen Orten Jakartas wurden Särge aufgestellt, um an die Pandemie und Einhaltung der Regeln zu erinnern. Auf dem Banner werden die aktuellen Opferzahlen des Distrikts präsentiert, Foto in der Jalan Kunir am 2. September 2020 (Foto: Nurman Nowak)

das Geld aufbringen, um die 30.000 Indonesische Rupiah (ca. 1,80 EUR) pro Woche für das Parken ihrer Garküchen zu bezahlen. Sie verschuldeten sich bei den Parkwächtern, die schließlich die Garküchen als Kompensation einbehielten, wodurch manche ihre Existenz verloren haben.

Diese ökonomische Krise mündete in eine soziale. Die Menschen verkauften ihre Möbel, Kühlschränke, Fernseher und Handys und erlebten so einen sozialen Niedergang. Viele verschuldeten sich bei den *bank keliling* (umherwandernde Banken), die gegen hohe Zinsen Kredite ausgeben und bald schon machten Geschichten von Familiendramen und Kriminalität die Runde.

Doch es zeigte sich auch die Anpassungsfähigkeit der Menschen. Manche sattelten um, wurden von Essens- zu Getränkeverkäufer*innen, da Getränke nicht verderben, oder gar zu Bauarbeitern und manche fuhren zurück aufs Land in ihre Dörfer. Ende April begann der Fastenmonat Ramadan; eine Zeit, in der Wohlhabende Lebensmittel, Reisgerichte oder Geld aus Autos heraus verteilten. Über

Nacht verwandelten sich viele Straßenhändler*innen in Müllsammler*innen; nicht um Müll zu sammeln, sondern um die Sympathie der Spender*innen zu gewinnen.

Mitte Juni endete das erste PSBB, die lokale Wirtschaft erholte sich ein wenig, bis das zweite PSBB Mitte September in Anbetracht der rasant steigenden Infektionszahlen beschlossen wurde.

Masken, Regeln und Ungehorsam

» Wie soll ich meine Kinder ernähren, wenn ich hier nicht arbeiten darf? «

– Wütende Reaktion einer weiblichen Straßenhändlerin während einer Räumungsaktion

Neben der wirtschaftlichen Misere erleben und empfinden die Menschen Corona als autoritäres Regelregime, in dem der Staat vor allem als Ordnungsmacht in Erscheinung tritt, die Menschenansammlungen auflöst und darauf achtet, dass Regeln eingehalten werden: Maske tragen, Abstand halten, Hände waschen! Vor allem während des zweiten PSBB wurden Straßenhändler*innen aktiv aufgerufen ihre Geschäfte zu schließen, was teilweise Protest hervorrief.

Doch viele *rakyat kecil* trotzen dem Autoritarismus. Sie fangen nun erst um 22 Uhr an zu arbeiten, wenn die Polizei ihren Dienst beendet hat. Diese ist oft pragmatisch im Umgang mit ihrer Aufgabe. Im Oktober etwa versammelte sich jeden Abend Polizei auf der Jalan Kunir. Wenn zu Beginn der „Ops. Masker“ (Operation Maske) der Einsatzleiter in seine Pfeife blies, zogen die Menschen der Umgebung sofort ihre Masken an und nahmen Abstand ein. Jene, die keine Maske trugen, mussten ein Bußgeld zahlen oder alternativ für 15 Minuten die Straße kehren. Wenn der Einsatzleiter die Aktion beendete, zogen alle sofort ihre Maske wieder aus, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Kleine Corona-Chronik

2. 3. 2020	Erster offiziell verkündeter COVID-19-Fall in Indonesien
14. 3. 2020	Schließung der Schulen, Universitäten, Büros und Sehenswürdigkeiten
7. 4. – 18. 6. 2020	1. PSBB (partial lockdown) in Jakarta
16. 4. 2020	Lebensmittelpenden der Stadtregierung laufen an
18. 6. – 13. 9. 2020	Beginn des new normal (strenge Corona-Regeln)
14. 9. – 11. 10. 2020	2. PSBB



Reissäcke als Nothilfe im Büro des Dorfvorstehers im Juni 2020
(Foto: Nurman Nowak)

Beginnend mit dem ersten PSBB lief auch in *Kebun Sayur* (siehe Karte) der Dorfvorsteher (Pak RW) jeden Abend durch die Gassen und hielt die Leute an, sich an die Regeln zu halten. Nach wenigen Wochen gab er auf – die Umstände vor Ort und die Verweigerung des Gehorsams machen viele Regeln praktisch unmöglich durchsetzbar. Während des zweiten PSBB gab es gar keine solcher Aktionen mehr, das Leben nahm seinen normalen Lauf, mit dem Pak RW ohne Maske inmitten des Geschehens.

Reissäcke und Fischkonserven – Organisation der Nothilfe

Die politisch Verantwortlichen sind sich bewusst, dass die Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten und der Autoritarismus soziale Konsequenzen nach sich ziehen. Deshalb wurde die Verteilung von Lebensmitteln in den *urban kampung* veranlasst, sowohl vom Staat als auch von sozialen Organisationen. Doch die Umsetzung kollidierte mit den Realitäten vor Ort.

Die Anzahl an Hilfspaketen, die vom Staat geliefert werden sollten, orientierte sich an Namenslisten des Sozialministeriums. Die Datenlage jedoch entsprach nicht den Zuständen vor Ort: Für *Kebun Sayur* etwa sind offiziell 2.000 Familien registriert, doch es leben dort ca. 7.000 Familien. Das versetzte den Pak RW und die Nachbarschaftsvorsteher (Pak RT) in eine schwierige Lage: Sie mussten entscheiden, wer Hilfe bekommt und wer nicht. In der Folge wurde veranlasst, dass sich alle Bewohner*innen *Kebun Sayurs* registrieren, eigene Listen erstellt und Geld- und Lebensmittelpenden gesammelt werden: Vom Staat, der Polizei, karitativen Organisationen, von Unternehmen und wohlhabenden Stadtquartieren, deren Bewohner*innen spendeten. Der Posten des Dorfvorstehers war bald gefüllt mit Reissäcken, Kartons an Instantnudeln und Fisch-

konserven. Dadurch konnten erheblich mehr Menschen versorgt werden.

Viel Nothilfe wurde nicht zuletzt auch vom *urban social movement*, ein Netzwerk von Organisationen, die für Rechte der *rakyat kecil*, kämpfen, organisiert. In Crowdfunding-Aktionen wurden zehntausende Euro gesammelt und Verteilungen organisiert. Das Netzwerk unterhält zudem Kontakte zu Reisbäuer*innen in der Provinz und konnte zu Vorzugspreisen mehrere Tonnen erstehen. Diese wurden nicht nur in *urban kampung* sondern auch unter Brücken an jene verteilt, die völlig ausgegrenzt sind.

Doch die Lebensmittelverteilungen haben die Nöte der Menschen nur bedingt gelindert. Sie sind als Symbol zu verstehen, dass der Staat nicht nur Peitsche, sondern auch Zuckerbrot beziehungsweise Reis bereitstellt. Die Menschen brauchen aber Geld, denn die meisten Vermieter*innen verzichten nicht auf die Mieten und Gläubiger*innen fordern weiterhin die Tilgung der Schulden. So kam es, dass viele der verteilten Lebensmittel z.B. auf Facebook Marketplace zum Verkauf angeboten wurden.

Das Corona-Dilemma: Soziale Ungleichheit in der Seuchenbekämpfung

Die sozioökonomische Misere sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Pandemie in erster Linie ein Problem der öffentlichen Gesundheit ist. Bis zum 20. Oktober wurden offiziell 365.240 Menschen positiv getestet und 12.617 verstarben an der Krankheit. Es wird vermutet, dass die Dunkelziffer erheblich höher liegt. Und wie im Rest der Welt nimmt die Verbreitung auch in Indonesien wieder zu, so sehr, dass Anfang September die Krankenhauskapazitäten in Jakarta an ihre Grenzen kamen und deshalb das zweite PSBB beschlossen wurde. Dies zeigt, dass die Pandemiemaßnahmen notwendig sind, doch sie beinhalten ein praktisches wie moralisches Dilemma, dass direkt mit sozialer Ungleichheit in Verbindung steht: Die Wohlfahrt der *rakyat kecil* steht dem legitimen Interesse der Allgemeinheit, gesund durch die Pandemie zu kommen, gegenüber.

Schon die praktische Umsetzung der Pandemiemaßnahmen zeigt die strukturelle Benachteiligung ihrer Lebenswelt auf und hat weitreichende Folgen. Seit September werden in den *urban kampung* kostenlose Testungen durchgeführt, doch es dauert bis zu 10 Tage, bis ein Testergebnis vorliegt. Wohlhabende können bei entsprechenden Preisen (ca. 250 EUR) übrigens ein Testergebnis am selben Tag erhalten. Das COVID-19-Protokoll im Falle eines positiven Testergebnisses sieht vor, dass ein*e Infizierte*r sich selbst zu Hause isolieren soll, was unter den Umständen des *urban kampung* unmöglich ist. Erst während des zweiten PSBB



Essenstände in der Altstadt Jakartas: Die Pandemie traf den informellen Sektor hart (Foto: Nurman Nowak)

und nach Intervention durch das *urban social movement* hat der Staat beschlossen, Infizierte auch ohne Symptome in Isolationszentren zu evakuieren.

Was der Aufenthalt in einem Krankenhaus bedeuten kann, musste Pak Agus (Name geändert) erleben, dem nach seiner Entlassung die Wohnung gekündigt und ein Busticket in sein Heimatdorf in die Hand gedrückt wurde. Inzwischen ist Pak Agus in einem anderen *urban kampung* heimisch geworden, doch sein Fall deutet auf ein großes Problem hin: Die Angst vor dem Stigma. Dieses musste auch die Nachbarin eines Aktivistin des *urban social movement* erfahren, die sich weigerte nach einer positiven Testung in das Quarantänelager zu ziehen. Sie wurde schließlich angehalten, ihr Haus nicht mehr zu verlassen und man gab ihr eine blecherne Biskuitbüchse, in der sie ihre Notdurft verrichten sollte, damit sie nicht die öffentlichen Toiletten benutzt. Ihre Kinder hingegen, die im selben Haushalt leben, bewegten sich frei in der Community, bis besorgte Eltern ihren Kindern den Umgang mit ihnen, aus Angst vor einer Ansteckung, untersagten.

Wahrheit in der Krise

Die Community ist seitdem zerstritten. Denn während die einen Angst vor dem Virus und dem Stigma haben, haben sich vor dem Hintergrund der mannigfaltigen sozialen Misere, die mit Corona in Verbindung stehen, unter den *rakyat kecil* ganz eigene Wahrheiten entwickelt. Die Pandemiestatistiken werden in Zweifel gezogen und mit alternativen Fakten flankiert. Jeder kennt Geschichten, etwa von Unfallopfern, die in Krankenhäusern als Corona-Infizierte registriert werden, damit Geld für Behandlungen abgezapft werden kann. Im politischen Tratsch in den Gängen der *urban kampung* wird gemunkelt, dass der Gouverneur die Zahlen bewusst nach oben korrigieren lässt, um sich mit dem Lockdown und Essenverteilungen als Held und Macher zu stilisieren, wodurch er sich politisches Kapital

erhofft für seine Kandidatur bei den nächsten Präsidentschaftswahlen.

In der Tat haben die *rakyat kecil* um dem Fatahillah-Platz gute Gründe den Intentionen des Staates und Politiker*innen zu misstrauen. Am 30. September etwa, inmitten des zweiten PSBB, wurden mindestens 30 Häuser in der Nähe des Kampung Kunirs zerstört um Platz für einen Parkplatz der neuen ÖPNV-Busse zu schaffen. Die Betroffenen hatten ganze drei Wochen Zeit sich darauf vorzubereiten. Vor dem Hintergrund, dass Politiker*innen aller Couleur und sämtliche Behörden das „zu Hause bleiben“ predigten um die Bevölkerung vor dem Virus zu schützen, ist der Vorgang, Häuser zu zerstören nicht nur moralisch skandalös, er ist menschenrechtswidrig.

Es ist dieses Misstrauen in den Staat, das dazu führt, dass sich der Dorfvorsteher ohne Maske ins Getümmel seines *urban kampung* stürzt und es der Polizei egal ist, wenn die Leute nach dem Ende der „Ops. Masker“ ihre Maske wieder ausziehen – es delegitimiert die eigentlich notwendige Pandemiebekämpfung.

Soziale Spannungen und politische Sprengkraft

Es zeigt sich, dass die *rakyat kecil* einem ganzen Komplex aus strukturellen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Ökonomisch durch die Unsicherheiten der Informalität und einseitige Abhängigkeiten, wie im Beispiel durch den Tourismus in der Altstadt. Sozial durch prekäre Wohnverhältnisse und politisch durch die Ignoranz der Machthabenden, die anderen Interessen dienen. Die Pandemiemaßnahmen haben diese Benachteiligungen in eine mannigfaltige soziale Misere übersetzt, die sich in einer ökonomischen Krise der informellen Wirtschaft, im Umsichgreifen absoluter Armut und Misstrauen innerhalb



Die mobilen Garküchen bereiten sich in den Nebenstraßen vor, ehe sie zu Abend ihren Platz auf dem (informellen) Markt einnehmen (Foto: Nurman Nowak)

der *kampung-communities* niederschlägt und den Missmut gegenüber dem Staat verstärkt.

Das Corona-Dilemma bekommt durch diese Dynamiken eine soziale Sprengkraft. Denn die eigentlich richtigen Corona-Maßnahmen hatten große destruktive Effekte auf die Lebenswelt der *rakyat kecil*. Dadurch wurden latente Widersprüche der sozialen Ungleichheit innerhalb der urbanen Gesellschaft offen zu Tage gebracht. Die politischen Konsequenzen könnten verheerend sein, denn Indonesiens Demokratie hat sich in den letzten 20 Jahren in eine Oligarchie verwandelt, in der skrupellose und machthungrige Eliten um die Macht im Staate ringen und nicht selten gesellschaftliche Widersprüche für ihre Zwecke missbrauchen.

Und sind nicht bereits die Vorboten sozialer Unruhen vernehmbar? Anfang Oktober verabschiedete die Regierung eine Reihe neuer Gesetze, die mit der Pandemie nichts zu tun haben: Neue Arbeitgeber*innenfreundliche Gesetze, die mühselige Errungenschaften der indonesischen Arbeiter*innenbewegung zu Nichte machen, sollen internationale Investoren anlocken. Eine Allianz aus Gewerkschaften und NGOs riefen am 8. Oktober zu großen Protesten auf. Abertausende folgten dem Ruf und demonstrierten. Doch islamistische und konservativ-nationalistische Kräfte versuchen längst, die Proteste für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Die Hauptstadt kommt seitdem nicht mehr zur Ruhe und gewalttätige Proteste und Aktionen sind an der Tagesordnung.

Es drängt sich dabei der Verdacht auf, dass der Unmut gegenüber der Regierung und dem Staat nicht nur mit der Unzufriedenheit der Arbeiter*innen zu tun hat, sondern dass sich hier auch angestaute soziale Spannungen entladen, die sinistere politische Akteur*innen missbrauchen könnten. Es wird unruhig in Jakarta...

Der Autor

Nurman Nowak forscht seit Februar 2020 über die Lebenswelt der *rakyat kecil* in der Altstadt Jakartas und konnte die Folgen der Pandemie vor Ort dokumentieren. Er ist Ethnologe und promoviert an der Universität Göttingen.

Menschenrechte und die Corona-Krise in Nepal

von Birgit Felleisen

In Nepal hat die Corona-Krise wie ein Scheinwerfer die bestehenden Ungerechtigkeiten in ein grelles Licht gerückt. Gleichzeitig verstärkt die Pandemie die existierenden menschenrechtlichen Probleme, besonders in den Bereichen Polizeigewalt, Gewalt gegen Frauen und Marginalisierung.

Nepal hat als eines der ärmsten Länder der Welt wenige Ressourcen, um einer Pandemie wie der Ausbreitung des Coronavirus' zu begegnen. Ungefähr 2,8 Millionen der 28 Millionen Einwohner*innen Nepals litten schon vor der derzeitigen Krise an Unterernährung. Etwa zwei Fünftel aller Kinder unter fünf Jahren sind chronisch unterernährt.¹ Das öffentliche Gesundheitssystem ist schlecht ausgestattet und viele Menschen – besonders Nepalis in ländlichen Gebieten, Frauen und Angehörige marginalisierter Gruppen – haben keinen oder nur einen sehr begrenzten Zugang zu Gesundheitsversorgung.

Um unter diesen Bedingungen eine sofortige starke Ausbreitung des Virus zu verhindern hatte die Regierung Nepals als erste in Südasien am 24. März 2020 einen fast vollständigen Lockdown des Landes angeordnet, während dessen eine weitreichende Ausgangssperre herrschte. Seit dem 21. Juli wurden die Maßnahmen teilweise aufgehoben und die Pandemie wird nun durch lokale Einschränkungen bekämpft.

Wie in vielen Ländern hat die Krise auch in Nepal ein grelles Licht auf bestehende Ungerechtigkeiten und strukturelle Probleme geworfen und hat diese gleichzeitig weiter verschärft.

Massive Polizeigewalt

Besonders im Lockdown, aber auch seither, haben Polizei und Sicherheitskräfte häufig mit massiver Gewalt agiert. Basudha Gurung, die sich seit Jahrzehnten für die Vertei-

digung der Menschenrechte besonders der Marginalisierten in Nepal einsetzt, beklagt: „Sogar Ärzt*innen und Patient*innen auf dem Weg zum Krankenhaus, schwangere Frauen und chronisch Kranke wie Krebspatient*innen wurden auf der Straße von der Polizei angehalten, erniedrigenden Praktiken unterworfen und teilweise geschlagen,“² obwohl es auch im Lockdown ausdrücklich erlaubt war, aus medizinischen Gründen oder zur Arbeit in ein Krankenhaus zu gehen.

„Die Polizei hat Menschen, die sie auf der Straße antraf, öffentlich gedemütigt“, berichtet auch ein*e nepalesische*r Menschenrechtsanwalt*in, der*die sich durch Anonymität schützen möchte. Auch Informationen der nepalesischen Menschenrechtsorganisation Advocacy Forum zufolge hat die Polizei in den letzten Monaten Menschen stundenlang am Straßenrand in der gleißenden Sonne stehen lassen, zu öffentlichen Liegestützen und Bocksprünge gezwungen oder vor Polizeibeamten auf dem Boden kriechen lassen.³ Viele der in unterschiedlichen Regionen des Landes gewaltsam Festgenommenen haben schwere Verletzungen davon getragen, mindestens eine Person wurde mutmaßlich getötet.⁴

Nicht nur zur Durchsetzung der direkten Pandemiemaßnahmen, sondern auch zur Eindämmung einer verstärkten öffentlichen Diskussion zur allgegenwärtigen Korruption wandte die Polizei nepalesischen Menschenrechtsorganisationen zufolge unverhältnismäßige Gewalt an. Die Friedensexpertin Susan Risal, die seit vielen Jahren die Konfliktsituation beobachtet, findet klare Worte: „Derzeit herrscht komplette Straflosigkeit für Korruption, und das betrifft auch Korruption im Bereich von medizinischem Material und Schutzausrüstungen. (...) Freiheit der Meinungsäußerung gibt es zu diesem Thema nicht.“ „Die Polizei reagierte auf die Demonstrant*innen der Anti-Korruptionsbewegung der Jugend „Genug ist Genug“ mit Wasserwerfern und Tränengas, obwohl deren Demonstrationen alle Hygienemaßnahmen einhielten,“ urteilt auch ein*e andere*r nepalesische Menschenrechtsaktivist*in



Eine Mitarbeiter*in einer nepalesischen Organisation informiert sich im Bezirk Tripurasundari bei Ziegeleiarbeitern über ihre Situation (Foto: Anonym)

„das Ziel war es, die Diskussion um Korruption mundtot zu machen“.

Das Handeln der Polizei in der Krise zeigt ein schon vorher bestehendes, gravierendes Problem auf: noch immer sind unmenschliche Praktiken und Foltermethoden alltägliche Realität in Polizeigewahrsam, diese Fälle werden nicht untersucht und die Täter*innen bleiben weitgehend straffrei. Obwohl Folter mittlerweile nach einem langen Kampf der lokalen Menschenrechtsorganisationen im nationalen Recht als Straftatbestand festgeschrieben ist, berichtete die International Commission of Jurists (ICJ) erst im Juni 2020: „Es ist erschütternd zu sehen, dass die Regierung zwei Jahre nach Inkrafttreten der zurecht gelobten Kriminalisierung von Folter im neuen Strafgesetzbuch Nepals noch keinen Fall von Folter erfolgreich strafrechtlich verfolgt hat, obwohl Fälle von Folter weiterhin häufig vorkommen.“^{5,6} Zur Bereitschaft der Regierung, Polizeigewalt und Folter in der Krise einzudämmen ist ein*e dazu befragte nepalesische Menschenrechtsanwält*in nicht optimistisch: nicht nur werde die Regierung nicht zu diesem Problem aktiv, „die Regierung versucht, die COVID-19-Krise zu nutzen, um wichtige Menschenrechtsthemen auf Eis zu legen, nicht zuletzt die vielen Fälle von Folter in Polizeigewahrsam“.

Straflosigkeit bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Auch in Bezug auf die in Nepal alltägliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen nehmen lokale Menschenrechts-

organisationen deutlich wahr, dass die Regierung die Krise dazu nutzt, unbeliebte Themen von der Agenda zu verdrängen.

Frauenorganisationen in Nepal beobachten seit Beginn der Pandemie einen massiven Anstieg von Vergewaltigungen und von Fällen häuslicher Gewalt.⁷ Menschenrechtsanwält*innen haben deswegen vor dem obersten Gericht, dem *Supreme Court*, Beschwerde eingereicht und gefordert, dass die Regierung die Sicherheit von Frauen während der von ihr angeordneten COVID-19-Maßnahmen gewährleisten müsse. Der darauf erfolgte Richtspruch des obersten Gerichts wies die Regierung und Ministerien an, besondere Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen in Quarantänestationen und häuslicher Isolation zu treffen und sicherzustellen, dass die Strafverfolgung für Fälle häuslicher Gewalt nicht beeinträchtigt wird. Susan Risal, die seit Jahren mit Überlebenden sexualisierter Gewalt arbeitet sieht allerdings nicht, dass die Regierung ihrer Verpflichtung nachkommt: „Das Justizsystem arbeitet im Moment kaum, deshalb ist es noch schwerer als sonst für Frauen, Fälle von häuslicher Gewalt anzuzeigen“, stellt sie fest, und konstatiert: „Die Regierung muss dringend sicherstellen, dass unser Rechtssystem funktioniert, und die Straflosigkeit beendet wird.“

In der Krise besonders von Menschenrechtsverletzungen betroffen: Angehörige vulnerabler und marginalisierter Gruppen

Viele Menschen in Nepal lebten schon vor der Corona-Krise in großer ökonomischer Unsicherheit, ohne jegliche finan-



Medizinisches Personal im Tansen Hospital im Westen von Nepal bespricht die Lage (Foto: Gossner Mission)



Fieberuntersuchung am Eingang des Tansen Hospital im Westen von Nepal (Foto: Gossner Mission)

zielle Rücklagen oder sozialer Absicherung, mit einem eingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem, zu Nahrung, natürlichen Ressourcen und sicherer Wohnung – aber die Lebenssituation dieser Menschen hat die Regierung in ihrer Planung zur Eindämmung der Pandemie nicht berücksichtigt. „Die Regierung hat bei der Verkündung des Lockdowns komplett vernachlässigt, welche Folgen der Lockdown besonders für die vulnerablen Gruppen haben würde – für die Tagelöhner*innen, Fabrikarbeiter*innen, Haushaltshilfen, Kleingewerbetreibende und andere Menschen, die sofort ihre Arbeit und ihr Auskommen verloren“, beobachtet Basudha Gurung, die sich seit Jahrzehnten besonders für das Recht auf Nahrung in Nepal engagiert. „Viele wurden zudem von Hausbesitzer*innen gezwungen, ihre gemieteten Unterkünfte aufzugeben, durften im Lockdown aber auch nicht in ihre Heimatorte zurückkehren. Tausende Arbeiter*innen liefen aus der Not heraus dennoch 3, 4 oder 5 Tage lang, ohne Nahrung oder Geld, um von ihren Arbeitsplätzen nach Hause zu kommen. Unterwegs wurden sie Polizeigewalt ausgesetzt, weil sie die Lockdown-Regeln gebrochen hatten. Die Menschenrechte auf Nahrung, Wohnung und Nicht-Diskriminierung wurden dabei gravierend verletzt“.

Basudha Gurung bedauert die mangelnde Orientierung der Regierungspolitik an den realen Lebensbedingungen marginalisierter Gruppen: „Der Slogan der Regierung ‚bleib zu Hause, bleib sicher‘ (*stay home, stay safe*) und die Aufforderung zum häufigen Händewaschen, Desinfizieren und zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes ist nur für diejenigen umsetzbar, die es sich leisten können, zu Hause zu bleiben, und die ein Zuhause haben, in dem sie bleiben können. Tausende „Menschen mit niedrigem Einkommen“

sind jetzt „Menschen ohne jegliches Einkommen“. Sie können es sich nicht leisten, zu Hause zu bleiben, weil sie eine Arbeit finden müssen, damit sie und ihre Familien nicht weiter hungern. (..) Im Lockdown hatten sie keine Arbeit und seit dem Ende des Lockdowns leiden sie noch immer täglichen Hunger und mittlerweile dauerhafte Unterernährung. Viele Menschen haben zudem keinen Zugang zu Wasser um ihre Hände zu waschen und sich vor einer Infektion zu schützen“. „Es ist Monate her, seit die Regierung Nahrungsmittelpakete an die Menschen verteilt hat, die sie am dringendsten brauchen“ stellt auch ein* andere*r Menschenrechtsanwalt*in fest. „Stattdessen haben die zivilgesellschaftliche Jugendbewegung und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen Lebensmittelprojekte für die Hungernden organisiert“.

„Die Menschen, die am stärksten von der Krise betroffen sind brauchen dringend etwas zu essen“, bestätigt auch Susan Risal, betont aber angesichts der rapide steigenden Selbstmordrate auch die Wichtigkeit der psychischen Gesundheit: „Die am stärksten Betroffenen brauchen auch psycho-soziale Unterstützung und Zugang zu Gesundheitsfürsorge im Bereich der geistigen Gesundheit. Diesen Aspekt vernachlässigt die Regierung vollständig, obwohl die Zahl der Selbstmorde in die Höhe schnell.“ Sie weist auch auf die besondere Situation der Frauen hin, die im bewaffneten Konflikt sexualisierte Gewalt überlebt haben: „Viele der Überlebenden befinden sich in einer extrem schlechten ökonomischen Situation. Das bedeutet, dass sie sich und ihrer Familie nicht einmal einen Mund-Nasen-Schutz kaufen können, um sich zu schützen. Viele sind chronisch krank und müssen die Medikamente, die sie benötigen, selbst bezahlen. Das ist für viele Frauen schon

unter besseren Umständen kaum möglich. In der Krise müssen sie z.T. komplett auf die lebensnotwendigen Medikamente verzichten“ weiß sie aus ihrer täglichen Arbeit.

Auch die Lage in den Gefängnissen des Landes führt zu massiven Menschenrechtsverletzungen, die in der Pandemie noch stärker als bisher zu Tage treten. Die Gefängnisse des Landes sind überfüllt und zum Teil mit mehr als doppelt so vielen Insassen belegt als die Gebäude zulassen.⁸ Soziale Distanz ist nicht möglich, Hygienematerial wie Desinfektionsmittel oder Mund-Nasen-Schutz gibt es nicht. Oft fehlt es auch hier an Wasser zum Händewaschen oder Seife. „Strafgefangene haben die Nationale Menschenrechtskommission gedrängt, aktiv zu werden, um ihr Leben zu retten (...)“ schreibt die Himalayan Times (...). „Sie fühlen sich unsicher und leben in ständiger Panik (...)“⁹. Nach einem entsprechenden Urteil des obersten Gerichts Nepals hat die Regierung einige minderjährige Gefangene und Sträflinge mit geringfügigen Vergehen zeitweise entlassen, hat aber die Situation in den Gefängnissen für die verbleibenden Insassen nicht verbessert, so dass sie der Pandemie nahezu schutzlos ausgeliefert sind.

Gleichzeitig ist wegen der veränderten Reisebedingungen und der Isolation von betroffenen Personen zu Hause das Monitoring von Menschenrechtsverletzungen sehr erschwert: „Es ist im Moment sehr schwierig für uns als Menschenrechtsverteidiger*innen und Anwält*innen im Land zu reisen und Anzeigen von Menschenrechtsverletzungen vor Ort zu untersuchen“ beschreibt ein*e Menschenrechtsanwält*in die Situation. Dies, der mitunter mangelnde Wille der Polizei, Beschwerden aufzunehmen und zu untersuchen sowie die eingeschränkte Funktionsfähigkeit des Justizsystems in der Krise tragen dazu bei, dass Menschenrechtsverletzungen noch stärker als vor der Krise straflos bleiben.

Nepal geht mit stark wachsenden Infektionszahlen und zum Beginn der in vielen Landesteilen kalten Jahreszeit weiteren schweren Monaten entgegen. Besonders junge Menschen protestieren weiter gegen das durch die Krise verstärkte Unrecht, die Straflosigkeit für Polizeigewalt, gegen Korruption, Gewalt gegen Frauen und die extreme Not vieler Menschen.¹⁰ Sie kämpfen für gerechtere Strukturen und eine Umsetzung der in der Verfassung des Landes garantierten Menschenrechte.

Endnoten

- 1 FAO 2018: The State of Food Security and Nutrition in the World – BUILDING CLIMATE RESILIENCE FOR FOOD SECURITY AND NUTRITION.
- 2 Aussagen entstammen persönlichen Gesprächen im September und Oktober 2020. Zum Schutz von einzelnen Menschenrechtsverteidiger*innen werden zu einigen Aussagen in diesem Artikel keine

Namen angegeben. Die Namen sind der Autorin bekannt und sie hat die zitierten Aussagen eigenen Interviews mit den anonym zitierten Personen entnommen.

- 3 Advocacy Forum: Press Statement: AF Condemns ill-treatment and Inhumane Behavior Inflicted on Public by Law Enforcement Agencies, 23.8.2020, <http://www.advocacyforum.org/downloads/pdf/press-statement/2020/af-condemns-ill-treatment-inhumane-behavior-inflicted-on-public-law-enforcement-agencies.pdf>.
- 4 Advocacy Forum Briefing Paper: Human Rights Impact of Covid-19, Advocacy Forum-Nepal' Field Monitoring Report, S. 4., <http://www.advocacyforum.org/downloads/pdf/publications/af-briefing-paper-covid-19-and-human-rights-june-2020.pdf>.
- 5 International Commission of Jurists (ICJ): "Nepal: Despite new criminal laws, impunity for acts of torture prevails", 26.6.2020, <https://www.icj.org/nepal-despite-new-criminal-laws-impunity-for-acts-of-torture-prevails/>.
- 6 Zur Folter in Nepal siehe z.B. auch den Amnesty International Menschenrechtsbericht 2019, <https://www.amnesty.org/en/countries/asia-and-the-pacific/nepal/report-nepal/>.
- 7 Siehe z.B. die zweiwöchigen Berichte und Analysen der nepalesischen Menschenrechtsbeobachtung „NepalMonitor“, <https://nepalmonitor.org/analysis/139>.
- 8 Zur Situation in Gefängnissen siehe auch: Advocacy Forum Briefing Paper: Human Rights Impact of Covid-19, Advocacy Forum-Nepal' Field Monitoring Report, p. 9-12., <http://www.advocacyforum.org/downloads/pdf/publications/af-briefing-paper-covid-19-and-human-rights-june-2020.pdf>.
- 9 „Government urged to save lives of jailbirds amid Covid-19“, Himalayan Times vom 27.8.2020, <https://thehimalayantimes.com/kathmandu/governmentt-urged-to-save-lives-of-jailbirds-amid-covid-19/>.
- 10 Einen Eindruck der jüngsten Proteste junger Frauen gegen Vergewaltigungen in den letzten Tagen gibt eine Fotogalerie der Himalayan Times vom 10.10.2020, <https://thehimalayantimes.com/multimedia/photo-gallery/photo-gallery-youth-activists-stage-symbolic-protest-against-rising-rape-cases-in-the-country/>.

Die Autorin

Birgit Felleisen ist Politikwissenschaftlerin, Mediatorin und Moderatorin. Sie war im ehemaligen Jugoslawien für internationale NGOs und die UNO in der Unterstützung lokaler Friedens- und Menschenrechtsprojekte aktiv. Danach arbeitete sie beim International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia (ICTY) der UNO sowie als Fachreferentin für Friedensförderung und Konfliktbearbeitung bei Misereor. Seit 2014 ist sie die Koordinatorin des Nepal-Dialogforums für Frieden und Menschenrechte.

Macht, soziale Ungleichheit und Zivilgesellschaft?! Der Umgang mit der Corona-Pandemie in den Philippinen

Von Anne Krahnstöver und Mirjam Overhoff

Der Corona-Lockdown in den Philippinen von März bis Ende Mai 2020 gilt als einer der härtesten Lockdowns der Welt. Die philippinische Bevölkerung, Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen spüren die direkten und indirekten Folgen der Pandemie. Die staatliche Pandemiebekämpfung agiert nach wie vor rigoros, zu Lasten der Einwohner*innen. Wachsende soziale Ungleichheit und immer kleiner werdende Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft polarisieren die Corona-Krise.

Schon jetzt lassen sich einschneidende Entwicklungen beobachten: Einerseits bewirkt die steigende Zahl der an COVID-19 erkrankten Personen direkt eine schlechtere öffentliche Gesundheitssituation. Andererseits deutet sich an, dass die indirekten Folgen der Pandemie, ausgelöst durch die Auswirkungen der Quarantänemaßnahmen, die politische und ökonomische Situation in den Philippinen nachhaltig beeinträchtigen. Zudem bahnt sich eine Wirtschaftskrise an, deren Vorboten die Verbreitung von Arbeitslosigkeit und Hunger in weiten Teilen der Philippinen sind.¹ Darüber hinaus zeichnet sich ab, dass die Krise von Präsident Rodrigo Duterte's Administration als ein politisches Gelegenheitsfenster betrachtet wird, um institutionelle Umbauprozesse voranzutreiben.

Krisenreaktion: Die Regierung setzt auf militärische Mittel

Bereits wenige Tage nachdem die ersten COVID-19-Fälle in Manila nachgewiesen wurden, beschloss die Regierung die Eindämmung der Pandemie mit Hilfe eines strikten Lockdowns. Die *Enhanced Community Quarantine* (ECQ) umfasste Quarantänevorschriften, Ausgangssperren und Kontaktverbote für die Bevölkerung sowie die Schließung von Unternehmen, Einzelhandel und Bildungseinrichtungen. An Checkpoints kontrollierten Militär und Polizei

die Bewegungen der Einwohner*innen. Ab dem 16. März 2020 wurde die ECQ zunächst über Metro Manila und am nächsten Tag über ganz Luzon verhängt und bis zum 31. Mai verlängert – viele Provinzen folgten diesem Beispiel, alle anderen Regionen der Philippinen wurden unter die *General Community Quarantine* (GCQ) gestellt.²

Zusätzlich verabschiedeten Kongress und Senat am 24. März 2020 die Notfallgesetzgebung, den *Bayanihan to Heal as One Act*, welche die Pandemie als Gefährdung der nationalen Sicherheitslage einstufte und den Handlungsspielraum der Regierung erweiterte. Der *Bayanihan to Heal as One Act* fokussierte die Reaktionsfähigkeit der Regierung und genehmigte der Regierung weitreichende Krisenreaktionsrechte für drei Monate. Sie ermöglichte Präsident Duterte, über mehr als die Hälfte des Jahreshaushalts (4,8 Mio. Euro) im Zuge der Krisenbekämpfung zu verfügen und umfangreiche Entscheidungen im Gesundheitssektor zu treffen. Durch die gesellschaftlichen Regelungen zur Bekämpfung der Pandemie innerhalb der ECQ-Maßnahmen einerseits, flankiert von umfangreichen Kompetenzen des Präsidenten zur Allokation von Geldern und Steuerung des Gesundheitssektors andererseits, bilden die beiden Gesetze das Herzstück der philippinischen Corona-Krisenpolitik.

Präsident Duterte berief am 9. März 2020 die *Inter-Agency Task Force on Emerging Infectious Diseases* (IATF-EID) als Gremium zur Bewertung, Beobachtung, Prävention und Kontrolle von epidemiologischen Gefahren in den Philippinen ein, welche bereits 2014 von Präsident Nino Aquino III gegründet wurde. Mit der (Wieder-)Einberufung besetzte Duterte die IATF-EID mit ehemaligen militärischen Führungseliten, welche zuvor mit den scharf kritisierten Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung in den Philippinen befasst waren. Die anschließende Krisenreaktion folgte nach militärischen Mustern in Zeiten nationaler Unsicherheit und wird seither von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen als „militärischer Ansatz“ zur Pandemiebekämpfung kritisiert.



Inday, eine Gemeindevertreterin aus San Roque, macht bei einem Lärmprotest mit Töpfen und Pfannen auf die Corona-Situation in San Roque aufmerksam (Foto: Save San Roque)

Beschneidung von Grund- und Menschenrechten

Die harten Pandemiebekämpfungsmaßnahmen stießen auf Kritik. Speziell der Aufruf des philippinischen Präsidenten, Personen, die gegen die ECQ-Maßnahmen verstoßen, zu erschießen,³ führte zu einem schärferen Vorgehen staatlicher Sicherheitskräfte und zur Verschärfung der ohnehin angespannten Menschenrechtssituation.

Gerade in informellen Siedlungen bestehen kaum Möglichkeiten, die ECQ einzuhalten, da der Platzmangel gravierend ist. Wohnungslose Filipin@s haben keine Möglichkeit den Anordnungen der Sicherheitskräfte, in den eigenen vier Wänden zu bleiben, nachzukommen. Zusätzlich ist es vielen marginalisierten Personen finanziell nicht möglich, ohne Arbeit zuhause zu bleiben, die Hygienemaßnahmen ausreichend einzuhalten und sich mit Masken und ‚Face Shields‘ einzudecken. Die kompromisslose Haltung staatliche Sicherheitskräfte zeigte sich immer wieder in unrechtmäßigen Inhaftierungen.⁴ Dies führte zu gesellschaftlichen Spannungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und der ärmeren Bevölkerung. Die *Joint Task Force Coronavirus Shield* meldet seit März über 100.000 Verstöße gegen die ECQ Maßnahmen⁵ –

25.000 Personen wurden festgenommen, darunter auch Kinder und Jugendliche.

Besonders Filipin@s des informellen Arbeitssektors sind von den Folgen der Pandemie und den ECQ Bestimmungen betroffen, da sie ihre Einkommensquellen verloren haben und auf finanzielle Unterstützung und Lebensmittelversorgung angewiesen sind. In einigen Gemeinden, wie der Gemeinde in San Roque (Quezon City), organisierten sich diverse Betroffene und demonstrierten, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, wobei sie dabei gegen die ECQ Auflagen verstießen. Ein ähnliches Vorgehen konnte bei Protesten der *Pinagkaisang Samahan ng mga Tsuper at Operators Nationwide Federation (PISTON)* beobachtet werden, einer Vereinigung von Jeepney Fahrennden. Diese rief dazu auf, auf die Straße zu gehen und forderte die Wiederaufnahme des Jeepney Fahrbetriebs. Dabei löste die Polizei die Proteste auf und inhaftierte Demonstrant*innen.

Die Versuche der Sicherheitskräfte die ECQ gewaltsam zu erzwingen, führten auch zu Vergehen an politischen Oppositionellen und Aktivist*innen. Der Mechanismus des *red tagging*⁶ wurde beispielhaft nach der Ermordung des Aktivist Jory Porquia angewendet, als eine Solidaritätsbekundung in Negros zerschlagen und 42 Personen ohne Haftbefehl inhaftiert wurden. Auch Gemeindearbeiter*innen, die sich für größere Unterstützung der ärmeren städti-



Familien aus dem Barangay Krus na Ligas in Quezon City erhielten während der ECQ finanzielle Unterstützung von der Caritas Manila Damayan (Foto: Dada Grifon, IDEALS, Inc.)

schon Bevölkerung eingesetzt hatten, wurden anhand fin-
gierter Anschuldigungen festgenommen.

Stärkung autoritärer Strukturen

Das strikte Vorgehen der Regierung im Zuge der ersten Phase der Corona-Krisenreaktion in den Philippinen rief Kritik von Kinder- und Menschenrechtsorganisationen hervor. Neben fehlenden rechtlichen Grundlagen von Festnahmen, eingeschränktem Justizsystem und Rechtsbeiständen ist mit langen Verzögerungen von Gerichtsverfahren und einer Überforderung der Gerichte zu rechnen. Gleichzeitig werden das unrechtmäßige Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte und die damit verbundenen Menschenrechtsverstöße toleriert und rechtsstaatliche Prinzipien missachtet.

Abseits der Umsetzung der Corona-Maßnahmen hat Präsident Duterte einer neuen Anti-Terror-Gesetzgebung (*Anti-Terrorism-Act of 2020*) oberste Priorität eingeräumt, welche er am 3. Juli unterzeichnete. Zivilgesellschaftliche Organisationen befürchten, dass die neue Regelung die Ausübung der Grundrechte auch in der Zeit nach der Krise langfristig erschweren und die Meinungsfreiheit weiter einschränken wird. Viele Aktive der philippinischen Zivilgesellschaft haben sich aufgrund des schrumpfenden

Handlungsspielraums sowie der zunehmenden politischen Repressionen im Zuge der Pandemiebekämpfungsmaßnahmen zwangsweise zur Ruhe gesetzt.

Zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume nehmen ab

Abseits des Anti-Terror-Gesetzes wurde auch der politische Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher und kritischer Stimmen durch die Beschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit kleiner. Im Verlauf der Virusbekämpfung wurde beispielsweise die Verbreitung von Fake News unter Strafe gestellt, doch auf die Definition von 'Fake News' wurde verzichtet. Journalist*innen befürchten, dass die Regelungen auch die Presse- und Meinungsfreiheit beschränken könnte. Ein Trend, der sich bereits in Konflikten zwischen der Regierung und der philippinischen Medienlandschaft (Mediennetzwerken *Rappler* und *ABS-CBN*) zu beobachten ist.

Zivilgesellschaftliche und oppositionelle Kräfte fürchten einen immer kleiner werdenden Handlungsrahmen und bemängeln den Bruch der Regierung mit demokratischen und rechtstaatlichen Grundprinzipien. Speziell die Beschränkung der Bewegungsfreiheit haben erheblichen

Einfluss auf ihre tägliche Arbeit. Menschenrechtsorganisationen sind aufgrund der Ausgangsbeschränkungen nicht mehr in der Lage, Menschenrechtsverstöße zu dokumentieren und Menschenrechtsverteidiger*innen zu unterstützen. Die politische Stimmung und die Quarantäneregeln erschweren zudem den Kontakt zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Partner*innen vor Ort. Auch wird bemängelt, dass der Zugang zu lokalen und internationalen Rechtsschutz- und Beschwerdemechanismen deutlich beschränkter ist als vor der Pandemie, sodass rechtsstaatliche Kontrollmechanismen entfallen.

Staatliche Unterstützung und Gesundheitszugang

Das von Privatisierung und maroden staatlichen Strukturen gezeichnete Gesundheitssystem ist durch die Corona-Pandemie schnell an seine Belastungsgrenze gestoßen, da u. a. die Kapazität von Betten und medizinischem Personal nicht ausreichen. Zusätzlich können viele Filipin@s die horrenden Kosten einer COVID-19 Behandlung nicht schultern, wobei ein Teil der Kosten vom Staat abgedeckt werde.

Mit dem *Bayanihan to Heal as One Act* sollte die medizinische und finanzielle Versorgung der Bevölkerung unterstützt werden – kostenfreie Corona-Tests und Unterstützungsleistungen wurden zugesichert. Allerdings ruderte die Regierung im Juli 2020 zurück, da die finanzielle Unterstützung vieler Filipin@s nicht möglich sei. Von den 19 Mio. Empfänger*innen erhielten nur 12 Mio. erste Hilfsleistungen, von diesen erhielten lediglich 1,4 Mio. eine zweite Zahlung. Im September 2020 Unterzeichnete die Regierung den *Bayanihan to Recover as One Act*, der ebenfalls die ökonomische Unterstützung für ärmere Bevölkerungsteile angekündigte. Allerdings gehen Expert*innen davon aus, dass auch diese Hilfestellung limitiert ist und kaum die tatsächlichen Bedürfnisse vieler Familien decken kann. In der Durchführung beider *Bayanihan*-Gesetze berichten Medien regelmäßig von institutionellen Engpässen bei der Verteilung von Geldern.⁷

Pandemie als Chance für politischen Opportunismus

Die de facto Aussetzung von Grundrechten, die militärischen Instrumente zur Umsetzung des ECQ und die Beschneidung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums sind beunruhigende Entwicklungen, die bereits vor der Corona-Pandemie existierende Trends weiter verstärken. Neben einer Verschlechterung der Meinungs- und Presse-

freiheit kann zugleich ein Einflussgewinn staatlicher Sicherheitskräfte sowohl auf politischer Entscheidungs- als auch auf der Umsetzungsebene beobachtet werden. Somit wird die Krise instrumentalisiert, um institutionelle Anpassungen vorzunehmen und die Kluft zwischen Regierungstreuen und oppositionellen Kräften zu vergrößern. Umfassende Entscheidungs- und Handlungsbefugnisse der Regierung in Zeiten der Krise sowie neue Gesetze wie die ECQ, der Anti-Terrorism-Act und die Regelungen gegen die Verbreitung von Fake-News ermöglichen ein rigoroseres Vorgehen gegen politische Gegner*innen. Dies bringt die Rechtsstaatlichkeit in den Philippinen weiter aus der Balance. Die Pandemie und die damit verbundene Krisenreaktion entpuppt sich somit als politisches Gelegenheitsfenster, welches von der philippinischen Regierung instrumentalisiert und politisiert wird, um autoritäre Bestrebungen voranzutreiben.

Sozialverträglicheres Krisenmanagement gefordert

Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderungen, informelle Arbeiter*innen, Künstler*innen, Indigene und weite Teile der ärmeren Bevölkerung sind besonders gefährdet von den Folgen der Corona-Pandemie, wobei sich soziale Ungleichheiten weiter verstärken. Hingegen sind auch Besserverdienende von den Pandemiefolgen betroffen, aber diese können qua ihrer (sozialen) Netzwerke besser auf die Krise reagieren.

Zur Bewältigung der Pandemie fordern zivilgesellschaftliche Akteur*innen ein ziviles Krisenmanagement als Gegenentwurf zu der militärisch inspirierten Krisenreaktion der Duterte-Administration. Ein sozialverträgliches Krisenmanagement sollte von unten gedacht, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und partizipativ gestaltet werden. Um sozialen Ungleichheiten vorzubeugen, müsse die Krisenpolitik einem holistischen Gesellschafts-ansatz folgen und gefährdete Gruppen in den Vordergrund der Maßnahmen stellen, wobei die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Grundsätze der philippinischen Verfassung das Fundament bilden sollten.

Für diesen Artikel wurden vier Expert*inneninterviews geführt.

Eine längere Version des Artikels ist als **Blickwechsel *Gesundheit, Macht und soziale Ungleichheit?! Der Umgang mit der Corona-Pandemie in den Philippinen im November 2020* erschienen (<https://www.asienhaus.de/philippinenbuero/publikationen/blickwechsel/>).**

Endnoten

- 1 Viele klein- und mittelständische Unternehmen sind insolvent, die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten umfasst schätzungsweise 20 Millionen Filipin@s. Die stetig fließenden Devisen der im Ausland lebenden Filipin@s sanken. Angesichts der schrumpfenden Wirtschaft und der drohenden Wirtschaftskrise hat die philippinische Regierung bereits mehrere Milliarden US-Dollar Neuschulden auf sich genommen.
- 2 Nach dem Ende der ECQ wurden alle Regionen Anfang Juni in den Status der GCQ oder der *Modified General Community Quarantine* (MGCQ) gestellt; einige Großstädte und Provinzen befanden sich in den letzten Monaten wieder in der ECQ oder der *Modified Enhanced Community Quarantine* (MECQ). Die IATF-EID veröffentlichte im Oktober 2020 erneut Richtlinien zur Anwendung von Quarantänemaßnahmen.
- 3 Al Jazeera (2020): 'Shoot them dead': Duterte warns against violating lockdown (<https://www.aljazeera.com/news/2020/04/02/shoot-them-dead-duterte-warns-against-violating-lockdown/>)
- 4 HRW (2020): Philippines: Curfew Violators Abused (<https://www.hrw.org/news/2020/03/26/philippines-curfew-violators-abused>)
- 5 Talabong, Rambo (2020): Over 100,000 quarantine violators arrested in PH since March (<https://www.rappler.com/nation/arrested-quarantine-violators-philippines-2020>)
- 6 *Red tagging* bezeichnet den Vorgang der falschen Anschuldigung von Oppositionellen, den kommunistischen Aufstand der New People's Army (NPA) zu unterstützen oder sogar selbst NPA-Mitglied zu sein. Seit Jahrzehnten werden zivilgesellschaftliche Kräfte mit der Taktik des *red taggings* durch Sicherheitskräfte bedroht, verhaftet und fabrizierte Anklagen geschaffen.
- 7 Randa, Pia (2020): P46.2Bin urgently needed Bayanihan 2 funds stuck in Duterte's office (<https://www.rappler.com/nation/billions-urgently-needed-bayanihan-recover-as-one-funds-stuck-duterte-office>)

Die Autorinnen

Anne Krahnstöver ist Politikwissenschaftlerin und seit 2017 im Vorstand des **philippinenbüro** e.V.

Mirjam Overhoff ist Sozialwissenschaftlerin und Geschäftsführerin beim **philippinenbüro** e.V.

Corona in Thailand: Wenige Fälle, zahlreiche Repressionen

Von Praphakorn Wongratanawin und Raphael Göpel

Die Pandemie brachte die autoritäre Haltung der thailändischen Regierung und ihre Inkompetenz besonders deutlich zum Vorschein. Während die Regierung das Virus als Vorwand nutzt, um die eigene Macht zu festigen und Freiheitsrechte der Bürger*innen einzuschränken, agiert der Staat selbst als ‚Superspreader‘. Wirtschaftliche Hilfen kommen nicht bei Betroffenen an, der Unmut in der Bevölkerung wächst. Seit Juli geht eine überwiegend von Studierenden getragene Protestbewegung auf die Straße und fordert die Regierung heraus.

Am 13. Januar 2020 wurde der erste Coronafall in Thailand gemeldet. Thailand war damit das erste Land außerhalb Chinas, in dem ein*e Infizierte*r registriert wurde. Die Reaktion der Regierung bestand zunächst darin, die Verantwortung für die Eindämmung der Pandemie an die Provinzgouverneure und -behörden zu übertragen. Das Resultat waren regional uneinheitliche und sich teilweise widersprechende Maßnahmen, die für teils chaotische Zustände sorgten, unter denen hauptsächlich Pendler*innen, Schichtarbeiter*innen und Arbeiter*innen aus dem Ausland zu leiden hatten.

Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden Stimmen gegen das Krisenmanagement der Regierung laut. Kritisiert wurde unter anderem, dass der Flugverkehr mit China nach Ausbruch des Virus in Wuhan aufrechterhalten wurde und Tourist*innen aus China weiter einreisen durften. Zum chinesischen Neujahrsfest am 12. Februar gab es an thailändischen Flughäfen gar Begrüßungszeremonien für einreisende Chines*innen. Bürger*innen klagten in den sozialen Medien, der Staat würde Tourismuseinnahmen über die öffentliche Gesundheit stellen.



Masken waren, obwohl selbst in Thailand hergestellt, knapp und überverteuert. Großhändlern, die teilweise der Regierung nahestehen, hatten große Menge gekauft, gehortet und zu überverteuerten Preisen verkauft (Foto: Veena Thoopakrajae)

Überforderung der Verwaltung und die Regierung als ‚Superspreader‘

Die Beschaffung und Verteilung von Masken beschädigte das Ansehen der Regierung zusätzlich. Zum einen gingen Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen bei der Verteilung leer aus. Zum anderen entstand der Verdacht, dass Händler*innen, die der Regierung nahestehen, bei der Beschaffung bevorzugt wurden. Daneben mehrte sich Kritik gegenüber dem König, der trotz Pandemieausbruch weiter in Bayern verweilte. In den sozialen Medien kursierte der Hashtag #กษัตริย์มีไว้ทำไม (Wozu brauchen wir einen König?).

Obwohl wenige Tage zuvor ein Verbot von Großveranstaltungen erlassen wurde, genehmigte die Regierung eine vom Militär mitorganisierte Thaibox-Veranstaltung in der Lumpinee Sportarena in Bangkok, an der neben bis zu 10.000 Zuschauer*innen auch zahlreiche Athlet*innen, Betreuer*innen und Funktionäre aus dem ganzen Land



Das zweite Land, in dem Corona ausbrach, war Thailand (Foto: Veena Thooprakjae)

teilnahmen. Bei dem Ereignis infizierten sich etwa 100 Menschen und beschleunigten im Anschluss an den Wettkampf die landesweite Verbreitung des Virus.

Notstandsverordnung zur Unterdrückung zivilgesellschaftlichen Protests

Am 26. März – 73 Tage nach dem ersten bestätigten Fall – trat eine Notstandsverordnung in Kraft, die die Regierung als Mittel für die Bekämpfung der Pandemie rechtfertigte. Aufmerksamen Beobachter*innen war unmittelbar klar, dass das Ziel der Verordnung nicht primär die Gesundheitsvorsorge war. Diese Zweifel waren nicht nur mit Blick auf das bisherige Agieren der Regierung berechtigt. Der politische Kontext und die Verordnungsinhalte zeigten klar, dass der vorrangige Zweck in der Unterdrückung der Proteste gegen die Regierung und in der Festigung ihrer Macht bestand.

Während sich die Kritik am Pandemiemanagement der Regierung zu diesem Zeitpunkt auf Social-Media-Kanäle beschränkte, sorgte das Verbot einer Partei am 21. Februar 2020 für große Demonstrationen in den urbanen Zentren. Die verbotene *Future Forward Party* war Hoffnungsträger auf eine demokratische Zukunft des Landes, vor allem für die jungen urbanen Eliten. Und so waren es in erster Linie Schüler*innen und Studierende, die den Protest auf die Straße brachten.

Die Verordnung, die seit ihrer Verabschiedung monatlich verlängert wird, stärkt insbesondere die Position des ehemaligen Juntachefs und jetzigen Premiers Prayuth Chan-ocha. Mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet, regiert er nun über ein Gremium (*Centre for Covid-19 Situation Administration – CCSA*), bestehend aus Militärs

und Gesundheitsexpert*innen. Für Verordnungen bedarf es keiner Zustimmung durch gewählte Abgeordnete mehr, de facto wurde das Parlament ausgehebelt. In der politischen Praxis stellt der Erlass eine Rückkehr zur Junta-Regierung vor den Wahlen von 2019 dar.

Weitere Bestimmungen beschneiden die Rechte auf Versammlung, Bewegung und Meinungsäußerung. Als demokratisch gesinnte Bürger*innen im Mai eine Veranstaltung anlässlich des zehnten Jahrestags der blutigen Niederschlagung der Proteste des Jahres 2010 organisierten, wurde diese unter dem Vorwand der fehlenden räumlichen Distanzierung aufgelöst.

Die vage formulierte Verordnung ermöglicht es auch, Personen, die in sozialen Medien oder (Online)-Publikationen angebliche Falschmeldungen über COVID-19 verbreiten, haftbar zu machen. Wer durch Informationen „Angst in der Bevölkerung schürt“, kann mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden. Beamte*innen können dadurch Informationen, die sie für falsch oder verzerrt halten, zensurieren, d.h. löschen oder ändern. Das gilt auch für Texte von Journalist*innen.

In Kombination mit dem Erlass wurden bereits bestehende repressive Gesetze genutzt, um gegen regierungskritische Personen vorzugehen. Hierzu bediente sich die thailändische Regierung einer Vielzahl gesetzlicher Möglichkeiten und passte diese an. Wer kritisch über die Monarchie oder den thailändischen König spricht, dem droht eine Anklage auf Grundlage des Majestätsbeleidigungsgesetzes. Bei Kritik auf Facebook und in anderen sozialen Medien findet das Gesetz gegen Internetkriminalität (*Computer Crimes Act*) Anwendung. Das Gesetz sieht Haftstrafen von bis zu fünf Jahren und/oder Geldstrafen von bis zu 100.000 Baht (ca. 2.800 Euro) vor. Auch mit Paragrafen aus dem Strafgesetzbuch werden kritische Stimmen zum Schweigen gebracht. Beispiele sind das Gesetz gegen Anstiftung zum Aufruhr



Im September und Oktober 2020 ist die Protestbewegung gewachsen, mittlerweile gehen Zehntausende auf die Straßen. Der Drei-Finger-Gruß als Protestzeichen wurde aus ‚Tribute von Panem‘ übernommen (Foto: JD)

(Strafgesetzbuch Artikel 116, bis zu 7 Jahren Gefängnis) und gegen die Rufschädigung von Amtsträger*innen (Artikel 326 bis 333, bis zu 2 Jahre Haft).

Rigoreuse Anwendung der Bestimmungen

Laut Behörden wurden bislang über 50.000 Personen auf Grundlage der Notstandsverordnung angeklagt. Die Vorwürfe sind breitgefächert: Verstöße gegen das Versammlungsverbot, gegen nächtliche Ausgangssperren, nicht erlaubte Verteilungen an Bedürftige, angeblichen Falschmeldungen über Behandlungsmethoden.

Es ist auffällig, dass hauptsächlich gewöhnliche Bürger*innen und ausländische Arbeiter*innen verhaftet und angeklagt wurden. In Fällen von Verstößen durch höhere Staatsbedienstete kam es nicht zu Anklagen, da bei ihnen laut Ermessen der Behörden keine Absicht vorgelegen habe. Solche Erwägungen spielten in ähnlichen Fällen ‚kleiner Bürger*innen‘ hingegen keine Rolle. Ein Fall, der besondere Aufmerksamkeit erregte, war der des Straßenkünstlers Danai Ussama. Er wurde verhaftet, nachdem er sich im März auf Facebook über das Fehlen von Corona-Screenings auf dem Bangkoker Flughafen Suvarnabhumi wunderte. Beamt*innen warnten medizinisches Personal davor, sich über die Zustände in den Krankenhäusern zu beschweren. Einem Arzt, der Kontrollmaßnahmen von aus Südkorea

heimkehrenden Arbeiter*innen kritisierte, droht der Entzug seiner Approbation.

Neben teils willkürlichen Anklagen gegen weitgehend harmlose Aktionen oder Beiträge wurde während der Pandemie auch rigoros gegen Regierungskritiker*innen und Aktivist*innen vorgegangen. So wurden zum Beispiel sechs Demonstrant*innen, die eine Aufklärung der Entführung des am 4. Juni in Kambodscha verschwundenen thailändischen Dissidenten Wanchalearm Satsaksit forderten, verhaftet.

Das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Regierung ist infolge dieser Maßnahmen so groß, dass eine im Mai von der Regierung veröffentlichte App („Thai Chana“), die ähnlich wie die Corona-App in Deutschland Infektionen zurückverfolgen soll, wenig genutzt wird. Kritiker*innen befürchten, dass die ermittelten Daten zur Verfolgung regierungskritischer Bürger*innen missbraucht werden könnten.

Erfolge bei der Pandemiebekämpfung, Absturz der Wirtschaft

Obwohl die Notstandsverordnung vorrangig der Unterdrückung von kritischen Stimmen und dem Machterhalt der Regierung galt, kann sich die Regierung zu Gute halten, dass Thailand bisher wenige Infektionen, Erkrankungen



Die thailändische Bevölkerung diskutiert momentan über die Proteste, nicht über das Virus (Foto: JD)

und Todesfälle zu verzeichnen hat. Die Zahl der Infizierten seit Beginn der Pandemie beträgt offiziell 3.746 bei 59 Todesfällen (Stand: 27.10.2020).

Diesen Erfolg benötigt die Regierung umso mehr, als weite Teile der Wirtschaft massiv unter den Auswirkungen der Pandemie zu leiden haben. Der Tourismussektor ist am Boden. Besonders Menschen, die im informellen Sektor arbeiten, kämpfen um ihre Existenz. Laut Aussage des Vorsitzenden der thailändischen Handelskammer haben seit Beginn der Pandemie sieben Millionen Thailänder*innen ihren Arbeitsplatz verloren. Einem Bericht der Weltbank zufolge schrumpfte die Wirtschaft um rund 9 Prozent.

Daneben hob Thailand die Hürden für die Einreise auch für rückkehrende Landsleute besonders hoch an: Wer einreiste, brauchte Dokumente der thailändischen Botschaft und ein aktuelles Gesundheitszeugnis. Dann folgte eine 14-tägige, staatliche Quarantäne (siehe Artikel von Sirinya Wattanasukchai). Und während Thailands Wirtschaft litt und Einschränkungen das öffentliche Leben lähmten, brodelte es bei vielen Bürger*innen; nicht nur bei denen, die im Ausland festsaßen.

Nachdem die Zahl der Corona-Infektionen so weit zurückging, dass sogar die Weltgesundheitsorganisation Thailand als Vorzeigebispiel hervorhob, schien es so, als ob Thailand die Pandemie besiegt habe. Bis im Juli eine von der thailändischen Regierung eingeladene Militärdelegation aus Ägypten ihre Quarantänepflicht verletzte und ein

infizierter Offizier in Rayong zahlreiche öffentliche Orte aufsuchte, darunter einige Shopping Malls. Der Fall sorgte für Empörung, da es wieder einmal so schien, als ob die strengen Regeln, die die Regierung der Bevölkerung auferlegt, für sie selbst und ihre Gäste nicht gelten würden. Parallelen zur Boxveranstaltung des Militärs im März wurden gezogen.

Die Jugend geht wieder auf die Straße

Die Unzufriedenheit über die repressiven Maßnahmen, die Doppelstandards der Regierung sowie die tiefen Einschnitte der Wirtschaftskrise treiben, trotz geltender Corona-Beschränkungen, seit Juli wieder Protestierende auf die Straßen des Landes. Wie im Februar und März werden die Proteste von Studierenden und Schüler*innen getragen, die politische Veränderungen und demokratische Reformen verlangen. Ihre Hauptforderungen sind: die Auflösung des Parlaments, eine neue Verfassung und ein Ende der Einschüchterung von Regierungskritiker*innen. Aus den immer noch studentisch geprägten Protesten ist inzwischen eine breite Bewegung geworden, da sich Rothemden und zivilgesellschaftliche Gruppen angeschlossen haben.

Der Protest richtet sich aber nicht nur gegen die Regierung, denn auch die Monarchie ist ins Visier der Demonstrieren-

den geraten. Die Protestierenden fordern eine Reform der Monarchie, so dass unter anderem das Parlament Fehlverhalten des Königs untersuchen darf. Die Protestbewegung appelliert auch an die deutsche Bundesregierung in Berlin, den Status des Königs in Deutschland zu untersuchen.

Regierung reagiert mit Repressionen

Die Antwort der Regierung auf die wachsenden Proteste ließ nicht lange auf sich warten. Am 15. Oktober löste die Polizei eine Massenkundgebung in Bangkok gewaltsam auf. Zahlreiche Anführer*innen des studentischen Protests sowie der Menschenrechtsanwalt Anon Nampa wurden verhaftet. Für den Großraum Bangkok wurde der „verschärfte Notstand“ ausgerufen. Damit sind Versammlungen von mehr als vier Personen verboten. Nachrichten, welche „die nationale Sicherheit beeinträchtigen“, können zensiert werden.

Bereits im August ließ die Regierung eine einflussreiche Facebookgruppe mit über einer Millionen Monarchiekritischer Abonnent*innen für Nutzer*innen in Thailand sperren. Nach der Ausrufung des „verschärften Notstands“ wurden die Zensurmaßnahmen noch erweitert. Versuche der Regierung, die unabhängigen Nachrichtenseiten *Voice TV*, *The Standard* und *Prachatai* zu blockieren, wurden zwar gerichtlich gestoppt. Mit der Verhaftung von Journalist*innen der regierungskritischen *Prachatai* versucht die Regierung aber weiterhin, unliebsame Stimmen mundtot zu machen.

Wenig Infektionen, zahlreiche Repressionen

Angesichts von aktuell nur etwa 50 Neuinfektionen innerhalb einer Woche, sind gesundheitliche Aspekte der Pandemie für den größten Teil der thailändischen Bevölkerung kaum ein Thema. Im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen die Proteste, die weiter einschneidende Reformen der Verfassung und der Monarchie fordern sowie ein Ende der brutalen Einschüchterungsversuche der Regierung fordern. Bei ihrem Versuch, Opposition und Kritik zu unterdrücken, argumentiert die Regierung weiterhin mit dem Gesundheitsschutz. Vermeintliche Maßnahmen der Pandemiebekämpfung werden weiterhin als Werkzeug gegen die Demokratiebewegung eingesetzt, während die Regierung selbst wiederholt gegen ihre eigenen Regeln verstoßen hat.

Weiterführende Informationen

- » Nicola Glass (2020). Blickwechsel: Thailands junge Generation gegen das Establishment <https://www.asienhaus.de/nc/publikationen/detail/blickwechsel-thailands-junge-generation-gegen-das-establishment-1/>
- » Schaffar, Wolfram (2020). Blickwechsel: „Ich mache das hier nicht zum Spaß“ – die satirische Facebook-Gruppe Royalist Marketplace, queere TikToks und die neue Demokratiebewegung in Thailand. <https://www.asienhaus.de/nc/publikationen/detail/blickwechsel-ich-mache-das-hier-nicht-zum-spass-die-satirische-facebook-gruppe-royalist-marketplace-queere-tiktoks-und-die-neue-demokratiebewegung-in-thailand-1/>

Die Autor*innen

Praphakorn Wongratanawin studierte Social Sciences for Development an der Universität Silpakorn in Bangkok und Politik und Geschichte Südasiens in Heidelberg. Sie ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung Asienhaus und des Arbeitskreises Thailand. Im September moderierte sie das Online-Event „Solidarität mit Thailands Kampf um Demokratie!“, an dem sechs Aktivist*innen der derzeitigen Protestbewegung teilnahmen.

Raphael Göpel arbeitet in der Stiftung Asienhaus zu Kambodscha, Indonesien, Thailand und in der Öffentlichkeitsarbeit.

Zum Weiterlesen



Unsere Themenseite: Corona in Asien

Menschenrechte, politische Systeme, soziale Ungleichheit, internationale Solidarität und Umwelt im Spiegel der Corona-Pandemie

Auf der Seite *Corona in Asien* sammeln wir zivilgesellschaftliche Länderperspektiven, um Handlungsoptionen für eine gerechtere Welt und internationale Solidarität zu finden. Im Vordergrund steht dabei die Frage, was die Corona-Pandemie für die Menschen im Globalen Süden bedeutet. Diese möchten wir mit Hilfe von fünf Themen und aus der Sicht ausgewählter Länder in Asien beantworten. Die Themenseite wird fortlaufend aktualisiert.

»»»
weiter
lesen



Corona und OFWs in Deutschland: Von Arbeiterleichterung bis zur absoluten Prekarisierung Oktober 2020, von Mirjam Overhoff

Der Arbeitsalltag und das Privatleben von Overseas Filipino/a Workers (OFW) weltweit und in Deutschland sind seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie stärker denn je geprägt von Prekarisierung, Einschränkungen, Entbehrungen, Arbeitslosigkeit und Heimweh.

»»»
weiter
lesen



Schleichende Eindämmung von Freiheiten: Ausbau von autoritären Strukturen während der Corona-Krise in Südasiens Regimen

August 2020, von Christina Grein, Raphael Göpel, Christina Keppel, Mirjam Overhoff und Praphakorn Wongratanawin.

Unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie nutzen einige südostasiatische Regierungen den Ausnahmezustand, um Grundrechte weiter einzuschränken und ihren Einfluss und ihre Kontrolle weiter auszubauen. Notverordnungen und Gesetze werden willkürlich angepasst oder angewandt, um politische Gegner*innen, Journalist*innen und Kritiker*innen auszuschalten oder mundtot zu machen.

»»»
weiter
lesen

Über diese Publikation

Die Corona-Pandemie verdeutlicht die Ungerechtigkeiten der globalen Ordnung. Sie vergrößert weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich. Ebenso offenbart die Pandemie, wie Staaten und Gesellschaften mit Freiheitsrechten umgehen. So setzen autoritäre Regierungen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus als Repressionsinstrumente gegen die eigene Bevölkerung ein. Seit Beginn der Corona-Krise sind in Asien regierungskritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft und soziale Minderheiten, wie marginalisierte Bevölkerungsgruppen, besonders bedroht.

Vielerorts in Asien hat sich die Menschenrechtslage dramatisch verschlechtert. Zivilgesellschaftliche Organisationen schlagen Alarm: Sie entwickeln Gegenstrategien und bilden Allianzen. Jede*r Einzelne ist dem Virus unterschiedlich ausgesetzt, abhängig von Klasse, Herkunft, ethnischem Hintergrund oder Geschlecht. Gleichzeitig muss die jetzige Situation als möglicher Wendepunkt genutzt werden, um sich globale Ordnung zu verändern und menschen-, sozial- und umweltgerechter zu machen.

Die Stiftung Asienhaus und das **philippinenbüro e. V.** haben in der Broschüre „Corona in Asien“ zivilgesellschaftliche Länderperspektiven zusammentragen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, was die Corona-Pandemie für die Menschen in Asien bedeutet und wie internationale Solidarität durch gerechtere globale Strukturen verstetigt werden kann.

Über die Herausgeber*innen

Die **Stiftung Asienhaus** folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Das **philippinenbüro e. V.** ist ein unabhängiges, soziopolitisches Informationszentrum. Unsere Aufgabe ist es, Interessierten aktuelle gesellschafts- und entwicklungspolitische Hintergründe und Zusammenhänge zu den Philippinen aufzuzeigen. Neben der Informations- und Bildungsarbeit zu aktuellen Entwicklungen in den Philippinen, vermittelt das Büro Kontakte in die Philippinen.